



WORTPROTOKOLL

**der 58. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Montag, 21. Dezember 2009

10.08 Uhr - 17.08 Uhr

Tagesordnung

1. *Fragestunde*
2. *Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird*

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes (S. 9181)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 248 der Abgeordneten Andrea Gottweis an Landesrätin Mag. Michaela Resetar betreffend das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Michaela Resetar (S. 9182)

Zusatzfragen: Andrea Gottweis (S. 9183 u. S. 9184), Edith Sack (S. 9184), Maga. Margarethe Krojer (S. 9185), Norbert Sulyok (S. 9185) und Johann Tschürtz (S. 9186)

Anfrage Nr. 249 des Abgeordneten Wilhelm Heissenberger an Landesrat Helmut Bieler betreffend Ausbau der S31 bis zur österreichisch-ungarischen Staatsgrenze im Mittelburgenland

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut Bieler (S. 9187)

Zusatzfragen: Wilhelm Heissenberger (S. 9188 u. S. 9188), Ilse Benkö (S. 9189) und Mag. Josko Vlasich (S. 9189)

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp des intransparent und undemokratisch vorbereiteten sowie widerrechtlich genehmigten Projektes eines Asylwerber-Erstaufnahmezentrums in Eberau (Zahl 19 - 867) (Beilage 1388)

Begründung der Dringlichkeit (S. 9229)

Redner: Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 9236) Mag. Josko Vlasich (S. 9237), Johann Tschürtz (S. 9241), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9246), Landesrat Helmut Bieler (S. 9249 u. S. 9254), Ing. Rudolf Strommer (S. 9251), Vinzenz Knor (S. 9255) und Maga. Margarethe Krojer (S. 9259)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 9261)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend S31 (Zahl 19 - 868) (Beilage 1389)

Begründung der Dringlichkeit (S. 9261)

Redner: Maga. Margarethe Krojer (S. 9262 u. S. 9276), Landesrat Helmut Bieler (S. 9266), Ilse Benkö (S. 9268), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9270), Paul Fasching (S. 9272) und Robert Hergovich (S. 9274)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 9279)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Abwehr der Errichtung eines Asylantenlagers auf burgenländischem Boden (Zahl 19 - 869) (Beilage 1390)

Begründung der Dringlichkeit (S. 9280)

Redner: Leo Radakovits (S. 9281), Christian Illedits (S. 9285) und Maga. Margarethe Krojer (S. 9288)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 9289)

Dringliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann Niessl betreffend die geplante Errichtung eines Erstaufnahmezentrums für Asylwerber in Eberau (Zahl 19 - 870) (Beilage 1391)

Begründung der Dringlichkeit: Ing. Rudolf Strommer (S. 9289)

Redner: Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9291), Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 9297), Christian Sagarz, BA (S. 9297 u. S. 9299) und Vinzenz Knor (S. 9298)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 1385), mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird (Zahl 19 - 865) (Beilage 1387)

Berichterstatter: Mag. Georg Pehm (S. 9190)

Redner: Maga. Margarethe Krojer (S. 9191), Johann Tschürtz (S. 9194), Ing. Rudolf Strommer (S. 9196 u. S. 9225), Christian Illedits (S. 9199 u. S. 9227), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9207 u. S. 9224 u. S. 9228) und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 9213 u. S. 9227)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 9228)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 08 Minuten

Präsident Walter Prior: Guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 58. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 57. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Frau Landesrätin Verena Dunst entschuldigt.

Mitteilung des Einlaufes

Präsident Walter Prior: Ich ersuche nun Herrn Schriftführer Gerhard Pongracz um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Gerhard Pongracz: Einlauf für die 58. Sitzung des Burgenländischen Landtages vom Montag, dem 21. Dezember 2009.

Dringlichkeitsanträge

1. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp des intransparent und undemokratisch vorbereiteten sowie widerrechtlich genehmigten Projektes eines Asylwerber-Erstaufnahmезentrums in Eberau (Zahl 19 - 867) (Beilage 1388);
2. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend S31 (Zahl 19 - 868) (Beilage 1389);
3. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Abwehr der Errichtung eines Asylantenlagers auf burgenländischem Boden (Zahl 19 - 869) (Beilage 1390)

sowie eine dringliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Strommer an Landeshauptmann Niessl betreffend die geplante Errichtung eines Erstaufnahmезentrums für Asylwerber in Eberau (Zahl 19 - 870) (Beilage 1391) sind eingelangt.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Abgeordneter. Die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp des intransparent und undemokratisch vorbereiteten sowie widerrechtlich genehmigten Projektes eines Asylwerber-Erstaufnahmезentrums in Eberau, Zahl 19 - 867, Beilage 1388, erfolgt gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT nach Erledigung der Tagesordnung jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung.

Die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend S31, Zahl 19 - 868, Beilage 1389, erfolgt gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT im Anschluss an die Behandlung des Dringlichkeitsantrages Zahl 19 - 867, Beilage 1388.

Und die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Abwehr der Errichtung eines Asylantenlagers auf burgenländischem Boden, Zahl 19 - 869, Beilage 1390, erfolgt gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT im Anschluss an die Behandlung des Dringlichkeitsantrages Zahl 19 - 868, Beilage 1389.

Weiters ist von den Landtagesabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Kolleginnen und Kollegen eine dringliche Anfrage gem. § 30 iVm § 29 GeOLT, Zahl 19 - 870, Beilage 1391, an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl eingelangt.

Die Behandlung der dringlichen Anfrage erfolgt gemäß § 30 Abs. 1 GeOLT nach der Erledigung der Dringlichkeitsanträge.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt.

1. Fragestunde;
2. Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 1385), mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird (Zahl 19 - 865) (Beilage 1387).

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Walter Prior: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde. Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 13 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Andrea Gottweis an Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar gerichtet.

Ich bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Andrea Gottweis (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Es ist mitunter Aufgabe des Landes, Familien, Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher bei der Kinderbetreuung bedarfsgerecht zu unterstützen. Das Jahr 2009 hat zahlreiche Neuerungen auf dem Gebiet der Kinderbetreuung gebracht, so zum Beispiel das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009.

Wie haben sich diese Neuerungen auf die Kinderbetreuung und auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgewirkt?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Landtages! Zunächst darf ich einmal als Kindergartenreferentin festhalten, dass sich in den letzten Jahren sehr viel im Bereich der Kinderbetreuung getan hat.

Die Kinderbetreuung beginnt bei mir bei den Wickelkindern, bei den Kinderkrippenkindern und endet dann letztendlich auch bei den Schulkindern, die eine Betreuung brauchen.

Ein Meilenstein ist uns deshalb gelungen, weil wir verschiedene Maßnahmen, weit über die Parteigrenzen hinweg, getätigt haben, wo zum Beispiel die Senkung des Kindergartenalters von drei auf zweieinhalb Jahren hineinfällt. Dadurch wurde vor allem vielen südburgenländischen Gemeinden geholfen, die sich keine Kinderkrippe leisten können, die aber schon jetzt zweieinhalbjährige Kinder aufnehmen können.

Mit der Einführung des halbtägig kostenlosen und verpflichtenden Kindergartenbesuches für Fünfjährige, im Ausmaß von 20 Wochenstunden, werden die Familien auch finanziell unterstützt.

In diesem Zusammenhang darf ich aber auch erwähnen, dass sich die Verpflichtung im Burgenland eigentlich bei den Fünfjährigen gar nicht stellt, weil bei uns 99,8 Prozent aller Fünfjährigen in den Kindergarten gehen.

Das war ein Problem von Wien und deshalb wurde auch das in die 15a-Vereinbarung hinein genommen. Ich bin auch sehr froh darüber, dass es zusätzliche Helfer und Helferinnen gibt. Dadurch kommt es zu einer wesentlichen Entlastung der Kindergartenpädagogen und -pädagoginnen, die sich verstärkt um pädagogische Arbeiten kümmern können.

Landesweit wurden gemeinsam mit den Erhaltern, das sind die Bürgermeister, aber auch private Erhalter, 300 neue Jobs geschaffen.

In diesem Zusammenhang darf ich mich recht herzlich bei allen Gemeindeerhaltern, vor allem bei den Bürgermeistern und bei den Privaten bedanken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Mit der Einführung der Förderung im Hortbereich ist es uns gelungen, dass wir immerhin schon 600 Kinder betreuen können.

In den letzten Jahren sind einige Horte entstanden und es ist nirgends ein Hort mangels Schüler oder mangels Jugendlicher wieder zugesperrt worden. Ganz im Gegenteil. Meistens dort, wo die Gemeinden einen Hort aufmachen, machen sie dann letztendlich auch für eine zweite Gruppe auf.

Ich bin sehr froh darüber und natürlich auch sehr stolz, dass es uns gemeinsam gelungen ist, mit den Erhaltern, private genauso wie die öffentlichen, dass wir im Burgenland ein sehr gut ausgebautes Kinderbetreuungssystem haben.

Dass wir Nummer eins sind bei den Drei- bis Sechsjährigen. Weit über alle anderen Bundesländer, und letztendlich auch bei den unter Dreijährigen an zweiter Stelle sind.

Das ist der Verdienst aller, die sich um das Wohl der Kinder bemühen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Andrea Gottweis (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Zusätzliche Angebote erfordern natürlich auch neue Gruppen, also neuen Raumbedarf.

Frau Landesrätin! Das Kindergartenprogramm wurde von Ihnen als Regierungsakt eingebracht. Wie ist der Stand der Dinge?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): In meinem Verantwortungsbereich habe ich diesbezüglich alle Vorkehrungen getroffen, im Sommer 2009. Allerdings ist der Akt der Abteilung 3 noch nicht weitergeleitet worden.

Es gab dann eine Besprechung mit den Mitarbeitern der Abteilung 3 am 1.10.2009. Es wurde auch darüber gesprochen, zur damaligen Zeit, ob es nicht sinnvoll wäre, das war auch meine Anregung, den Mindestkostenbausatz von 36.500 auf 20.000 Euro zu reduzieren.

Es wurde damals auch darüber gesprochen und schon in Frage gestellt, da die Herabsetzung natürlich auch budgetäre Belastungen gebracht hätte.

Dass die Mindestbaukostensumme nun auf 18.000 Euro reduziert wird, soll mir Recht sein. Wenn es nach mir geht und den ÖVP Regierungsmitgliedern, wird selbstverständlich dieser Akt noch vor Weihnachten beschlossen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Andrea Gottweis (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ein Meilenstein ist sicher die Einführung des Gratiskindergartens.

Wäre es nicht einfacher gewesen, den Kinderbetreuungszuschuss direkt an die öffentlichen und privaten Erhalter von Betreuungseinrichtungen zu übermitteln, als rund 8.500 Anträge zu bearbeiten und 17.000 Überweisungen durchzuführen?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Mit der Einführung der Kinderbetreuungsförderung im Burgenland, wurde sicherlich eine finanzielle Besserstellung für die Eltern, aber selbstverständlich auch für die Alleinerzieher im Burgenland erreicht.

Dadurch können sich die Eltern bis zu 1.000 Euro bei den Kindergartenkrippenkindern, aber selbstverständlich auch bei den Kindergartenkindern bis zu 500 Euro ersparen.

In diesem Zusammenhang - Leo Radakovits kommt ein bisschen später - möchte ich mich ganz herzlich beim Präsidenten Leo Radakovits bedanken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich gehe davon aus, wenn man 7.500 Anträge bearbeiten muss, in Summe 15.000 Euro Überweisungen machen muss, dass da natürlich ein enormer Verwaltungsaufwand ist.

Man hätte das mit Sicherheit auch leichter abwickeln können. Und zwar, wenn man gleich den Erhaltern das Geld überwiesen hätte. Dann hätte man sich mit Sicherheit auch diesen hohen Verwaltungsaufwand erspart.

Allerdings hätten dann die Eltern und Erzieher keinen Brief von der Frau Landesrätin Dunst „Mit den Besten Grüßen des Landeshauptmanns“ übermittelt bekommen. *(Abg. Doris Prohaska: Von Dir und vom Steindl!)*

Man bekommt schon ein bisschen den Eindruck, wie in der Landtagssitzung vom 16.4.2009 diskutiert wurde, dass man so als „Prophet von der Himmelstiege“ die Gelder an die Bittsteller übermittelt.

Ja, es sind Wahlkampfzeiten *(Abg. Edith Sack: Nein, das hat mit dem nichts zu tun, damals waren keine Wahlkampfzeiten!)* und es wird sich dann sicher einiges ändern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - *(Abg. Ilse Benkö: Sibirische Kälte!)* Bitte Frau Abgeordnete Sack.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Mit dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz haben wir Sozialdemokraten dafür gesorgt, dass jedes Kind einen Betreuungsplatz im Burgenland erhält.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben dadurch auch ihre Kinderkrippen und Kindergärten ausgebaut oder erweitert. Für diesen Ausbau stellt der Bund 437.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Damit diese Mittel aber an die Gemeinden fließen können, hätten Sie, Frau Landesrätin, einen Nachweis für die getätigten Investitionen bis spätestens 1. September vorlegen müssen.

Am 22. Oktober ist Landesrat Bieler draufgekommen, dass dieser Nachweis nicht erbracht wurde und hat alles in die Wege geleitet, damit diese Gelder nicht verloren gehen.

Frau Landesrätin! Warum haben Sie als zuständige Referentin diesen Nachweis nicht erbracht, obwohl Sie wussten, dass somit den Gemeinden 437.000 Euro genommen werden?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Machen Sie kein Theater, wo es keine Bühne gibt. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Ich weiß schon, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln für die Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen gedacht sind (*Abg. Edith Sack: 437.000 Euro gehen verloren und Sie reden von einem Theater und einer Bühne! Das ist eine Frechheit! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: He, he!*) und dass diese Gelder natürlich lieber vom Finanzlandesrat zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden.

Bitte auszahlen, (*Abg. Edith Sack: Das Tiefste seid Ihr!*) dann sind alle zufrieden und happy. (*Abg. Edith Sack: Das Tiefste und das Letzte! - Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Maga. Krojer.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Mit der Novelle des Familienförderungsgesetzes wurde der angebliche Gratiskindergarten im Burgenland eingeführt.

Je nachdem wie hoch der Elternbeitrag für den Besuch eines Kindergartens in den einzelnen Gemeinden ist, deckt dieser Zuschuss entweder den Elternbeitrag völlig ab oder nicht. Dann ist er auch nicht gratis.

In welchen Gemeinden ist der Kindergartenbesuch nach wie vor nicht gratis, weil der Elternbeitrag höher ist, als der maximale Zuschuss durch das Land Burgenland?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Das kann ich Ihnen zurzeit nicht sagen, weil die Erhebungen noch nicht ganz vollständig sind. Aber wenn diese Erhebungen vollständig sind, dann bringe ich es Ihnen gerne schriftlich nach. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Es ist Dezember! – Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Norbert Sulyok.

Abgeordneter Norbert Sulyok (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben erfolgreich die 15a-Vereinbarung nach dem Bundesverfassungsgesetz mit der Frau Staatssekretärin Christine Marek ausverhandelt.

Wie viel Geld hat das Burgenland bisher vom Bund überwiesen bekommen?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin sehr froh darüber, dass sehr rasch die Gespräche auf die 15a-Vereinbarung getroffen wurden. Ich möchte an dieser Stelle vor allem unserer Staatssekretärin Christine Marek danken.

Danken dafür, dass Sie so rasch und effizient mit allen Bundesländern verhandelt hat und letztendlich auch sehr rasch die 15a-Vereinbarung beschlossen werden konnte.

Die erste Rate in der Höhe von rund 218.500 Euro aus der 15a-Vereinbarung für die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen und rund 41.750 Euro für die sprachliche Frühförderung, wurden bereits im Dezember vom damaligen Finanzminister Willi Molterer ausbezahlt.

Die zweite Rate in der Höhe von 218.500 Euro aus der 15a-Vereinbarung für die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen und die 41.750 Euro für die sprachliche Frühförderung wurden im Juni 2009 überwiesen.

Ich sage Danke dem ehemaligen Finanzminister, aber auch dem jetzigen Finanzminister unserem Josef Pröll. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Tschürtz.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Dieses Refundierungsmodell ist nicht wirklich positiv zu bewerten. Es werden enorme Verwaltungskosten entstehen.

Können Sie irgendwie beziffern, wie viel diese Verwaltungskosten zusätzlich ausmachen werden?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Nachdem diese Abrechnungen in dem Hoheitsgebiet von Frau Landesrätin Dunst liegen, kann ich das auch so nicht sagen, weil das die Zuständigkeit der Frau Landesrätin Dunst ist.

Tatsache ist, dass es sich um 7.500 Anträge handelt und in Summe 15.000 Euro Überweisungen zu erfolgen haben. Es bedarf natürlich einen enormen Verwaltungsaufwand, weil jeder einzelne Förderwerber zum Kindergartenerhalter gehen muss.

Bekommt dann vom Kindergartenerhalter die Bestätigung, je nachdem wie lange das Kind in den Kindergarten geht und ob es einen Mittagstisch bekommt.

Das ist ein enormer Verwaltungsaufwand. Den hätte man viel einfacher machen können. Dafür hat sich auch unser Präsident Leo Radakovits eingesetzt. Aber es ist leider Gottes nicht gelungen. *(Abg. Christian Illedits: Der hat etwas ganz anderes mit uns beschlossen – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die zweite und letzte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Wilhelm Heissenberger an Herrn Landesrat Helmut Bieler gerichtet.

Ich bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wilhelm Heissenberger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie ist der aktuelle Stand beim Ausbau der S31 bis zur österreichisch-ungarischen Staatsgrenze im Mittelburgenland?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen, dass auch das Land Burgenland, so wie der Bund, sehr viel Geld in die Hand nimmt, damit die verkehrsgeplagten Gemeinden des Bezirkes Oberpullendorf möglichst rasch entlastet werden können.

Wir haben daher ein Modell der Vorfinanzierung mit der ASFiNAG ausgemacht, auch so beschlossen. Die ÖVP war leider dagegen, dass zwei Jahre früher gebaut werden kann.

Ich darf nur erinnern: Sie, Herr Abgeordneter, haben dann im Bezirk dagegen polemisiert, dass nicht schnell genug gebaut wird.

Das heißt, hier dagegen gestimmt und dort gefordert, damit schneller gebaut werden soll. Das ist die Politik, die die ÖVP im Bezirk gemacht hat.

Die S31 wird bis zur B61 verlängert. Dieses Teilstück, das zirka sechs Kilometer lang ist, kostet rund 25 Millionen Euro und wird von der ASFiNAG finanziert. Das Land Burgenland trägt dafür die Kosten der Vorfinanzierung.

Damit können die Gemeinden Oberpullendorf, Unterpullendorf, Steinberg-Dörfel und Oberloisdorf verkehrswirksam entlastet werden.

Das Vorprojekt ist am 21. Dezember 2007 eingereicht worden und am 31. März 2008 hat es vom BMVIT, also vom Ministerium, eine Zustimmung dafür gegeben.

Derzeit läuft die Umweltverträglichkeitserklärung. Laut Statusbericht der ASFiNAG vom 11. Dezember, wird der angestrebte Baubeginn für diesen ersten Teilabschnitt 2010 beginnen. Fertigstellung 2012/2013.

Für den zweiten Ausbauschnitt wissen wir, dass sich Olmod immer gegen die Verlängerung der S31 in diese Richtung gewehrt hat. Ich habe dann nach einem bilateralen Gespräch mit dem Staatssekretär Lajos Csepi gefordert, dass sich Ungarn bis Ende September, Anfang Oktober, entscheiden soll, ob Olmod überredet werden kann, dieser Trasse zuzustimmen oder nicht.

Ich habe dann die Antwort am 21. September des heurigen Jahres bekommen, wo der Staatssekretär ganz eindeutig gesagt hat, dass es seitens Olmod keine Zustimmung gegeben wird. Dass aber auch - und das war ganz wichtig - die M87 nicht vor 2014 vorgesehen ist. Das heißt, der Beginn dieser Planungen nicht vor 2014 vorgesehen ist.

Damit war klar, dass sich das Burgenland anders orientieren muss. Wir können uns nicht gefallen lassen, dass dieses Projekt „Fertigstellung und Fortführung der S31 bis zur ungarischen Grenze“ jahrelang hinausgezögert wird und dadurch die Bevölkerung nicht entlastet werden kann.

Ich habe daher eine neue Trassenvariante in die Diskussion gebracht, wo der Planungsschwerpunkt auf dem Korridor westlich von Mannersdorf gelegt wird. Der Grenzübergang Rattersdorf wird mit einbezogen.

Nach Gesprächen mit der ASFiNAG, auch mit dem Ministerium, mit der Frau Ministerin und den zuständigen Leuten, hat es jetzt, seitens ASFiNAG und Ministerium, Zustimmung und Signalisierung gegeben, dass hier die unterbrochene Planungsarbeit seitens der ASFiNAG wieder aufgenommen wird, hier rasch gehandelt wird und, was ich vor allem gefordert habe, dass alle Beteiligten eingebunden werden.

Es hat daher am 3. Dezember eine Arbeitsgruppensitzung gegeben, wo die ASFiNAG, die NIF, also die ungarische Straßenbaugesellschaft, die betroffenen Gemeinden, Köszeg, die Bürgerinitiativen und das Land Burgenland eingeladen waren und teilgenommen haben.

Von allen Beteiligten wurde Gesprächsbereitschaft signalisiert, obwohl es natürlich von Seiten Köszeg eine Ablehnung gegeben hat.

Auch die Ungarn haben gesagt, das wollen wir nicht. Aber, Voraussetzung, um das noch einmal zu erwähnen, wäre eine Zustimmung Olmods, weil sie jahrelang verzögern könnten.

Ich bin überzeugt davon, es gibt gleich im nächsten Jahr eine weitere Zusammenkunft, Informationsveranstaltung, Arbeitsgruppensitzung, wo die Probleme diskutiert werden. Sodass wir auch hier mit allen Beteiligten und unter Berücksichtigung aller Notwendigkeiten, eine neue Trasse finden werden, damit die Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer, die Qualität der burgenländischen Straßen in diesem Bereich verbessert werden und gleichzeitig eine Aufwertung des Wirtschaftsstandortes mit der Möglichkeit, hier auch neue Arbeitsplätze zu bekommen, gegeben ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Heissenberger.

Abgeordneter Wilhelm Heissenberger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wir haben nicht gegen eine Vorfinanzierung, sondern gegen eine Mitfinanzierung gestimmt.

Bereits im Februar 2009 haben Sie mit Herrn Landesrat Rezar in den Medien den raschen Weiterbau der S 31 bis zur Staatsgrenze noch im Jahr 2010 groß angekündigt. Jetzt ist wieder die alte ursprüngliche Trassenvariante im Gespräch, wo Sie genau wissen, dass die Gemeinde Oberloisdorf dagegen ist und diese Variante aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist.

Wie viele Varianten werden Sie noch vorlegen?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Wenn Sie mir zugehört hätten und nicht Ihre vorgefasste Frage heruntergelesen hätten, dann wissen Sie, dass das jetzt dieser Vorschlag ist, der mit allen Beteiligten, mit allen Gemeinden, mit der ASFINAG, mit der NIF, mit dem Land Burgenland diskutiert wird und wo hier eine Lösung gefunden werden soll.

Dass nicht alle Gemeinden a priori dafür sind, war auch klar, wenn jetzt die Trasse westlich von Mannersdorf geführt werden soll. Aber Ihre Polemik hat dazu geführt, dass die Leute verunsichert werden, dass die Leute nicht wissen, wie es weitergeht.

Ich werde mit dieser Diskussion, wo alle Beteiligten teilnehmen können, dafür sorgen, dass die Menschen wissen, woran sie sind, und ich werde auch nicht zulassen, dass sie weiterhin von der ÖVP-Verkehrspolitik verunsichert werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Heissenberger.

Abgeordneter Wilhelm Heissenberger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Seit 2003 gibt es Verhandlungen mit dem ungarischen Partner.

Können Sie uns sagen, wann wirklich jetzt genau mit der Verlängerung begonnen wird?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Bitte zuhören! Es wird nächstes Jahr mit dem ersten Abschnitt begonnen, und es wird in demselben Jahr, hoffe ich, auch bereits alle Einreichpläne für den Weiterbau bis zur Grenze geben.

Das hängt natürlich auch von den Gemeinden ab. Das ist ganz klar, weil wir die Meinung der Gemeinden einholen und es natürlich Umweltverträglichkeitserklärung und Umweltverträglichkeitsprüfung auch für den zweiten Teilabschnitt geben wird.

Das ist jetzt eingeleitet und auf Schiene, und daher bin ich überzeugt davon, dass wir gleich im Anschluss an den ersten Abschnitt mit dem zweiten beginnen können.

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Ilse Benkö.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! In der Frage des Asylantenlagers in Eberau haben Sie und die SPÖ auf einmal die Instrumente der direkten Demokratie entdeckt.

Weder in der Angelegenheit Müllverbrennungsanlage Heiligenkreuz noch im Zusammenhang mit der geplanten Verlängerung der S31 in Richtung Norden, also in Richtung Neusiedl, haben und hatten Sie ein Problem damit, ein Projekt gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchzusetzen.

Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine konkrete Frage: Können Sie sich vorstellen, Pläne für eine kleinräumige Umfahrung von Schützen doch noch weiter zu verfolgen und letztendlich damit auch die Interessen der Bürger zu verfolgen und im Interesse der Bürger zu handeln?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie wissen genau, dass Sie die Unwahrheit gesagt haben. Es hat Befragungen in den Gemeinden gegeben, wo Schützen ganz eindeutig für eine Umfahrung plädiert hat. Die anderen Gemeinden haben sich dagegen ausgesprochen.

Das ist evident, dass es diese Ergebnisse gibt, das haben wir auch so respektiert und daher von vornherein ausgeschlossen, dass eine Verlängerung der S31 überhaupt nur denkbar ist. Ich kann das heute in der Diskussion dann auch auf Grund meiner Wortmeldungen, Presseaussendungen und Diskussionsbeiträge hier im Landtag beweisen.

Was Sie hier sagen, ist leider nicht von sehr viel Projektkenntnis gekennzeichnet, weil diese jetzt geplante Umfahrung von Schützen genau die kleinräumige Umfahrung ist, die Schützen gefordert hat. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das stimmt doch nicht. Blödsinn!)*

Zuerst eine Verlängerung der S31 und dann ab dem Zeitpunkt, wo die B 50 gequert wird, ist es genau die Trasse der kleinräumigen Umfahrung, die möglich ist, mit der Gemeinde abgestimmt ist und die jetzt gerade bei der Umweltverträglichkeitsprüfung der ASFiNAG liegt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Vlasich.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Verehrter Herr Landesrat! Zurück zur Verlängerung der S31 bis zur Staatsgrenze. Es gibt ja schon seit mehr als zehn Jahren die Diskussion und Sie wissen, dass es wahrscheinlich vernünftiger gewesen wäre, eine kleine Umfahrung von Seiten des Landes dort zu machen, als diese ständigen Herumplanereien, wo dann letztendlich nichts rauskommt. Jetzt möchte ich Ihre Beantwortung noch präzisiert haben.

Herr Landesrat, Sie haben gesagt, dass die Verlängerung vom Kreisverkehr bis zur B61 jetzt einmal gemacht wird. Die Bevölkerung in Mannersdorf und Oberloisdorf wehrt

sich dagegen, dass so zuerst zu machen, bevor nicht die andere Trasse schon fix fertig ist.

Sind Sie der Auffassung, dass es vernünftig ist, den ersten Teilabschnitt schon zu machen, bevor man noch weiß, wie der zweite weitergeht?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Selbstverständlich! Weil das so geplant ist, dass ohne viel Verluste, finanzielle Verluste, diese Verlängerung geplant werden kann. Und nicht die Bevölkerung möchte das, sondern der Bürgermeister und das ist ein ÖVP Bürgermeister, und daher danke für die Frage, das passt genau in die Verzögerungstaktik, die die ÖVP hat, nämlich zu sagen, machen wir alle miteinander, beide Abschnitte, und dann zu sagen, die SPÖ ist schuld, wenn nichts weitergeht. Dafür gebe ich mich nicht her.

Daher wird der erste Abschnitt richtigerweise von der ASFiNAG zuerst gebaut, und jetzt gleichzeitig mit der Umweltverträglichkeitserklärung und Prüfung des ersten Abschnittes wird diskutiert, wie sinnvoll mit den Gemeinden die Trassenvariante westlich von Mannersdorf gewählt werden kann. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage! - Das ist nicht der Fall. Die Fragestunde ist damit **b e e n d e t**.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 1385), mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird (Zahl 19 – 865) (Beilage 1387)

Präsident Walter Prior: Berichterstatter zum 2. und letzten Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, Beilage 1385, mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird, Zahl 19 - 865, Beilage 1387, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Pehm.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Georg Pehm: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beenden wird, in seiner 43. Sitzung am Mittwoch, dem 16. Dezember 2009, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Berichterstatter. Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Antrag und die Diskussion ist ja sozusagen ein Schlusspunkt in einer wochenlangen Debatte.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Sie werden heute den Landtag auflösen. Mit Ihrer absoluten Mehrheit können Sie das. Sie fahren wieder einmal über uns alle drüber und flüchten in vorgezogene Landtagswahlen.

Sie glauben damit einen Totalabsturz wie in Vorarlberg und in Oberösterreich mit mehr als zehn Prozent zu verhindern. (*Abg. Gerhard Pongracz: Kannst Du gar nicht, weil Du so viele nicht hast.*)

Das mögen Ihre parteitaktischen Kalküle sein. Sie haben aus parteitaktischen Gründen den Landtag ein halbes Jahr damit lahmgelegt und den Wahlkampf eröffnet. (*Abg. Edith Sack: Arbeiten ganz normal weiter.*)

Sie kämpfen schon in den Medien mit ungefähr 50.000 Euro in einer Woche, Landeshauptmann-Stellvertreter und Landeshauptmann, mit ganzseitigen Inseraten. Die Medien selbst machen sich schon darüber lustig, dass die zu einem Zeitpunkt schon in Auftrag gegeben worden sind, wo Sie noch gesagt haben: Nein, nein, wir wählen nicht vorzeitig. Aber bitte. Die Wählerinnen und Wähler sind nicht so dumm, die lassen sich nicht für dumm verkaufen, die durchschauen dieses Spiel.

Okay. Der Wahlkampf ist eröffnet.

In den letzten Tagen zeigt sich auch, welche Themen diesen Wahlkampf auch bestimmen werden. Ein halbes Jahr Wahlkampf hätten wir den Burgenländerinnen und Burgenländern damit ersparen können. (*Abg. Christian Illedits: Wieso?*) Sie haben den Landtag missbraucht und aus parteitaktischen Gründen eine Inszenierung abgehalten, um vorzeitige Wahlen zu provozieren.

Der Wunsch, dass sich tatsächlich etwas in der politischen Landschaft verändert, ist im Burgenland sehr groß.

Eine SPÖ, die ihre absolute Allmacht überall heraushängt und über alle anderen darüberfährt, zeigt die Grenzen der Demokratie auf.

Eine ÖVP, die in der Regierung sitzt, nicht diese Regierungsarbeit offensichtlich macht, vor allem sich diesen Demütigungen und Kompetenzentzug gefallen lässt, denen das alles offensichtlich nicht reicht, um diesen unseligen Proporz ein Ende zu machen, das ist die Situation.

Aber die Situation haben wir seit fünf Jahren, mit der leben wir seit fünf Jahren. Alle absoluten Machtkonstellationen in einer Hand schaden der Demokratie und sind schlecht für das politische Klima.

Dort, wo die ÖVP die SPÖ offensichtlich blockieren kann, das ist in der Regierung. Und diese, denke ich mir, wird ja jetzt auch nicht ein halbes Jahr lang, bei gut bezahltem Job, nichts arbeiten. Ich denke, diese Regierung hat ja den Auftrag, bis eine neue ins Leben gerufen wird, bis eine neue konstituiert wird, zu arbeiten. (*Abg. Ewald Gossy: Das*

war immer so und wird immer so sein. – Abg. Vinzenz Knor: Das ist in der Geschäftsordnung geregelt. Wie wenn es etwas Neues wäre.)

Also Sie ersparen sich ja diese Mühen nicht, die ÖVP und die SPÖ wird noch ein halbes Jahr lang in der Konstellation arbeiten müssen. Das erwarten sich die Wählerinnen und Wähler. Und wenn Sie hineinhören, dann hören Sie das auch, dass Sie gewählt worden sind, um zu arbeiten und nicht ständig vorzeitig zu wählen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der SPÖ)*

Die ÖVP wird mit der SPÖ nach dieser Wahl möglicherweise in der gleichen Konstellation, wie sie jetzt hier ist, wieder sitzen. Und das müssen Sie den Leuten auch erklären, wie Sie dann fünf Jahre miteinander tun werden. Was ändert die Wahl daran? An der Zusammensetzung der Regierung möglicherweise gar nichts.

Entscheidend wird die Zusammensetzung des Landtages sein. Und ich glaube, eines ist sicher: Wer bei dieser Wahl wieder die SPÖ und die ÖVP wählt, der betoniert genau diese Zustände ein.

Es wird entscheidend sein, wie die Situation im Landtag dann aussieht. Nachdem das Proporzregierungssystem nicht abgeschafft wurde, *(Abg. Ewald Gossy: Wer war dagegen?)* weil die ÖVP trotz ständiger Demütigungen und Entmachtungen und Einschränkung jeglicher Handlungsmöglichkeiten unbedingt in der Regierung bleiben will, dann müssen sich eben die Mehrheitsverhältnisse im Landtag ändern.

Nur wenn die absolute Mehrheit der SPÖ fällt, ist wieder eine gemeinsame politische Arbeit möglich, wie das in der Periode zum Beispiel von 2000 bis 2005 war.

Da hat es die Möglichkeit gegeben, sich einzubringen. Es wurden gute Ideen von allen Parteien aufgenommen. Das ist auch das, was die Menschen erwarten, und nicht kategorisch jeder einzelne Antrag abgeändert wird, jede einzelne Idee abgeschmettert wird, um es dann möglicherweise auch als eigene Idee zu verkaufen.

Nein, die besten Ideen sollen umgesetzt werden, und das erwarten sich die Menschen. Das war in der Periode von 2000 bis 2005 durchaus möglich.

Nur wenn die absolute Mehrheit der SPÖ fällt, ist wieder eine gemeinsame politische Arbeit möglich. Und nur wenn die Opposition gestärkt wird, ist es auch möglich, die Regierung stärker zu kontrollieren.

Und wenn die SPÖ die absolute Mehrheit im Landtag verliert, dann wird entscheidend sein, mit wem sie dann die Mehrheit sucht. Es wird ganz entscheidend sein, wer dann im Burgenland den Kurs bestimmt. *(Abg. Johann Tschürtz: Ja!)*

Davon wird es nämlich abhängig sein, ob in unserem Land eine Politik für eine offene, liberale und tolerante Gesellschaft gefördert wird.

Ob Investitionen in Zukunftstechnologien und in eine nachhaltige Wirtschaft getätigt werden.

Und ob Politik gemacht wird, die die Benachteiligung von Frauen bekämpft.

Oder, ob die Politik in unserem Land von jenen beherrscht wird, die Angst und Panik in Sachen Sicherheit verbreiten, oder eine rückwärtsgerichtete Gesellschaftspolitik, wie zum Beispiel „Frauen an den Herd“, verfolgen, und den Herrn Kollegen Tschürtz als Soziallandesrat, na dann können sich die Sozialinitiativen warm anziehen. *(Abg. Christian Illredits: Und Sie als Präsidentin! Schauen wir mal, oder? – Abg. Ewald Gossy: Habt Ihr Euch schon alles aufgeteilt? – Zwiesgespräche in den Reihen)*

Die Grünen haben bitte keinerlei Ambitionen auf den Landtagspräsidenten, wirklich nicht. Bitte, Herr Kollege, wenn Sie das den Grünen unterstellen, dann sagen Sie hier die Unwahrheit.

Sie haben von den Grünen sicherlich noch nie gehört, dass wir irgendwie auf einen Landtagspräsidenten oder eine Landtagspräsidentin hinauswollen. (*Abg. Christian Illredits: Das Offert habe ich gehört von der ÖVP.*) Nein, mit Sicherheit nicht. (*Abg. Christian Illredits: Sie haben es nie in Abrede gestellt. Ist doch nicht schlecht, oder?*) Das ist, wie gesagt, der letzte Job, in dem man gestaltend in diesem Land Politik machen kann.

Nach dieser Wahl wird es also entscheidend sein, welche Mehrheitsverhältnisse wir im Burgenländischen Landtag haben.

Die Warnung der SPÖ vor Blau-Schwarz, bitte, ist eine Schmähschmähparade, (*Abg. Christian Illredits: Ach so?*) denn die Burgenländerinnen und Burgenländer können uns eins zusammenzählen und dann müssen sie sich einmal überlegen, wie viel, denn beim derzeitigen Stand 13 und zwei, da müsste ja die FPÖ ein explodierendes Ergebnis haben. (*Zwiesgespräche in den Reihen*) Wenn das die SPÖ so meint, na ja, dann wird es vielleicht möglich sein. Das heißt, das wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit nicht ausgeben.

Was sich sicher ausgeben wird, und zwar zu 100 Prozent, ist heute ganz eindeutig klar, Rot-Blau wird sich sicher ausgeben und davor graut vielen, vor allem vielen Menschen, die der SPÖ nahe stehen. (*Abg. Ilse Benkö: Geh bitte!*)

Und nur den ... (*Abg. Ernst Schmid: Wir kommst Du auf die Idee?*) Na ja, wenn die SPÖ die absolute Mehrheit verliert, dann hat sie die Möglichkeit, entweder mit der ÖVP zusammenzuarbeiten, das will sie nicht. Dann hat sie die Möglichkeit mit der FPÖ zusammenzuarbeiten und eine Mehrheit im Landtag zu machen, denn es geht immerhin darum, wer hat sozusagen die Macht über das Budget. Das ist eine sehr entscheidende Frage.

Oder sie hat die Möglichkeit, mit den Grünen zusammenzuarbeiten.

Diese Variationen gibt es. (*Abg. Josef Loos: Warum soll die SPÖ verlieren?*) Diese drei Variationen, wobei die eine von vornherein irgendwie sich ausschließt, denn sie können nicht den Landtag auflösen und nachher wieder mit der, aber ich meine, das hat die Bundesregierung auch gemacht. (*Zwischenruf der Abg. Edith Sack*)

Molterer hat gesagt: Jetzt reicht's! Und sie sitzen wieder gemeinsam in der Regierung und arbeiten wieder gegeneinander statt miteinander. (*Abg. Ewald Gossy: Mit anderen Leuten, oder?*)

Gut, es soll so sein. Sie haben das in der Hand, (*Abg. Edith Sack: Das haben jetzt die Wähler in der Hand.*) wie jetzt sozusagen vorgegangen wird. Sie haben es in der Hand, heute entgegen allen anderen Landtagsparteien den Landtag aufzulösen.

Denn dieser Landtag, außer der SPÖ, war einhellig der Meinung, dass wir durcharbeiten sollen, denn diese Wahl ändert nicht die Zusammensetzung der Regierung (*Abg. Vinzenz Knor: Legst Du heute die Arbeit nieder?*) und nach dieser Wahl werden die gleichen Leute möglicherweise in dieser Regierung sitzen, wie sie heute sitzen. Das ändert überhaupt nichts. (*Abg. Ewald Stacherl: Hörst Du heute zu arbeiten auf? Ich nicht! Wir arbeiten weiter.*)

Nun denn, wir werden auf jeden Fall dafür sorgen, dass dieser Landtag nicht ein halbes Jahr lang lahmgelegt wird. Dafür werden wir sorgen, dass dieser Landtag auch arbeitet. (*Abg. Edith Sack: Wir arbeiten eh weiter.*)

Es liegen genügend Dinge auf dem Tisch. Wir werden dafür sorgen, dass in Zeiten von Arbeitslosigkeit, von Wirtschaftskrise, von Klimakrise, (*Abg. Edith Sack: Wer hat denn die ganze Zeit gearbeitet? Die Grünen? Was haben Sie gemacht?*) für die Menschen in diesem Land gearbeitet wird und weder die Regierung ein halbes Jahr lang nichts tut, noch der Landtag ein halbes Jahr nichts tut.

Jene, die sich der Arbeit verweigern, die müssen das gegenüber den betroffenen Menschen auch verantworten.

Wir werden dem Auflösungsantrag unsere Zustimmung nicht erteilen, (*Abg. Ewald Gossy: Ihr seid zufrieden mit allem.*) denn wir sind gewählt, um zu arbeiten und nicht um sich ständig einen Wahlkampf zu liefern. (*Beifall bei den Grünen*)

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Die Auflösung des Landtages ist nicht die Lösung. Die Lösung wäre nur die Abschaffung des Proporz für die nächste Legislaturperiode gewesen. Das wäre dieses Lösungsziel gewesen.

Das heißt, man hätte in aller Behutsamkeit weiterarbeiten sollen und hätte auch die Verhandlungen so ansetzen sollen, damit es möglich wird, bis im Sommer die Abschaffung des Proporz zu bekommen und die Abschaffung des Proporz als Ziel zu haben.

Jetzt ist Folgendes passiert: Es wird heute der Landtag aufgelöst und nach der Wahl, nach dem 2. Mai, nehmen wieder die Streitparteien SPÖ und ÖVP auf der Regierungsbank Platz.

Das heißt, nach der Landtagswahl wird wieder so richtig lustig weiter gestritten. Da kann man sich einmal vorstellen, welcher Schaden da auf unser Burgenland noch zukommen wird.

Daher braucht dieses Burgenland eine Veränderung. Das Land Burgenland braucht eine starke freiheitliche Bewegung, eine starke FPÖ, auch in der Landesregierung, damit endlich auch eine Kraft in der Landesregierung sitzt, die viel nach vorne bringen kann.

Man muss sich vorstellen, wenn jetzt wieder nur SPÖ und ÖVP in der Landesregierung sitzen würden, was da wirklich passiert in den nächsten fünf Jahren.

Daher muss es oder soll es möglich sein, dass auch die FPÖ jetzt Platz nimmt, Verantwortung übernimmt, ein Ressort übernimmt und gleichzeitig auch der Koordinator zwischen beiden Regierungsparteien ist, damit für dieses Land wirklich einmal etwas weitergeht. (*Zwischenruf der Abg. Edith Sack und des Abg. Gerhard Pongracz*)

Die Frau Abgeordnete Krojer hat gesagt, na ja, wenn man diese starke patriotische Partei wählt, dann muss man sich warm anziehen.

Frau Abgeordnete Krojer, ich sage Ihnen eines: Ich - wenn Sie das schon so wollen, wenn der Soziallandesrat wirklich Wirklichkeit werden würde - würde dafür sorgen, dass jeder warm angezogen ist. Das können Sie mir glauben!

Es gibt nämlich 40.000 armutsgefährdete Burgenländerinnen und Burgenländer. Und ich glaube, es ist wichtig, eine Politik zu haben, eine Politik, wo es Gemeinsamkeiten gibt, wo es den Blick nach vorne gibt. Eine Politik gibt, wo man auch wirklich tatkräftig handelt.

Man muss nicht immer verliebt sein, aber man muss schauen, dass man, wenn es um Themen geht, die auch für das Burgenland wichtig sind, zusammenarbeitet. Und da meine ich auch die Regierung.

Denn Faktum ist, es gibt eine Opposition, die auch das Recht hat, die Opposition hat das Recht, natürlich auch von mir aus manchmal in überspitzter Form die Regierung zu kritisieren. Aber ein Dauerstreit, so wie er sich jetzt zugetragen hat, den darf es nicht geben.

Und der Höhepunkt, diese Situation rund um Eberau, also das schlägt ja dem Fass den Boden aus.

Bitte, was passiert im Burgenland? Das ist ja eine Unglaublichkeit! Da gibt es eine scheinheilige Politik, die ja gar nicht mehr mit Worten zu bezeichnen ist. Da sagt der Berlakovich, der Minister Berlakovich heute, na er findet es für so eine Unglaublichkeit, was da jetzt im Burgenland passiert.

Na, der telefoniert ja jeden Tag mit der Frau Innenministerin, der muss ja Bescheid gewusst haben, da kann ja nicht der Minister Berlakovich, der Parteikollege der Innenministerin, jetzt nicht so tun, als ob er gar nichts gewusst hätte und jetzt versuchen, irgendwo die Kurve zu nehmen.

Die ÖVP ist in dieser Angelegenheit im Zugzwang. Die ÖVP hat nur eine einzige Möglichkeit, jetzt zu zeigen, dass sie es wirklich ernst meint, indem der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter diesen Herrn Bürgermeister Strobl aus der Partei ausschließt und indem der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter die Innenministerin zum Rücktritt auffordert.

Das ist die einzige Möglichkeit, die die ÖVP überhaupt noch hat. Das ist die einzige Möglichkeit! (*Beifall bei der FPÖ und bei der SPÖ*)

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter soll die Frau Innenministerin zum Rücktritt auffordern. (*Zwiegespräche in den Reihen*) Denn das, was die Innenministerin hier aufgeführt hat, das ist ein Drüberfahren über die burgenländische Bevölkerung par excellence.

Und das kann es ja wirklich nicht sein, dass man plötzlich so über Nacht Entscheidungen trifft, wo niemand gefragt wird.

Schauen wir uns einmal das Schubhaftzentrum in der Steiermark an. Im Bereich des Schubhaftzentrums in der Steiermark hat es eine Volksbefragung gegeben. Die haben sich dafür ausgesprochen. Okay! Aber die Politik soll nicht so ausgerichtet sein, dass man einfach über die Bevölkerung hinweg irgendwelche Entscheidungen trifft.

Daher sage ich Ihnen: Wenn das so weitergeht, wenn diese Streitereien so weitergehen, auch nach der Landtagswahl, dann haben wir ja Fürchterliches zu befürchten.

Daher wird es wirklich wichtig sein, am 2. Mai, wenn der Wahltermin dann festgelegt ist, wirklich definitiv auch der Bevölkerung zu zeigen, was wollen wir, was ist passiert, was muss sich ändern in diesem Land.

Ich glaube auch schon, dass der Bereich Sicherheit, obwohl die Grünen sagen, na, die schlimmen Freiheitlichen, aber ich bleibe dabei, wir werden diesen Bereich Sicherheit mit allen Möglichkeiten unseren Stempel aufdrücken.

Wir werden dafür sorgen, dass es auch die Möglichkeiten geben muss, im Burgenland zeitweise Grenzkontrollen wieder abzuhalten. Denn es wird in den nächsten

Wochen noch sehr vieles passieren. Die Schengen-Öffnung, die Grenzöffnung Schengen, hat uns natürlich schon gezeigt, was passiert.

Und wenn wir dieses Flüchtlingslager bekommen, wenn wir dieses Erstaufnahmezentrum bekommen, dann garantiere ich Euch, dass dort nicht 300 Personen aufgenommen werden, sondern, da werden dann sicher im Endausbau 600, 700 und 800 ihre Zufluchtsstätte finden.

Denn, wenn heute ein oder zwei oder drei oder vier Personen dann für einen Raum oder für einen Wohnraum vorgesehen werden, dann wird das irgendwann, nach zwei, drei Jahren, werden dort zehn, acht oder 12 drinnen schlafen. Und das wird auf uns zukommen.

In einer Ortschaft mit 1.000 Einwohnern ein Erstaufnahmezentrum zu bauen, ohne den Willen der Bevölkerung, das finde ich für ungeheuerlich.

Deshalb, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich sage Ihnen eines: Sie haben noch die einzige Möglichkeit, den Schritt nach vorne, den Bürgermeister aus der Partei auszuschließen und die Innenministerin zum Rücktritt aufzufordern. Das ist die einzige Möglichkeit!

Wir Freiheitliche werden das aber auch mit einer Petition der Bevölkerung nahebringen. Wir werden eine Petition verfassen, die sich hauptsächlich um dieses Erstaufnahmezentrum handelt, aber wo auch drinnen steht, wie es zu diesen Schritten gekommen ist, wo auch die Scheinheiligkeit dokumentiert ist. Wo auch die Politik der SPÖ und der ÖVP auch im Burgenland dokumentiert ist. (*Abg. Christian Illredits: Was haben wir?*)

Denn diese Streitereien bis zum bitteren Ende, das haben wir nicht notwendig. Daher wäre es besser gewesen, in aller Behutsamkeit zu versuchen, bis Juni den Proporz abzuschaffen. Dann hätte es die Möglichkeit gegeben, eine Regierungskonstellation zwischen zwei Parteien zu haben, die definitiv mit aller Kraft arbeiten wollen.

Dann hätte es die Konstellation gegeben, wo niemand zu einer Zwangsehe gezwungen ist.

Dann hätte es natürlich auch die Möglichkeit gegeben, mit der Abschaffung des Proporztes, endlich einmal für unser Burgenland etwas zu tun.

Diese Streitereien lähmen das Land Burgenland. Das hat man jetzt im Fall Eberau gesehen. Diese Streitereien tun dem Land Burgenland nicht gut.

Es braucht eine soziale Veränderung. Es braucht endlich die Freiheitliche Partei in der Landesregierung! (*Beifall bei der FPÖ – Abg. Inge Posch-Gruska: Und dann sind wir sozial? – Abg. Ewald Gossy: Das hat man gesehen zwischen 2000 und 2005.*)

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Fragestunde, wo es um die S31-Verlängerung gegangen ist, muss ich als ÖVP eine klare Anmerkung auch machen.

Wenn der Herr Finanzlandesrat sagt, auf einen Zwischenruf, Mitfinanzierung und Vorfinanzierung wäre ohnehin das Gleiche, dann muss ich schon klarstellen: Ein Mitfinanzieren heißt, dass das Land Burgenland bewusst Geld in die Hand nimmt, eigenes Geld in die Hand nimmt und weiß, dass es dieses Geld nicht mehr bekommt.

Das sehen wir nicht ein, dass für hochrangige Straßen- oder Bahninfrastruktur, wo eindeutig der Bund zuständig ist, das Land Burgenland eine Mitfinanzierung machen soll.

Wir sind dafür, dass eine Vorfinanzierung gemacht wird, wo auch klar vorher geregelt ist, wie lange diese Vorfinanzierung dauern soll. Vorfinanzierung auf ein Jahr, auf zwei Jahre, auf drei Jahre.

Wir wissen, dass das auch zumindest Zinsen kostet. Da muss man auch klar darüber reden. Nur, ich sage klar: Mitfinanzieren Nein, Vorfinanzieren Ja. Das war immer unsere Linie, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP – Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler)*

Ich möchte damit beginnen, dass ich das, was der Herr Kollege Tschürtz am Schluss gesagt hat, für uns als Österreichische Volkspartei klarstelle: Mit der Vorgangsweise, die Innenministerium und eine Gemeinde im Südburgenland zum Wochenende der Öffentlichkeit mitgeteilt haben, stehen wir als Österreichische Volkspartei klar mit unserer Meinung da. *(Abg. Christian Illredits: Ihr habt es ja vorbereitet! – Abg. Ewald Gossy: Immer dabei! – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)*

Wir sind dagegen! Wir sind dagegen, dass solche Dinge im Südburgenland gemacht werden. *(Abg. Christian Illredits: Das trauen Sie sich sagen. – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Und ich sage Ihnen auch klar warum wir dagegen sind: Wir sind deshalb dagegen, dass entgegen der Vorbereitung in Vordernberg in der Steiermark ohne Einbindung der Bevölkerung, nicht nur der Gemeinde, *(Abg. Christian Illredits: Ist doch Euer Bürgermeister!)* sondern in der gesamten Region, solche vollendete Tatsachen geschaffen wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion heute Nachmittag wird es noch zeigen, und ich hoffe, wir kommen zu einem Schulterchluss, *(Zwiegespräche in den Reihen)* wo wir uns alle hier im Landtag vertretenen Parteien dafür aussprechen, dass wir eine Volksbefragung oder eine Volksabstimmung in dieser Region auch gemeinsam durchführen und auch mittragen könne, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der gegenständliche Antrag, den die SPÖ eingebracht hat, zur Auflösung des Landtages, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir heute ja schon von zwei Parteien diskutiert gehört.

Ich darf für meine Partei, für die Österreichische Volkspartei, klar dazu sagen: Es gibt keinen wie immer gearteten Grund, den Landtag jetzt aufzulösen. *(Abg. Christian Illredits: Ich werde Ihnen ein paar aufzählen.)* Keinen Grund! Außer die SPÖ will von den Wien-Wahlen wegkommen.

Wenn man das haben will, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann muss man so ehrlich sein und das auch sagen *(Abg. Ewald Gossy: Gerade Du redest von Ehrlichkeit. Höre ja auf! – Zwiegespräche in den Reihen)* und nicht Verfassungsdiskussionen, Verfassungsparteiverhandlungen dafür zu missbrauchen, damit man eine Absprungbasis findet, dass man einen früheren Wahltermin möchte und man im Handstreich - und ich sage noch einmal im Handstreich - eine neue Wahlordnung installiert, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Für uns ist klar: Wir wollen arbeiten bis zum Schluss! *(Abg. Christian Illredits: Jetzt wollt Ihr anfangen? – Abg. Doris Prohaska: Am Abend wird der Faule fleißig!)*

Die SPÖ missbraucht die Landesverfassung für ihre parteipolitischen Machtspiele. Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Bankrotterklärung, wenn eine Partei trotz ihrer absoluten Mehrheit *(Abg. Edith Sack: Seit der ... der Landesregierung*

habt Ihr Euch bankrotterklärt.) nicht fähig ist zu regieren und vorzeitige Neuwahlen vom Zaun bricht.

Sie stellen heute Ihren eigenen Konkursantrag, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Allgemeine Unruhe – Beifall bei der ÖVP)*

Es ist das Eingeständnis der SPÖ-Spitze, dass Sie mit ihrer Politik der Abgehobenheit und Machtarroganz gescheitert sind. *(Abg. Ewald Gossy: Eure Arroganz hat man jetzt bei Eberau gesehen.)*

Damit ist auch klar, dass die SPÖ die Arbeit einstellt und nicht bereit ist, Verantwortung für das Land zu übernehmen. Sie missbrauchen Ihre Macht. *(Abg. Ewald Gossy: Ein Sittenbild!)*

Denken Sie nur daran, wie Sie beim Objektivierungsgesetz vorgegangen sind, als zweimal dieses Objektivierungsgesetz so zahnlos gemacht wurde, dass es den Namen Objektivierungsgesetz eigentlich nicht mehr verdient.

Denken Sie an Ihre Initiativanträge im Bezug auf das Kehrgesetz, das Grundverkehrsgesetz und so weiter und so fort. Ein einziger Punkt, und darüber wird heute auch noch zu diskutieren sein, war, als das Raumplanungsgesetz geändert wurde.

Hier waren Sie nicht bereit, dem Landtag zu sagen, worum es eigentlich geht. *(Abg. Christian Illredits: Wo?)* Woher haben Sie Ihre Informationen, die Sie nicht allen im Landtag vertretenen Parteien zur Verfügung gestellt haben? *(Allgemeine Unruhe – Abg. Edith Sack: Na, hallo! Was soll das? Die ÖVP hat das eingebracht!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben hier im Landtag, einen Initiativantrag gestellt, wie sich jetzt herausstellt, ein richtiger Initiativantrag. *(Allgemeine Unruhe)* Nur, Sie hätten alle im Landtag vertretenen Parteien von der Tragweite informieren müssen. *(Abg. Ewald Gossy: Um Gottes willen!)*

Haben Sie hier schon Informationen dazu gehabt? Wenn Sie diese gehabt haben, warum haben Sie diese dann nicht sichergestellt? *(Allgemeine Unruhe)* Das geht vor allem in Richtung des Herrn Landeshauptmannes!

Warum hat der Herr Landeshauptmann nicht durch sofortige Verlautbarung das Gesetz in Kraft gesetzt? *(Abg. Ewald Gossy: Das glaubst Du doch selber nicht! - Abg. Edith Sack: Ihr habt doch damals sogar vertagen wollen! – Abg. Christian Illredits: Weil das gesetzmäßig doch gar nicht geht! Was erzählen Sie denn da?)*

Dann wären solche Dinge nicht möglich gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Frau Kollegin Sack! Bleiben Sie ein bisschen ruhiger, *(Abg. Edith Sack: Na, stimmt doch! - Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* denn wir werden das heute Nachmittag noch in aller Ruhe debattieren. *(Abg. Edith Sack: Das sind nur Falschinformationen! Da ist alles falsch! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich weiß schon, dass Sie nervös sind. *(Abg. Edith Sack: Nur falsch!)* Sie merken jetzt, dass Ihre Fälle davon schwimmen. *(Abg. Edith Sack: Ich bin nicht nervös! Ganz im Gegenteil! Ihr seid doch nervös! - Abg. Vinzenz Knor: Da bebt doch nicht nur das Fell, sondern der ganze Körper! - Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Niemanden im Land können Sie erklären, dass Sie in einer jetzt schwierigen Situation den Landtag auflösen. *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Herr Präsident! Wenn Sie läuten, dann sind Sie am Wort! Deshalb habe ich jetzt gestoppt.

Präsident Walter Prior: Herr Abgeordneter! Sie können fortsetzen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP) (*fortsetzend*): Dann bedanke ich mich und spreche jetzt weiter. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine absolute Mehrheit hier im Haus kann sich nur selbst blockieren. Sie tun das. Wenn Sie sich selbst blockieren, dann werden auch Wahlergebnisse nichts ändern, wenn Sie sich in Ihrer Art und Weise, Politik zu machen, nicht ändern.

Sie machen heute Ihren eigenen Konkursantrag! Ich sage es noch einmal: Die Österreichische Volkspartei arbeitet im Landtag, in den Ausschüssen und in der Regierung. 8.500 Regierungsbeschlüsse hat es gegeben. (*Abg. Christian Illedits: Das gibt es doch nicht!*)

98,3 Prozent davon waren einstimmig. Hier von einer Oppositionsarbeit zu sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das glaubt Ihnen doch niemand.

Sie können der Bevölkerung das nicht weis machen und das wissen Sie. Deshalb flüchten Sie in diese Art und Weise in diese Politik.

Der damalige Abgeordnete und jetzige Landesrat, Falb-Meixner, hat in einem Jahr mehr an Regierungsanträgen eingebracht, als die Frau Dunst in insgesamt fünf Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Abg. Vinzenz Knor: Das hast Du uns schon alles erzählt!*)

Wir als ÖVP werden dem heutigen Antrag der SPÖ auf Einstellen der Arbeit, auf Auflösung des Landtages nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Christian Illedits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir werden uns heute hier mit dem Tagesordnungspunkt „Auflösung des Landtages“ beschäftigen und hier dann darüber abstimmen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wir werden natürlich unserem Antrag die Zustimmung erteilen. Wenn wir noch Gründe für diese Auflösung des Landtages gebraucht hätten, dann haben Sie uns diese spätestens am Samstag geliefert.

Eberau ist momentan der Ort, der in aller Munde ist, der österreichweit Schlagzeilen macht, aber negative Schlagzeilen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich will nur kurz auf diese Meldungen und dann auf den Antrag, den wir am Nachmittag, nämlich, auch seine Anfrage, die wir diskutieren werden, eingehen.

Herr Kollege Strommer! Sie stellen sich hier her und zu sagen: Abgehobene Politik! Darüberfahren! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abgehobener, mehr darüberfahren, als die Frau Innenminister es auf Geheiß und auf Wissen der Steindl-ÖVP getan hat.

Ich glaube, das ist unschlagbar (*Abg. Edith Sack: Genau! – Abg. Doris Prohaska: Richtig! So ist es!*) in der österreichischen Politik allgemein. Das bestätigen auch alle Meldungen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Hätte es also noch einen Grund gebraucht, dann ist der wirklich geliefert worden. Die Frau Klubobfrau Krojer hat sich heute hier wieder, und das nicht zum ersten Mal, als Sprachrohr der ÖVP bestätigt. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich bin immer wieder fasziniert, wieso sie das tut. Ich kann es mir natürlich erklären. Ich erspare es Ihnen jetzt, denn es wissen ohnehin alle schon, wie der politische Hase hier seit längerem läuft und dass Sie starke Ambitionen haben. (*Zwiegespräch zwischen dem Abg. Mag. Josko Vlasich und der Abg. Edith Sack*)

Wenn Sie auch hier klarerweise abstreiten, ein Angebot zu haben, Sie müssen es dann nicht annehmen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Was soll das jetzt?*)

Aber eines ist ganz klar, denn diese Vorgehensweise, die schlussendlich jetzt dokumentiert von der Frau Innenminister Fekter, am Samstag, quasi handstreichartig, der Bevölkerung des Burgenlandes unzumutbar mitgeteilt wurde, denke ich, ist ganz klar ein Sittenbild.

Aber auch ein Spiegelbild der ÖVP Burgenland. Man kann sich darüber unterhalten, wie wichtig, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter in der Riege der ÖVP allgemein ist. Die Behauptung, so wie es jetzt im Antrag steht, so wie es den Medien zu entnehmen ist, nämlich, er habe nichts gewusst, würde doch dann bedeuten, dass er unbedeutend ist. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Das heißt, er hat überhaupt nichts gewusst. Ihm weilt weder der Bürgermeister Strobl, noch die Frau Innenminister ein. Das werden Sie uns wohl nicht weismachen wollen und sicherlich auch nicht weismachen können. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Faymann und LH! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich werde auch am Nachmittag noch darauf eingehen. Wenn man zurückblendet, und jetzt komme ich zur Diskussion, zum Verhalten bei der Abstimmung zum Raumplanungsgesetz, dann war das von langer Hand vorbereitet. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Das beginnt wahrscheinlich schon mit dem Kauf des Grundstückes, dann mit den ganzen Widmungen, dann schlussendlich auch hier mit Ihrem Verhalten bei der Abstimmung zum Raumplanungsgesetz. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Jetzt sage ich Ihnen: Sie haben hier damals gesagt: Wir wollen vertagen! Wir wollen aus anderen Bundesländer Aussagen einholen, was die für eine Meinung dazu haben. Herr Klubobmann Strommer! (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich?*)

Jetzt frage ich Sie ganz salopp: Schauen Sie uns für komplett blöd an? (*Abg. Norbert Sulyok: Ja!*) Vielleicht sehen Sie auch noch die burgenländische Bevölkerung für so blöd an? Sie sagen „Ja“, Herr Kollege Sagartz? (*Abg. Christian Sagartz, BA: Ich habe nicht „Ja“ gesagt!*)

Irgendeiner aus Ihrem Eck da drüben hat es gesagt. Aber, ich sage Ihnen nur: Die Bevölkerung des Burgenlandes wird Ihnen hier ganz klar die Antworten geben. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wenn ich mir jetzt bemerkenswerterweise das Gästebuch der Gemeinde Eberau vor Augen führe, dann muss das regelrecht explodiert sein, dann gibt es das jetzt nicht

mehr, weil wahrscheinlich diese Meldungen, die dort stehen, diesen Speicher zum Übergehen gebracht haben.

Dann frage ich Sie auf Ihre Frage, woher wusste die SPÖ, dass es natürlich, weil wir jetzt diese Änderung im Raumplanungsgesetz durchgeführt und initiiert haben, dass es zu solchen Maßnahmen kommt?

Ja, meine Damen und Herren, Herr Kollege Strommer, lesen Sie denn keine Zeitungen? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Diese Frage stellt sich nicht!)*

Haben Sie keine Informationen? Wissen Sie nicht, was sich in Österreich tut? Wenn die Frau Innenminister schon seit Wochen und Monaten herumgeht, Prospekte drucken lässt, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Diese Frage stellt sich nicht!)* und Werbung macht, aber nicht so, wie es seriöserweise wäre, unter Einbindung der Verantwortlichen im Land, sondern, sie verteilt Werbeprospekte und sagt: Da bekommt ihr Arbeitsplätze!

Das heißt, sie macht Werbung in ganz Österreich und hat sich die Abfahren von anderen Bundesländern schon geholt. Da sagen Sie: Woher haben wir diese Informationen? Wir sind im hohen Maße der burgenländischen Bevölkerung verpflichtet!

Das tun wir, und das haben wir auch mit dieser Änderung zum Raumplanungsgesetz getan und umgesetzt. Ich werde auch am Nachmittag Ihnen noch klar sagen, weshalb ein früheres Inkrafttreten gesetzmäßig nicht gegangen wäre und nicht geht.

Auch hier sagen Sie schon wieder die Unwahrheit und wollen den Menschen im Burgenland etwas vorgaukeln, was nicht der Wahrheit entspricht. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben so gehandelt, wie die burgenländische Bevölkerung es erwartet. Nämlich, präventiv! Sie haben jetzt, mit Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter als Parteivorsitzender an der Spitze, versucht, wissend dass dieses Gesetz mit 1. Jänner in Kraft tritt, dieses Gesetz zu umgehen.

Sie haben es versucht, denn der Herr Landeshauptmann hat einen Riegel vorgeschoben. Dieser Bescheid wird aufgehoben! Damit wird das Erstaufnahmezentrum hier in Eberau, das können Sie mit Sicherheit annehmen, nicht gebaut werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Frau Klubobfrau Krojer! Ich versuche bereits seit längerem, in der Bevölkerung habe ich dafür auch großes Verständnis geerntet und die hat es auch verstanden, anhand plakativer Beispiele immer wieder zu erklären, weshalb diese Vorgehensweise einer Fundamentalopposition in der burgenländischen Landesregierung, einer Partei, die Opposition von der Regierungsbank aus betreibt, der burgenländischen Bevölkerung nicht mehr länger zumutbar ist. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Klubobmann Tschürtz! Sie sagen, dass dieses Streiten nicht mehr zumutbar ist. Aber dieses Streiten wird von der ÖVP bereits als erster Punkt auf jeder Tagesordnung festgeschrieben.

Streiten schadet der burgenländischen Bevölkerung! *(Abg. Christian Sagartz, BA: Deswegen sind wohl alle Beschlüsse im Land einstimmig. Nicht wahr?)*

Der politische Hintergrund dafür ist, der SPÖ Schaden beizufügen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Da bleibt doch gar keine Zeit zum Streiten. – Abg. Josko Vlasich. Nach der Wahl wird das anders werden!)*

Sie haben die Aussage bereits getätigt, denn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat immer gesagt: Vor der Wahl ist nach der Wahl. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Genau!*)

Sie haben den Wahlkampf nie beendet! Sie befinden sich seit der letzten Landtagswahl in einem permanenten Wahlkampf. Deshalb haben Sie versucht, immer zu streiten. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich sage Ihnen noch ein Argument, das auch in den Zeitungen zu lesen ist. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Haben Sie inseriert?*)

Ich denke, auch denen können Sie Glauben schenken, auch wenn Sie das nicht wollen. Sie haben es nämlich in Ihrer Anfrage so glasklar hineingeschrieben, weil Sie sich hier wieder einmal total entlarvt haben. Wem wollen Sie politischen Schaden zufügen? (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Natürlich der SPÖ.

Ihr Ziel ist es, Schwarz-Blau im Burgenland wieder zu manifestieren, zum ersten Mal umzusetzen. Deshalb wollen Sie der SPÖ bewusst Schaden zufügen. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Was ist mit Rot-Blau? Gilt da dann das gleiche Argument?*)

Sie nehmen in Kauf, dass Sie der burgenländischen Bevölkerung hier auch Schaden zufügen, um dieses erklärte Ziel, nämlich die absolute der SPÖ zu brechen, umsetzen zu können und somit Schwarz-Blau zu ermöglichen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Sagartz, BA: Sie haben hier weder Mühe noch Kosten gescheut!*)

Das haben viele schon durchschaut und erkannt, denn dieses Spiel, meine Damen und Herren von der ÖVP, werden Sie mit uns, und im Speziellen mit der burgenländischen Bevölkerung, nicht spielen können. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich komme noch kurz zu einem Beispiel. Wir sind hier im Hohen Hause, und am Nachmittag wird es genau so der Fall sein, nicht erst ein Mal, sondern bereits x-Mal belogen worden.

Wir sind in der Causa Strem, Weisung, Nichtweisung, hier belogen worden. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Mir wurde gesagt, dass man dies nicht im Landtag sagen sollte. Was soll das jetzt?*)

Ganz klar. Es folgte eine Sachverhaltsdarstellung durch den Landes-Rechnungshof an die Staatsanwaltschaft. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wenn die Unwahrheit gesagt ist, dann haben Sie ein anderes Wort dafür. Ich sage: Das ist die politische Lüge schlechthin. (*Allgemeine Unruhe*)

Präsident Walter Prior (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Kollege Illedits! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Lüge und gelogen in diesem Haus nicht verwendet werden sollte. Ich würde Sie darum bitten.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ) (*fortsetzend*): Ich nehme es zur Kenntnis. Heute hat die Frau Landesrätin Resetar in der Fragestunde das beim Thema Gratiskindergarten einmal mehr bestätigt. Sie sagen es heute wieder, ganz offen.

Eigentlich haben Sie es mit den Vertretern der Gemeinden, des Gemeindebundes und des Gemeindevertreterverbandes, dem Präsident Schmid seitens des GVV, dem Präsidenten Radakovits vom Gemeindebund und der Bürgermeisterin Fraunschiel vom Städtebund ausverhandelt. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Alle haben zu dieser Vorgehensweise, wie wir sie jetzt gewählt haben, „Ja“ gesagt. Was sagen Sie? Die andere Vorgehensweise, nämlich die direkte Auszahlung über das Land, wäre die bessere gewesen.

Weshalb haben wir das nicht gemacht? Wir wollten die Gemeinde vor Schaden bewahren. Vorsteuerabzug heißt das Wort. Das wollten wir verhindern, damit die Gemeinden nicht zu Schaden kommen.

Es müssen Einnahmen für die Gemeinden da sein, damit man das auch darstellen kann, um hier den Vorsteuerabzug nicht zu verlieren. *(Abg. Erich Trummer: Ein Vorteil für die Gemeinden!)* Das haben wir unter Anwesenheit einer Steuerberaterin, die uns dahingehend aufgeklärt hat, so vereinbart. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hundertprozentige Zustimmung! Was sagen Sie hier? Ganz das Gegenteil. Das ist keine Politik, wie wir sie verstehen, denn das ist keine gemeinsame Politik. *(Allgemeine Unruhe)* Das ist eine burgenlandfeindliche Politik, meine Damen und Herren.

So können Sie nur als Fundamentalopposition in der Regierung agieren. Das ist den Menschen nicht mehr länger zumutbar! *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn wir heute über das Thema Asyl diskutieren, dann ist die Frau Fekter auch für die Sicherheit zuständig. Sicherheit gegen die Menschen im Burgenland. Nicht ein Mal, sonder x-Mal hier auf der Tagesordnung.

Nur, ich frage Sie: Was Sie jetzt in der Frage der Erstaufnahme, im negativen Sinne, dem Burgenland beschert hat, dazu kann man nur sagen: Ein Weihnachtsgeschenk der besonderen Art! Das schlägt wirklich dem Fass den Boden aus. Totalversagen in der Asylpolitik! Totalversagen in der Sicherheitspolitik!. Totalversagen bei den Erstaufnahmestellen!

Das heißt, die Frau Innenminister, ist hier wirklich anscheinend zum verlängerten Arm der Steindl-ÖVP geworden. Sie hilft der ÖVP-Burgenland, um dieses erklärte Ziel, und damit befinden Sie sich im permanenten Wahlkampf, die Absolute der SPÖ zu brechen, hier zu unterstützen.

Ich denke, das ist glasklar zu durchschauen, denn Sie haben sich hier nicht ein Mal, sonder x-Mal demaskiert. Ich gebe dem Kollegen Tschürtz recht, denn die Frau Innenminister ist sicher nicht einmal, sondern zum dritten Mal jetzt rücktrittsreif geworden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe Sie schon öfter aufgefordert, aber meinen Aufforderungen kommt sie leider nicht nach. Wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter dies tun würde, hätte es doch einen besonderen Reiz.

Kollege Falb-Meixner! Ich habe noch ein Beispiel, warum diese Zusammenarbeit mit der Fundamentalopposition der ÖVP in der Regierung nicht funktionieren kann und den Menschen nicht länger zumutbar ist.

Sie stellen sich, einmal davon jetzt am Wochenende, zweimal hier her, nämlich, immer nach einer Anfrage im Landtag vom Kollegen Vlasich zu den Tierschutzhäusern, und verkünden, obwohl das erste noch nicht einmal angefangen ist, dass Sie das zweite schon in die Planung geben wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke, dass ist ja wirklich eine Frechheit, sich hier medial herzustellen, und das zu verkünden.

Berlakovich hat das schon fünf Jahre lang verkündet. Sie verkünden das weiter, bringen schon gar nichts auf die Reihe. *(Abg. Ilse Benkö: Da hat er recht! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist ein Thema. Hier dann einfach zu sagen: Es gibt überhaupt keinen Notstand ist wirklich eine Unwahrheit, die Sie uns ständig weismachen wollen. Ich bleibe jetzt bei diesem Terminus. Das ist auch ein Akt.

Die größte Frechheit ist aber, dass Sie dort nicht zustimmen, wo die Basis gelegt wird. Die Frau Klubobfrau Krojer hat es gesagt, denn es gibt dann wieder keine Einigung beim Budget. Man müsste hier bessere Voraussetzungen haben, wie es vormals, vor der Absoluten der SPÖ, war.

Ich darf Sie nur erinnern: Auch damals haben Sie dem Budget keine Zustimmung gegeben. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wir waren nicht eingebunden, daher können wir dann auch nicht zustimmen!)*

Sie haben im Landtag zustimmen können, oder auch nicht. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Zustimmen ohne jegliches Einbinden? Das geht schwer! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dieses Recht haben Sie als Abgeordnete. Sie haben gesagt, Sie arbeiten für dieses Land. *(Abg. Josko Vlasich: So naiv sind wir nicht.)*

Beim Hochwasserschutz gab es keine Zustimmung der ÖVP zum Budget. Keine Zustimmung zu Nachtragsvoranschlag!

Gestern war ein großer Bericht des ORF über die vielen Schäden zu sehen, die jetzt behoben wurden. Die Menschen sind dankbar dafür. Ich hoffe, Sie haben diesen Beitrag gesehen. Denen können Sie ausrichten, dass Sie nicht zugestimmt haben, dass diese Menschen im Südburgenland Geld für die erlittenen Schäden bekommen.

Wenn Sie von Hochwasserschutzmaßnahmen sprechen, dann regt es mich deshalb so auf, weil Sie ein Konzept vorgelegt haben, das der jetzige Herr Minister Berlakovich schon im Februar 2007 angekündigt hat. Er hat gesagt, dass er es bis Juni vorlegt. Er hat es allerdings nicht vorgelegt.

Sie haben es jetzt vorgelegt. Aber, unter Nichteinbindung aller Gemeinden. Ich bleibe beim Beispiel der Wulka. Dort haben Sie, obwohl Sie das wissen sollten, zum Beispiel, denn Hirmerbach nicht berücksichtigt. Ihren Beamten müssen Sie nur sagen, dass sie es tun sollen, denn die tun es ja ohnehin, die wissen ja Bescheid. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir wissen, dass bei diesem Hochwasser nicht die Wulka, sondern der Hirmerbach die Ursache für die Überschwemmungen in den Gemeinden Trausdorf und Wulkaprodersdorf war.

Das heißt, Sie gehen ein Thema an, schreiben anscheinend das weiter, was Ihnen der Berlakovich vorgearbeitet hat, setzen aber keine weiteren Maßnahmen. *(Abg. Matthias Weghofer: In Wiesen wurden Millionen verbaut, damit Ihr nicht überschwemmt werdet.)*

Ein Satz aus diesem Bericht: Aufgrund des Hochwassers gab es Überflutungen in den Gemeinden Wulkaprodersdorf und Trausdorf. Das ist der Beitrag in diesem Teil, der nichts gekostet hat, wie es der Herr Kollege Falb-Meixner hier gesagt hat, denn das hat die Abteilung selber gedruckt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Noch dazu auch sehr interessante Aussagen, wo wir sagen müssen: Auch hier hinterfrage ich: Ist dies den Menschen im Burgenland noch zumutbar? *(Abg. Christian*

Sagartz, BA: Wer hat denn die 450.000 Euro den Opfern zur Verfügung gestellt? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Ist so eine Regierungsarbeit noch zu akzeptieren? (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Was ändert sich denn nach der Wahl? Das würde ich gerne wissen. - Abg. Christian Sagartz, BA: Dass Sie es wahrscheinlich leichter haben.*) Hier davon zu sprechen, etwas für die Menschen zu tun, und die Beschlüsse die dafür notwendig sind, im Landtag dann nicht zu treffen? (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Was ändert sich nach der Wahl?*)

Wenn wir davon sprechen, dass es Blockaden gibt und keine Blockaden gibt. Ihre große Chance haben Sie im Landtag hier vergeben, als es um die Abschaffung des Proporz gegangen ist. (*Zwiegespräch zwischen der Abg. Anna Schlaffer, der Abg. Edith Sack und der Abg. Maga. Margarethe Krojer.*)

Damals haben Sie ganz klar ein „Nein“ gesagt. Das heißt, die ÖVP will dieses System beibehalten. Wenn Sie uns vorwerfen Frau Klubobfrau Krojer, dass wir nicht weiter arbeiten, dann sage ich Ihnen, obwohl ich es schon fünf Mal gesagt habe, auch noch ein sechstes Mal. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wir werden schon dafür sorgen, das das so passiert! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben immer hier im Hohen Hause, auch die SPÖ Regierungsmitglieder, in hoher Verantwortung der burgenländischen Bevölkerung gegenüber, unsere Regierungs-, aber auch unsere Landtagsarbeit sehr ernst genommen.

Wir tun das bis zum Schluss, bis zum letzten Tag, bis es zur Wahl kommt. Bis schlussendlich ein neuer Landtag, eine neue Landesregierung angelobt und konstituiert wird. Das haben wir getan, das tun wir und das werden wir auch in Zukunft tun. (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein letztes Beispiel lassen Sie mich noch anführen, weil es auch wichtig ist. Wir sprechen immer von Zukunftsthemen. Ich sage Ihnen, dass von der ÖVP vieles, bis hin zur Eskalation, lange vorbereitet war. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deshalb sage ich und ich bin mir dessen bewusst, was ich sage: Die ÖVP hat Neuwahlen von Zaun gebrochen. (*Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten - Abg. Christian Sagartz, BA: Der war aber jetzt gut! – Allgemeine Unruhe*)

Wenn ich Ihnen dazu noch ein aktuelles Beispiel bringen darf, wer Regierungsverantwortung zeigt oder nicht. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Also bitte!*) Wenn Ihnen diese Beispiele noch nicht ausreichen, dann bringe ich Ihnen ein aktuelles.

Am Freitag gab es eine Vorstandssitzung des Burgenland Tourismus, im Anschluss dann die Versammlung der Delegierten und dann die Tourismusenquete.

Wenn Sie dort informiert werden, dass der Burgenland Tourismus in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein Topergebnis jedes Monat erbringt, dass wir in vielen Bereichen in Österreich, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, besser sind, als andere Bundesländer, wenn wir im Tourismus positive Pluszahlen schreiben, wo andere Bundesländer ein Minus haben, dann haben alle Bundesländer mehr Geld im Bereich des Tourismus in die Hand genommen, um jetzt zu investieren, um eben auch diesen wichtigen Wirtschaftsbereich anzukurbeln. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Frau Landesrätin Resetar hat zwei Ansuchen des Burgenland Tourismus dahingehend behandelt, dass sie diese finanziell halbiert hat. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Na!*) Sie hat in der Phasing Out Finanzierungsmöglichkeit halbiert. (*Abg. Ewald Gossy: Jetzt geht es erst so richtig los!*) Sie reduziert, anstatt erhöht. Sie hat im

Additionalitätsprogramm halbiert. *(Zwischenrufe der Abg. Edith Sack. – Allgemeine Unruhe)*

Die Erklärung Phasing Out erlaubt der Bund nicht, denn dort gibt es Hürden des Bundes.

Es wäre auch eine Möglichkeit, sich beim Bund einmal positiv bemerkbar zu machen und dort vielleicht bei einem ÖVP Minister vorstellig zu werden, um doch etwas zu ermöglichen, was anscheinend nicht möglich ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bringe es immer im Zusammenhang, denn wem schadet man mit solchen Maßnahmen? Man will der SPÖ schaden. Man schadet aber dem Burgenland. *(Abg. Edith Sack: Ja! Aber das ist Ihnen wahrscheinlich egal! Das passiert aber nicht das erste Mal.)*

Ein zweites Beispiel hinsichtlich weniger Geld, betrifft das Additionalitätsprogramm. Wir wissen, dass Additionalität keine Bundesregierung, sondern nur das Land benötigt. Lange Erklärung von unserer Seite, Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrat Helmut Bieler, ich, der Kollege Loos, auf der anderen Seite die Erklärung der Frau Landesrätin Resetar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auf unsere Frage hin: Wieso sagen Sie uns das nicht? Antwort: Ich sage es Ihnen nicht. Ich werde es Ihnen schriftlich schicken, denn ich sage es Ihnen nicht. *(Abg. Edith Sack: Sie weiß doch öfters nicht, was sie sagen soll!)*

Wir haben dahingehend dann beschlossen, einen Antrag zu stellen. Helmut Bieler hat ihn dann auf Erhöhung um 400.000 Euro eingebracht - einstimmiger Beschluss.

Jetzt spreche ich von bewusster Blockade. Glauben Sie, wenn wir dort nicht die Möglichkeit des Dirimierungsrechtes hätten und mit unserer Mehrheit entscheiden könnten, dass hier nicht eine ganz klare Blockade, den Versuch dazu habe ich Ihnen jetzt näher gebracht, stattgefunden hätte? *(Abg. Erich Trummer: Sie sollten sich schämen! Sie sollten sich jetzt wirklich schämen!)*

Das heißt, hier erfolgt ein bewusstes Schaden dem Burgenland gegenüber. Sie agieren burgenlandfeindlich auf allen Ebenen, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Abg. Kurt Lentsch: Was soll das denn jetzt? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben damit erreicht, dass 400.000 Euro für zwei Jahre mehr an Geld dem Burgenland Tourismus zur Verfügung stehen. *(Zwischenruf des Abg. Christian Sagartz, BA)*

Wir haben dazu noch gesagt, dass damit speziell das Mittel- und Südburgenland ausgestattet und gefördert werden soll.

Das ist eine Vorgehensweise, wie es die SPÖ hat. Die der ÖVP und der Frau Landesrätin Resetar habe ich Ihnen jetzt näher gebracht. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Erich Trummer: Schämen Sie sich, Frau Landesrätin! Schämen Sie sich!)*

Schlussendlich die Kraftpakete. Überall wo der Landeshauptmann-Stellvertreter nicht dabei ist, gibt es einen Konsens. Die Kraftpakete für die Wirtschaft. Mit den Sozialpartnern, mit allen beschlossen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Alle sind einer Meinung. Hier geht es um das Land. Ganz klar, denn alle Maßnahmen, die schlussendlich jetzt auch in Zahlen feststellbar sind, haben, Gott sei Dank, schon teilweise gegriffen.

Wir werden auch weitere, wenn es notwendig ist, fassen, um hier auch in Zukunft die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen, um die Menschen im Burgenland, die Wirtschaft, aber auch den Arbeitsmarkt positiv zu unterstützen und zu helfen, um eben besser durch diese Wirtschaftskrise zu kommen, als andere österreichische Bundesländer.

Wir werden uns von der ÖVP nicht blockieren lassen, so, wie es bis dato immer passiert ist. An Hand einiger Beispiele habe ich Ihnen das nochmals zum besseren Verständnis näher gebracht.

Den Menschen ist diese Situation mit einer Fundamentalopposition in der Regierung nicht mehr länger zumutbar. Die Menschen sollen entscheiden, wer für dieses Land arbeitet, wer sich für die Interessen des Burgenlandes einsetzt und wer burgenlandfeindlich agiert.

Deshalb erfolgt unser Antrag auf Auflösung des Landtages.

Wir werden nichts desto trotz bis zum letzten Tag für die Menschen im Burgenland weiter arbeiten. (*Abg. Edith Sack: Super! - Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Ich erteile das Wort nunmehr Herrn Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es freut mich, dass alle im Landtag bis zu den Wahlen weiterarbeiten. Das war ja auch im Jahr 2000 der Fall, als wir früher gewählt haben. Da haben auch alle bis zum letzten Tag gearbeitet.

Das war im Jahr 2005 der Fall, als auch um einige Monate der Landtag früher aufgelöst wurde und wir einige Monate früher gewählt haben. Das ist heute der Fall, wo wir auch nicht nach dem Sommer, sondern vor dem Sommer die Wahl durchführen werden.

Da ist es natürlich gut zu hören, dass alle bereit sind, bis zum letzten Tag zu arbeiten und für das Burgenland da zu sein. Es ist tatsächlich so, dass unser Heimatland Burgenland in dieser schwierigen Zeit sehr gut da steht.

Ich bin in wenigen Tagen neun Jahre Landeshauptmann des Burgenlandes. Den Burgenländerinnen und Burgenländern ist es in diesen neun Jahren gelungen, aus einer Schlusslichtposition heraus in vielen Bereichen eine Spitzenposition zu bekommen.

Im Bereich des Tourismus hat es in den vergangenen neun Jahren Quantensprünge in der Qualität, im Angebot, in der Vielfalt des Angebotes gegeben. Wir haben neue, moderne Betriebe im Burgenland angesiedelt. Es wurden über 10.000 neue Arbeitsplätze im Land geschaffen.

Wir haben moderne Bildungseinrichtungen. Das Burgenland hat heute die zweithöchste Maturantenquote aller österreichischen Bundesländer. Das sind gute Rahmenbedingungen in unserem Heimatland Burgenland. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

In diesem schwierigen Jahr 2009 hat es den zweitniedrigsten Anstieg der Arbeitslosigkeit aller österreichischen Bundesländer gegeben. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Deshalb müssen wir auflösen?*)

Warum ist es notwendig, nicht nach dem Sommer, sondern vor dem Sommer zu wählen? Ich sage das auch ganz klar. Es hat hier einen klaren Vertrauensbruch in den letzten Monaten gegeben.

Einen Vertrauensbruch, dass die Mitglieder der Landesregierung hintergangen worden sind. Nämlich, wo aufgrund einer parteipolitischen Weisung Beschlüsse gefasst wurden (*Abg. Christian Sagartz, BA: Das war doch schon vorher so, Herr Landeshauptmann! Ihr habt paktiert!* - *Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der Vertrauensbruch war beim Pakt! Beim Pakt war der parteipolitische Vertrauensbruch, Herr Landeshauptmann!*) und wir deswegen gesagt haben:

Parteipolitische Weisungen können nicht der Grund sein, dass es Beschlüsse in der Landesregierung gibt. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Was ist dann mit dem? Habt Ihr es schon vergessen? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wir müssen darauf vertrauen können, dass sachpolitische Entscheidungen getroffen werden können, und nicht parteipolitische Weisungen. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Unter welchen Voraussetzungen?*) Das ist ein Vertrauensbruch, der natürlich zu einem gestörten Verhältnis innerhalb der Landesregierung geführt hat, weil wir nicht parteipolitische Weisungen, sondern sachpolitische Entscheidungen wollen. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Seit 2006! - Beifall bei der SPÖ*)

Das Beispiel Strem zeigt, und der Rechnungshof hat eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft weitergegeben, dass es hier offensichtlich nicht klar ersichtlich ist, nach welchen Kriterien hier vorgegangen wurde, ob hier auch getäuscht, getrickst wurde und auf diese Art und Weise des Täuschens, des Tricksens, eben diese Entscheidungen zustande gekommen sind. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Wie Sie bei Eberau.*)

Nächster Punkt ist der Assistenzeinsatz und die Sicherheit. (*Unruhe bei der SPÖ – Abg. Edith Sack: Das ist aber schon ein Unterschied. – Abg. Ewald Gossy: Was? - Abg. Christian Sagartz, BA: Ich wiederhole es gerne, wie Sie bei Eberau. – Unruhe bei der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Christian Sagartz, BA: Ich wiederhole es gerne noch einmal.*) Gerade... (*Unruhe bei der SPÖ*)

Der nächste Bereich ist der Bereich der Sicherheit. (*Zwiegespräche bei den Abgeordneten.*) Sie haben jahrelang einen Schulterchluss, eigentlich einen Schulterschuss mit der Innenministerin gehabt und haben jahrelang die Vorgangsweise der Innenministerin verteidigt, dass Polizisten aus dem Burgenland abgezogen werden.

Sie waren die Verteidiger der Innenministerin, nämlich Polizei aus dem Burgenland abzuziehen und haben immer wieder argumentiert, auch bei Pressekonferenzen in der Öffentlichkeit, nachzulesen in der APA.

Wir haben nur 3,5 Prozent der Einwohner, sechs Prozent der Polizisten, (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: 1,6 Prozent der angezeigten Fälle.*) eigentlich können wir ja das ohne weiteres hin... (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: 1,6 Prozent der angezeigten Fälle.*)

Sechs Prozent der angezeigten Fälle. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: 1,6 Prozent der angezeigten Fälle, Herr Landeshauptmann.*) Gut. (*Abg. Christian Illredits zu Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das erzählst Du jedem.*) Ganz genau das hat dazu geführt, dass weitere Polizisten abgezogen wurden.

Ihre Argumentation ist die Grundlage (*Zwischenruf der Abg. Edith Sack - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Niemand ist abgezogen.*) dessen gewesen, (*Unruhe bei der SPÖ - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Niemand ist versetzt, Herr Landeshauptmann. Niemand ist*

abgezogen worden. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) dass weitere Polizisten aus dem Burgenland abgezogen wurden.

Sie haben das verteidigt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein.)* Das hat einen Anstieg *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der Verteidigungsminister hat die Leute abgezogen.)* der strafbaren Handlungen, der Kriminalität zur Folge gehabt.

Sie mit der Innenministerin, Herr Klubobmann, sind dafür hauptverantwortlich! *(Beifall bei der SPÖ)*

Nächster Punkt der Sicherheit, der Assistenzeinsatz. Wenn der Sicherheitsprecher der ÖVP im Parlament gegen den Assistenzeinsatz spricht, wenn der Nationalratsabgeordnete der ÖVP aus dem Burgenland sich sehr kritisch mit dem Assistenzeinsatz auseinandersetzt, wir brauchen mehr Polizisten und als Übergangslösung brauchen wir den Assistenzeinsatz.

Auch dagegen haben Sie sich bis zum Schluss gewehrt. Erst als die Innenministerin selbst eine Befragung auf den Tisch gelegt hat, wo 86 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer für den Assistenzeinsatz sind, haben Sie dem auch zugestimmt, aber monatelang dagegen argumentiert und sind dagegen aufgetreten.

Das ist nicht gegen eine Partei gerichtet, das ist gegen die Burgenländerinnen und Burgenländer gerichtet und deswegen lehnen wir diese Vorgangsweise ab. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Drehen Sie den Spieß nicht um.)* Weniger Sicherheit ist nicht gut für das Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich sage Ihnen noch weitere Beispiele. Wenn Sie vorschlagen, dass Arbeitsplätze aus Kittsee nach Niederösterreich ausgelagert werden, zum Beispiel die „Küche Kittsee“, dann kann man nur sagen, auch das ist burgenlandfeindlich. *(Abg. Edith Sack: Ja.)*

Denn burgenlandfeindlich heißt, Arbeitsplätze aus dem Burgenland nach Niederösterreich verlagern.

Wir haben eine burgenländische Lösung gefunden, mit dem Krankenhaus, mit dem Rehabilitationszentrum, mit dem Pflegezentrum. Sie wollen Arbeitsplätze nach Hainburg, nach Niederösterreich verlagern, wir wollen sie im Burgenland. Auch das richtet sich gegen die Burgenländerinnen und Burgenländer. *(Beifall bei der SPÖ)*

Gerade aufgrund dieser Vorgangsweise waren wir der Überzeugung, eine Partei, die nicht konstruktiv in der Regierung bei diesen elementaren Punkten der Sicherheit, der Arbeitsplätze mitarbeitet, soll die Möglichkeit haben, auch in Opposition gehen zu können.

Das heißt, Abschaffung des Proporz, eine klare Trennung zwischen Regierungstätigkeit und Oppositionstätigkeit, wie das in einer Demokratie notwendig ist.

Und wir haben einen Vorschlag gemacht, dass wir zehn Millionen Euro in fünf Jahren an Steuergeldern einsparen.

- Durch Verkleinerung der Landesregierung,
- durch Verkleinerung des Landtages,
- durch Stärkung der Minderheitenrechte,
- aber auch durch mehr Demokratie, durch das Geben mehrerer Vorzugsstimmen.

Auch hier wurde dagegen gestimmt und es wurde der Proporz auch für die nächste Periode beibehalten.

Abschaffung des Proporz, mehr Sparsamkeit, das wäre etwas, was die Burgenländerinnen und Burgenländer auch begrüßen würden. Denn zehn Millionen Euro, die Politik beginnt bei sich selbst zu sparen, spart bei sich selbst zehn Millionen Euro ein.

Das wäre eine Vorbildwirkung gewesen! Diese Chance haben Sie leider vertan. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte schon auch auf den Nachtragsvoranschlag hinweisen. Der Klubobmann Illedits hat es bereits gesagt: Budgetnachtragsvoranschlag, das ist die Basis für die Arbeit in einem Land. Es ist kein Land zu führen, und es sind keine Beschlüsse herbeizuführen, wenn es kein Budget gibt. Das geht nur befristet. Auf Dauer geht das nicht.

In jeder Gemeinde müssen die Budgets beschlossen werden. In Österreich gibt es 2.350 Gemeinden, die müssen regelmäßig ihr Budget beschließen. Jedes Land muss sein Budget beschließen und deswegen ist das die Grundlage. Ohne Budget gibt es keine weiteren Beschlüsse auf Dauer in einem Land.

Eine Regierungspartei, die kein Budget beschließt, soll die Möglichkeit haben, in Opposition zu gehen.

Wenn man dann noch zusätzlich gegen die Gelder für die Entschädigung der Hochwasseropfer, gegen die Gelder für den Gratiskindergarten stimmt, dann denke ich, ist das auch mit ein Grund warum wir sagen, das sollen jetzt die Burgenländerinnen und Burgenländer entscheiden.

Soll es diesen Weg weiter geben, nämlich in einer Regierung Opposition zu machen oder soll es eine klare Trennung zwischen Regierung und Opposition geben? *(Abg. Johann Tschürtz: Ist ohnehin beschlossen.)* Wir sagen Trennung von Regierung und Opposition, und ich bin optimistisch, dass das die Burgenländerinnen und Burgenländer genau so sehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Tricksen, Täuschen, Hintergehen, das war bei Strem der Fall und das war auch in Eberau der Fall.

Wenn sich eine Innenministerin hinstellt und sagt, eigentlich haben wir die Regierung oder den Landeshauptmann oder die Verhinderer ausgetrickst, dann frage ich mich, ob diese Vorgangsweise in Ordnung ist? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist nicht in Ordnung.)* Ich frage mich, wer hier bei dieser Planung mit dabei war?

Ich erinnere an die Änderung des Raumplanungsgesetzes, als ich hier von dieser Stelle aus gesagt habe, es gibt hier Bestrebungen, im südlichen Burgenland eine Erstaufnahmestelle zu machen und deswegen wollen wir das Raumplanungsgesetz auch ändern, weil wir das nicht haben wollen.

Sie haben im Ausschuss gegen die Änderung gestimmt. *(Abg. Leo Radakovits: Stimmt ja nicht.)* Sie haben beantragt, dass wir diskutieren sollen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja. - Unruhe bei der ÖVP)*

Sie haben im Landtag dagegen gesprochen. *(Abg. Edith Sack: Vertagen, haben sie gesagt. - Abg. Leo Radakovits: Weil es fehlerhaft war. - Abg. Edith Sack: Vertagen wollten sie es. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt ja nicht. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich werde am Nachmittag Ihre Wortmeldung auch noch sehr genau zitieren.

Jetzt ist mir schon klar, warum das so ist. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Ich habe es gewusst, Ihr habt es schon gewusst.)* Und es wird sich herausstellen wie bei Strem, dass es parteipolitische Weisungen in Strem gegeben hat, dass es auch in Eberau ganz anders abgelaufen ist. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nur mit der Raumplanung.)*

Herr Kollege, Sie lachen. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nur mit der Raumplanung. – Abg. Leo Radakovits: Nur mit der Raumplanung. – Unruhe bei der SPÖ*) Nein, ich meine den Kollegen in der letzten Reihe. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nur mit der Raumplanung.*) Ich denke auch, ja, (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nur mit der Raumplanung ist das abgelaufen. Das wird heute noch zu diskutieren sein. – Abg. Leo Radakovits: Nur mit der Raumplanung. – Abg. Christian Illedits: Na sicher. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Sie wissen genau, dass die Raumplanung, und (*Abg. Anna Schlaffer: Wer hat denn zu täuschen versucht?*) da bin ich sehr stolz darauf, sage ich Ihnen jetzt auch, denn die Raumplanung hat dieses Erstaufnahmezentrum verhindert. (*Abg. Anna Schlaffer: Genau!*)

Durch Tricksen, Täuschen und Hintergehen sollte dort eine Widmung erreicht (*Abg. Christian Sagartz, BA: Wie beim Wirtschaftsförderungsgesetz, Kehrordnung.*) werden, sollte eine Widmung erreicht werden, (*Abg. Christian Sagartz, BA: Grundverkehrsgesetz.*) damit dies... (*Abg. Edith Sack zu Abg. Christian Sagartz: Spar Dir Deinen komischen Kommentar. –*

Abg. Christian Sagartz, BA: Ach so, da redet die Richtige. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Herr Präsident, das geht heute ein bisschen zu weit, von der Seite da drüben von der blonden Dame. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Paul Fasching: Das ist der richtige Kommentar. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Ilse Benkö: Hallo, der Herr Landeshauptmann ist am Wort. – Allgemeine ÖVP)

Durch Tricksen, Täuschen...

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Sie haben alle die Möglichkeit sich zu Wort zu melden. Zwischenruf einverstanden! Aber bitte keine Dauergespräche.

Bitte Herr Landeshauptmann, setzen Sie fort.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) (*fortsetzend*): Durch Tricksen, Täuschen und Hintergehen sollte dort eine Widmung erfolgen, die dieses Zentrum auch möglich macht.

Unser Mitarbeiter, Dr. Kummer, hat hier ganz klar gesagt, dass diese Widmung nicht möglich ist, weil damit überregionale Einrichtungen gebaut werden können. Und die Gemeinde hat dann gesagt, für einen Wohnungsbau für die örtliche Bevölkerung, soll umgewidmet werden. Eine Vorspielung falscher Tatsachen.

Dann hat Dr. Kummer den Akt so gearbeitet, dass das genehmigt wird, wie in jeder anderen Gemeinde auch, nämlich als gemischtes Baugebiet. (*Abg. Leo Radakovits: Sogar rückgewidmet.*) Und genau aufgrund der Raumplanung, und das ist der Grund, und ich kann Ihnen eines versichern, aufgrund der Raumplanung, und ich habe mir das schon angeschaut, werde ich heute und jetzt den Baubescheid für nichtig erklären.

Was hier passiert ist, ist Täuschen, Tricksen und Hintergehen. Mit dem heutigen Tag, und das gebe ich Ihnen jetzt schriftlich, wird der Baubescheid aufgehoben, weil er nicht der Widmung entspricht als gemischtes Baugebiet.

Es hat hier eine gute Zusammenarbeit gegeben mit dem Burgenland, hat die Frau Innenministerin gesagt. Ja ich frage mich: Mit wem hat es diese Zusammenarbeit im Burgenland gegeben? (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Mit der Raumplanung.*) Ja, nur mit dem Bürgermeister? (*Abg. Leo Radakovits: Mit der Raumplanung. – Unruhe bei der ÖVP*)

Sie haben gegen... (*Unruhe bei der ÖVP*) Sie haben dagegen gesprochen.

Es war eine akkordierte ÖVP Aktion. Eine Erstaufnahmestelle der ÖVP, der Innenministerin, des ÖVP Landeshauptmann-Stellvertreters und des ÖVP Bürgermeisters. Und diese Vorgangsweise lehnen wir ab! *(Beifall bei der SPÖ)*

Das wird sich auch herausstellen, so wie es sich in Strem herausgestellt hat, dass es eine parteipolitische Weisung gegeben hat, wird sich auch in diesem Fall herausstellen, dass es eine sehr gute Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen gegeben hat.

Wir werden auch noch wissen und herausfinden, wer noch involviert war, um dieses Unsinnprojekt in einer Gemeinde mit 1.000 Einwohner zu realisieren und umzusetzen.

Man muss sich vorstellen, 1.000 Einwohner in einer Gemeinde *(Abg. Anna Schlaffer: Großgemeinde.)* und auf der anderen Seite - in der Großgemeinde - sollen 300 Asylwerber dort untergebracht werden, die sich natürlich frei bewegen können in der Region.

Das ist ja eine Vorgangsweise, die absolut skandalös ist, die absurd ist, und die zu 100 Prozent abgelehnt werden muss. Und mit dem heutigen Tag wird es auch einen entsprechenden Bescheid von mir geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Es wird auch zu untersuchen sein, und das sage ich auch ganz klar, wie man überhaupt auf die Idee kommt, mit nicht entsprechender Widmung einen derartigen Baubescheid auszustellen?

Das ist ja an und für sich schon rechtlich mehr als bedenklich, wenn ich hier bei gemischtem Baugebiet eine derartig große überregionale Einrichtung mache. Ich bin der Meinung, dass das gar nicht möglich wäre.

Das werden, als zweiten Schritt, die Juristen, auch heute noch überprüfen, ob hier gegen das Gesetz, nicht nur von der Widmung her, sondern in weiterer Folge von der Baugenehmigung her, verstoßen wurde. Dass das dann ebenfalls Konsequenzen haben muss, wenn hier gegen Gesetze verstoßen wird, ist auch ganz klar. Das werden wir ganz exakt, fundiert und kompetent auch verfolgen, was hier passiert ist.

Eine Vorgangsweise des Tricksens, Täuschens und Hintergehens und anderen dann die Schuld zuschieben, das ist Ihre Spezialität. *(Beifall bei der SPÖ)*

Würden wir nicht schon den Antrag eingebracht haben, aufgrund der bereits aufgezählten Gründe, wäre ich dafür, dass das alleine schon, wieder der zweite, ganz gravierende Vertrauensbruch ist, wo Sie mit der Innenministerin eine Vorgangsweise wählen, die zum Schaden des Burgenlandes ist, des Südburgenlandes ist.

Es sind dort hunderte Millionen Euro investiert worden, um den Tourismus auszubauen, damit Menschen dort hinkommen. Das ist der größte Anschlag auf das Südburgenland in der Geschichte des Burgenlandes.

Wer derartige Vorgangsweisen mitunterstützt hat, der soll es sagen und soll vor die Burgenländer hintreten, dass *(Abg. Christian Sagartz, BA: Sie haben das Koalitionsabkommen unterschrieben, Herr Landeshauptmann.)* er informiert war. Sie waren offensichtlich auch dabei. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Sie selber haben das unterschrieben. – Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Raumplanung, und das sage ich auch dezidiert, hat dazu beigetragen und hat die Voraussetzung geschaffen, nämlich nicht so zu widmen, wie die Trickser, die Täuscher, das wollten. Sondern sie hat als gemischtes Baugebiet gewidmet, wo man derartige Einrichtungen überhaupt nicht errichten darf.

Diese Politik des Tricksens und Täuschens und des Hintergehens, die muss ebenfalls bei den nächsten Landtagswahlen abgewählt werden. Das ist eine Vorgangsweise, das hat sich das Burgenland nicht verdient. (*Abg. Johann Tschürtz: Genau! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Jawohl! - Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – Abg. Christian Sagartz, Ba: Dass wir einmal einer Meinung sind.*)

Noch ein Beispiel wie getrickst, getäuscht und hintergangen wurde, (*Abg. Christian Sagartz, BA: Ist schon wieder aus.*) ein Schmankerl, ein weiteres. Für Bundesgebäude, für die Errichtung von Bundesgebäuden ist für die Genehmigung das Land Burgenland zuständig. (*Abg. Leo Radakovits: Das ist kein Bundesgebäude.*)

Ganz genau, Sie sagen es und sind sehr gut informiert, Herr Kollege. Sie haben jetzt... (*Heiterkeit bei der SPÖ – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Sehr gut. Richtig. (*Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Noch immer ist der Landeshauptmann am Wort. Bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) (fortsetzend): Herr Präsident! Ich habe Ihnen ein Kompliment gemacht. Ich habe gesagt, Sie sind sehr gut informiert. Ja und damit bin ich wieder beim Tricksen, Täuschen und Hintergehen.

Denn, die haben das nicht als Bundesgebäude eingereicht, dann hätte ja das Land das machen müssen, dann hätte ich ihnen schon gesagt, warum das nicht geht. Sondern Sie haben einen privaten Bauträger damit beauftragt. Ein Privater hat auch das Grundstück angekauft.

Es hat ja heute auch im ORF Burgenland eine Frau gesagt, sie hätte niemals das Grundstück verkauft, wenn sie gewusst hätte, was da entsteht. Es ist der Ortsvorsteher zurückgetreten, der ebenfalls gesagt hat, dass er missbraucht worden ist. Er hätte niemals diesen Grundverkauf vermittelt.

So ist wieder getrickst, getäuscht und hintergangen worden, wo nicht der Bund gesagt hat, ja wir errichten das, wie das ganz einfach üblich ist und bis jetzt üblich war, sondern man schiebt einen Privaten vor, damit die Baubehörde I. Instanz vor Ort das genehmigen kann.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist einer Innenministerin unwürdig. Das ist einer ÖVP-Burgenland unwürdig, dass hier dabei mitgespielt wurde. Da alleine ist schon ein Grund diesen Landtag aufzulösen und damit die Zeit des Tricksens, Täuschens und Hintergehens zu beenden. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner (ÖVP): Herr Präsident! Zurückgezogen. (*Abg. Christian Illredits: Er verzichtet.*)

Präsident Walter Prior: Zurückgezogen. Dann ist zu Wort gemeldet Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Am 28. Dezember beginne ich als

Landeshauptmann-Stellvertreter mein zehntes Regierungsjahr und ich habe, wenn wir heute den Landtag auflösen, zwei Perioden in der burgenländischen Politik erlebt.

Die eine Periode war von 2000 bis 2005, wo *(Abg. Erich Trummer: Verabschieden Sie sich?)* es keine absolute Mehrheit gegeben hat. Wo die Parteien zusammengearbeitet haben, wo zwischen den Jahren 2000 und 2005 das bestmögliche an Projekten umgesetzt wurde.

Wo das bestmögliche an Fördergeldern für das Burgenland seitens der Europäischen Union, aber auch des Bundes ins Burgenland geholt wurde. Das war nur möglich, weil es keine absolute Mehrheit gegeben hat.

Weil die Regierungsparteien sich abgestimmt haben, weil sie sich gegenseitig informiert haben und weil sie versucht haben, im Interesse des Landes zu arbeiten und die Parteipolitik hintan zuhalten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Als Wirtschaftsreferent *(Abg. Anna Schläffer: Der Wähler war anderer Meinung.)* kann ich das belegen. Wir haben zum Beispiel in dieser Zeit zwischen 2000 und 2005 ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum in der Höhe von 3,1 Prozent gehabt, im Bundesdurchschnitt 2,5 Prozent.

Der burgenländische Export hat sich verdoppelt, ja verdreifacht und ist in dieser Zeit auf 1,5 Milliarden Euro angewachsen. Und wir hatten 1995 75.000 Beschäftigte und im Jahr 2005 sind es bereits um 10.000 Beschäftigte im Burgenland mehr gewesen.

Das war nur möglich, weil hier alle zusammengehalten haben. Weil wir versucht haben in der Burgenländischen Landesregierung viele Projekte gemeinsam mit der Europäischen Union und mit dem Bund umzusetzen.

Das war unter einem Landeshauptmann Stix möglich, der versucht hat alle Kräfte zu bündeln. Und *(Abg. Anna Schläffer: Das kannst Du nicht beurteilen.)* das war auch in der ersten Periode mit Landeshauptmann Niessl möglich. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Edith Sack: Das habt Ihr Euch ausgesucht.)* Nur der Karren ist dann mit der Wahl 2005 ins Stocken geraten.

Ausschlaggebend, damit man wirklich der Ehre die Wahrheit gibt... *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Der Wahrheit die Ehre. Oje, das ist schwer. – Unruhe bei der SPÖ – Abg. Christian Sagartz, BA: Es haben sich schon andere verredet. – Abg. Erich Trummer: Nicht nervös werden. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Damit man wirklich der Wahrheit die Ehre gibt, möchte *(Abg. Vinzenz Knor: Wenn Du das sagst ist das gefährlich.)* ich Ihnen hier ein Übereinkommen zitieren.

Das wurde damals am 17. Mai 2005, also vor der Landtagswahl 2005 geschlossen, zwischen der SPÖ, unterzeichnet vom damaligen Landespartei sekretär Pehm, und dem damaligen Klubobmann der Freiheitlichen Partei Kölly. *(Abg. Johann Tschürtz: Den haben wir ausgeschlossen. – Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö.)*

In diesem - ja, ja, ich sage es schon richtig - und in diesem Papier, das an die Öffentlichkeit gelangt ist, steht zu lesen, und ich zitiere: SPÖ-Burgenland und FPÖ-Burgenland erklären nach der Landtagswahl 2005 im Landtag zusammenzuarbeiten, um nachhaltig die Lebensqualität der Burgenländer zu sichern, neue Arbeitsplätze im Land zu schaffen, die Wirtschaft zu stärken und das Gesundheitssystem weiter auszubauen. Ist in Ordnung

Ist in Ordnung. *(Abg. Ilse Benkö: Das kann aber nicht der Grund dafür sein, dass Ihr nicht arbeiten könnt.)* Aber jetzt kommt es, und das war damals von beiden unterzeichnet. Ich sage jetzt nicht von dieser Freiheitlichen Partei, sondern von

Klubobmann Kölly. *(Abg. Johann Tschürtz: Den haben wir inzwischen auch schon von der Partei ausgeschlossen.)*

Die FPÖ - ja in Ordnung, Sie haben Manfred Kölly aus der Partei ausgeschlossen. *(Allgemeine Unruhe.)* Aber das war damals das Papier, das Ende 2005 in die Öffentlichkeit kam. Vorher war es ein Geheimpapier zwischen dem Herrn Kölly und der SPÖ-Burgenland. *(Abg. Johann Tschürtz: Genau.)*

Es steht weiters, ich zitiere: Die FPÖ-Burgenland nominiert im Laufe der nächsten Legislaturperiode Personal in einem Umfang von mindestens fünf Personen für Tätigkeiten in landesnahen Betrieben oder in deren Tochtergesellschaften. *(Allgemeine Unruhe.)*

Diese Personen haben eine von dem vorgesehenen Tätigkeitsgebiet entsprechende *(Abg. Johann Tschürtz: Da gibt es mit der ÖVP auch einen Pakt.)* Qualifikation, nach den Ausschreibungskriterien, nachzuweisen und sich auch erfolgreich einem Test oder Hearing zu stellen. *(Abg. Ilse Benkö: Genau, das haben wir auch noch.)*

Weiters: Zudem nominiert die FPÖ-Burgenland insgesamt drei qualifizierte Personen für Tätigkeiten, wie der als Aufsichtsorgan oder als Geschäftsführung unterstellter leitender Angestellter eines landesnahen Betriebes oder einer Tochtergesellschaft eines landesnahen Betriebes. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Anna Schläffer: Das ist ein Armutzeugnis, wenn Du sonst nichts hast als nur das.)*

Auch hier ist bei einer Tätigkeit als leitender Angestellter eine entsprechende Qualifikation nach den Ausschreibungskriterien nachzuweisen. Der Bewerber hat sich zudem erfolgreich einem Test oder Hearing zu unterziehen.

Sollte die FPÖ-Burgenland bei der Landtagswahl 2005 weniger als drei Mandate erreichen, so wird Klubobmann Manfred Kölly, zumindest bis Ende der kommenden Legislaturperiode, eine Funktion als Geschäftsführer oder als Vorstandsmitglied eines landesnahen Betriebes oder einer Tochtergesellschaft eines landesnahen Betriebes ausüben. Und so weiter und so fort. *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist ein Skandal! – Abg. Ilse Benkö: Das ist ein Wahnsinn.)*

Ich sage *(Abg. Johann Tschürtz: Hoffentlich wählt niemand den Kölly.)* Ihnen, als damals dieses Papier an die Öffentlichkeit gelangt ist, gab es eine große Diskussion.

Damals hat der Herr Landeshauptmann Niessl der ÖVP unterstellt, wir hätten mit den Grünen schon ausgemacht, dass wir hier den Landeshauptmann stellen werden. Das wäre damals nach der Wahl auf Grund der Mehrheitsverhältnisse gar nicht möglich gewesen. *(Abg. Christian Illedits: Nach der Wahl.)*

Jetzt kommt es, damals haben wir den Landeshauptmann Niessl aufgefordert er möge diese Vorwürfe zurückziehen. Das hat er nicht getan. *(Abg. Doris Prohaska: Warum? – Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Vinzenz Knor: Das kann man ja sagen.)*

Dieses Papier wurde damals von der SPÖ unterschrieben, der Landeshauptmann hat sich davon distanziert. Der Herr Abgeordnete Pehm musste in den Ring steigen, hat das für sich verantwortet, sitzt aber heute noch im Burgenländischen Landtag, ist aber als Landespartei sekretär auf Grund der erfolglosen EU-Wahlen abgesetzt worden.

Nun kommt es, seither wird versucht, die ÖVP auszugrenzen. Es ist ein Stil eingekehrt im Burgenländischen Landtag, den wir nicht begrüßen. Nämlich, es wird drüber gefahren.

Es wird *(Abg. Edith Sack: Drüber gefahren, wer fährt denn drüber? – Allgemeine Unruhe – Abg. Edith Sack: Sie sind über das Burgenland drüber gefahren. – Der*

Präsident gibt das Glockenzeichen) ausgegrenzt. Es gibt nur eine Meinung, und das ist die Wahrheit, nämlich wenn sie der SPÖ-Diktion entspricht.

Und das können wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, garantiert nicht dulden! Das (*Abg. Edith Sack: Das Drüber fahren, das macht Ihr.*) ist nicht im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer. (*Beifall bei der ÖVP*)

Seither schaden Sie dem Land! (*Abg. Ewald Gossy: Das glaube ich.*) Sie reden in punkto Sicherheit zum Beispiel, das Land schlecht. (*Allgemeine Unruhe. – Abg. Ewald Gossy: Eine Vorgangsweise, die Sie verteidigen. – Abg. Edith Sack: Von der Fekter reden wir.*)

Sie reden die Arbeit der Exekutivorgane schlecht, und Sie fahren gerade im Bereich Sicherheitswesen (*Allgemeine Unruhe – Abg. Edith Sack: Die Fekter. - Abg. Ewald Gossy: Sie verteidigen den Kurs der Ministerin Fekter.*) einen Zick-Zack-Kurs in der burgenländischen Landespolitik.

Das werden Sie garantiert bei dieser Landtagswahl 2010 noch zu spüren bekommen. (*Allgemeine Unruhe - Beifall bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Sie haben bei der (*Abg. Ewald Gossy: Sie sind der größte Verteidiger der Ministerin.*) Bundespersonalvertretungswahl schon einen Vorgeschmack bekommen, wo Ihre Diktion, Ihr Populismus im Bereich Sicherheit abgewählt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Sie fahren nicht nur einen Zick-Zack-Kurs, sondern Sie reden von klaren Verhältnissen. In Ordnung. (*Abg. Anna Schlaffer: Von Euch wird die Demokratie mit Füßen getreten.*) Das Wort haben Sie von Niederösterreich übernommen. Aber was bedeuten klare Verhältnisse für die SPÖ-Burgenland?

Klare Verhältnisse für die SPÖ-Burgenland bedeuten Postenschacher und Parteibuchwirtschaft. (*Abg. Christian Illedits: Das sagen gerade Sie. – Abg. Vinzenz Knor: Gerade die ÖVP. – Abg. Erich Trummer: Sie haben gegen die Abschaffung des Proporz gestimmt. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Herr Präsident! - Unruhe bei der SPÖ*)

Das haben wir gesehen. Das haben wir gesehen, als Sie damals... (*Abg. Edith Sack: Das ist ein Wahnsinn, da kann man ja nicht zuhören. - Allgemeine Unruhe. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Ich möchte einmal grundsätzlich feststellen, es muss mich niemand auffordern um einzugreifen in die Sitzungsleitung. Ich mache das von mir aus, und wenn Zwischenrufe getätigt werden, dann kann eine Zeit verstreichen.

Und jetzt dürfen Sie wieder fortsetzen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. (*Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ*)

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP) (fortsetzend): Meine sehr geehrten Damen und Herren, das haben wir gesehen, als die SPÖ den damaligen SPÖ-Klubsekretär Plöchl in die Gemeindeabteilung versetzt hat.

Da gab es ein Hearing betreffend der Besetzung der Kindergarteninspektorin, und der Herr Plöchl hat dann die Fragen, die fachlichen Fragen an die rote Inspektorin weitergeleitet. (*Abg. Norbert Sulyok: Skandal!*)

Das ist Ihre Politik und die wird garantiert bei der Landtagswahl 2010 abgestraft, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Und klare Verhältnisse bedeutet nicht nur (*Abg. Vinzenz Knor: Josefinum Eberau.*) Postenschacher, sondern auch Griff in die Staatskasse um Parteigünstlinge zu unterstützen. Das; was Sie machen, nämlich, dass Sie auf Kosten der Steuerzahler hier sündteure Inserate schalten, dass Sie SPÖ-nahe Personen (*Abg. Ewald Gossy: Berlakovich.*) über die Vereinsförderung unterstützen, damit (*Abg. Ewald Gossy: Der Berlakovich steht jeden Tag in der Zeitung.*) wird sich noch der Landesrechnungshof beschäftigen.

Ich bin mir (*Abg. Christian Illedits: Und mit Ihnen die Staatsanwaltschaft.*) sicher, darüber hinaus auch noch andere Institutionen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Das, was Sie machen und was Sie unter klaren Verhältnissen verstehen, heißt Machtarroganz, heißt Abgehobenheit, heißt Drüberfahren, und (*Unruhe bei der SPÖ – Abg. Ewald Gossy: Fekter. – Abg. Edith Sack: Umgekehrt.*) das wollen die Menschen im Burgenland nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Jetzt kommt es - der Herr Landeshauptmann Niessl sieht nicht nur rot, sondern er verteilt auch rote Karten. Denn, wenn jemand, egal von welcher Partei Kritik übt, dann ist das ja Majestätsbeleidigung. Das ist Majestätsbeleidigung. Wenn zum Beispiel, in vielen Bereichen andere Sichtweisen in die Landespolitik eingebracht werden, dann wird das als Affront gesehen, als Majestätsbeleidigung.

Sie sind, Herr Landeshauptmann, in diesem Lande komplett arrogant unterwegs und abgehoben und das gehört bei der Landtagswahl 2010 abgestraft, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Unruhe bei der SPÖ - Beifall bei der ÖVP*)

So, und der Herr Landeshauptmann Niessl nimmt immer gerne den Landeshauptmann Pröll als Beispiel in Niederösterreich. Es gibt da aber einen wesentlichen Unterschied. (*Abg. Ewald Gossy: Ja, der Pröll hat eine Glatze. – Heiterkeit bei der SPÖ*)

Der Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll vereint das Land und der Landeshauptmann Hans Niessl spaltet mit seiner Politik das Land (*Abg. Christian Illedits: Das tun Sie, Herr Kollege Steindl.*) und das gehört auch den Menschen im Burgenland dementsprechend mitgeteilt. (*Beifall bei der ÖVP*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ÖVP-Burgenland hat sich in die Regierungsarbeit und in die Landtagsarbeit immer wieder eingebracht (*Abg. Doris Prohaska: Nein, nie. – Abg. Edith Sack: Nie.*) und das ist auch beweisbar.

Wenn nämlich 98,3 Prozent der Regierungsbeschlüsse (*Abg. Christian Illedits: Die Statistiker seid Ihr.*) von den 8.500 einstimmig sind, wenn außer einem Regierungsbeschluss betreffend Strem, alle auch mit einer fünf Siebentel-Mehrheit versehen sind, wenn die SPÖ (*Abg. Ewald Gossy: Ist alles getäuscht, getrickst.*) im Burgenländischen Landtag eine absolute Mehrheit hat, dann frage ich Sie, wie können dann andere Parteien blockieren? (*Abg. Ewald Gossy: Ihr habt nicht mitgestimmt.*)

Sie können sich nur mit Ihrer absoluten Mehrheit selber blockieren, und das tun Sie die ganze Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Wir haben zum Beispiel beim Budget 2010 unsere Bedingungen gestellt. Wir haben gesagt (*Abg. Ewald Gossy: Ihr habt gar nicht mit gestimmt.*) stellen wir die Sacharbeit vor parteitaktisches Handeln. Versuchen wir gemeinsam, Antworten auf die heutigen Probleme und Herausforderungen des Landes zu finden. Gehen wir den gemeinsamen Weg. (*Abg. Christian Illedits: Den haben Sie schon lange verlassen.*)

Wir sind den immer gegangen. Das, was nämlich hier berichtet wurde, ist komplett falsch. (*Abg. Christian Illedits: Natürlich. – Abg. Edith Sack: Das haben Sie behauptet.*)

Denn in der WiBAG zum *(Abg. Christian Illedits: Was für Meinungen akzeptieren Sie? Sie widersprechen sich in zwei Minuten selber.)* Beispiel, dort wo ich als Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter tätig bin, gab es bis... *(Abg. Ewald Gossy: Bei 0,2 Prozent der Budgetbeschlüsse nicht zugestimmt. Ist das der rechte Weg?)* denn in der WiBAG zum Beispiel, dort wo ich als Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter tätig bin, gab es bis jetzt nur einstimmige Beschlüsse seitens der Landesvertretung.

Wir haben im Wirtschaftsbereich alles gemeinsam umgesetzt. Es gab immer wieder verschiedene Korrekturen, die wir gemeinsam mitgetragen haben. Wir haben die Bank Burgenland gemeinsam verkauft, wir haben die Privatisierungen gemeinsam durchgeführt, wir haben alle Projekte gemeinsam umgesetzt. *(Abg. Christian Illedits: Was habt Ihr aufgeführt, bis die Bank verkauft war! Sagen Sie das auch dazu!)*

Nur der Unterschied ist der, *(Abg. Edith Sack: Nur Schmutz, Schmutz, Schmutz!)* dass wir versucht haben, uns immer wieder einzubringen und das zeigen auch die einstimmigen Regierungsbeschlüsse. *(Abg. Christian Illedits: Sie haben die Bank schon vorher demolieren wollen!)*

Sie haben immer wieder versucht auszubremsen, *(Abg. Edith Sack: Nein, das waren Sie!)* und Parteipolitik vor das Gesamtwohl zu stellen. *(Abg. Edith Sack: Das waren Sie!)* Das wird garantiert bei der Landtagswahl 2010, meine sehr geehrten Damen und Herren, *(Abg. Christian Illedits: Das schaue ich mir an!)* abgestraft werden. *(Abg. Edith Sack: Sie werden abgestraft werden! – Beifall bei der ÖVP)*

Sie sind gar nicht auf unsere Vorschläge eingegangen, als wir gesagt haben, wir wollen den Gemeinden helfen. Wir wollen die Gemeinden nicht schlecht reden, *(Abg. Christian Illedits: Sie helfen ja den Gemeinden! Eberau helfen Sie!)* wie Sie es tun. Die Gemeinden haben insgesamt bei den Devisenoptionsgeschäften einen *(Abg. Christian Illedits: Zwei Gemeinden haben Sie schon fast auf dem Gewissen!)* Verlust von 350.000 Euro gehabt. *(Abg. Edith Sack: Devisenoptionen!)*

Dieser Verlust ist jetzt, Frau Abgeordnete, bis auf wenige Cent von einer Bank getragen worden. Die Gemeinden steigen hier ohne Verluste aus. *(Abg. Christian Illedits: Ja, Missachtung des Gesetzes! Ohne Gemeinderatsbeschluss!)* Das war jahrelang in den Medien, weil Sie die Gemeinden und die Arbeitergemeinden schlecht geredet haben.

Ich sage Ihnen, ich verstehe mich als Gemeindereferent und als Landeshauptmann-Stellvertreter nicht als *(Abg. Mag. Georg Pehm: Bla, bla!)* Kontrolleur, sondern als Partner aller 171 Gemeinden. Das ist meine Vorgangsweise. *(Abg. Erich Trummer: Die Gemeinden hinein theatern, das können Sie! – Beifall bei der ÖVP – Abg. Edith Sack: Zwischen Reden und Handeln ist ein großer Unterschied!)*

Sie haben versucht, die Gemeinden schlecht zu reden. Wenn ich nur daran denke, wie der Herr Landesrat Bieler mit den Budgets umgegangen ist, dass er sich verspekuliert hat, dass wir wahrscheinlich *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)* mehr als 30 Millionen Euro zahlen, *(Abg. Christian Illedits: Jetzt sagen Sie nicht schon wieder die Unwahrheit! Das ist eine Frechheit!)* wir die Steuerzahler, weil sie verspekuliert worden sind.

Dann zeigt das, dass gerade im Finanzbereich eine sehr schlechte Politik gemacht wurde *(Beifall bei der ÖVP)* und die lehnen wir ab. *(Abg. Christian Illedits: So eine Meldung habe ich überhaupt noch nicht gehört! – Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist traurig!)*

Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, dass wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Jugendarbeitslosigkeit, nicht nur diese so genannten Kraftpakete einsetzen, dass wir nicht nur Maßnahmen überlegen, wie können wir viele Jugendliche in Beschäftigung bringen, *(Abg. Edith Sack: Na, geh bitte! Da war unseres schon fertig!)*

sondern mein Vorschlag war darüber hinaus, die 500 Startjobs zu finanzieren. (Abg. Ewald Gossy: *1.000 waren es bei uns! Du wolltest nur 500, die Hälfte nur!*)

Wir hätten dazu drei Millionen Euro benötigt (Abg. Edith Sack: *Ihr kopiert von uns alles ab. Dann stellt Ihr Euch hierher und tut so, als ob es von Euch käme!* – Abg. Leo Radakovits: *Herr Präsident!*)

Wir hätten nicht nur 1.000 Jugendliche in Beschäftigung bringen können, sondern 1.500 Jugendliche. Das ist der Unterschied. Von uns gab es immer wieder Vorschläge, (Abg. Mag. Georg Pehm: *Sie haben gegen 1.000 gestimmt!*) wie wir das Land voranbringen können

Ein dritter Punkt: (Abg. Mag. Georg Pehm: *Sie haben dagegen gestimmt!*) Wir haben zum Beispiel im Bereich der Kleinstbetriebe Vorschläge unterbreitet. Auch die wurden abgelehnt. Als ich zum Beispiel als Wirtschaftsreferent vorgeschlagen habe, dass wir über die WiBAG den Kleinstbetrieben Kredite geben, hat der Herr Abgeordnete Pehm (Abg. Mag. Georg Pehm: *Sie wollten es im Landhaus machen!*) - der selbsternannte Wirtschaftssprecher - sich heraus gestellt und gesagt, das ist Politik von vorgestern. (Abg. Mag. Georg Pehm: *Eine Landesbank!*)

Dann wurde, Herr Abgeordneter, dieser Vorschlag in der WiBAG einstimmig beschlossen. (Abg. Mag. Georg Pehm: *Ja, aber Sie haben es im Landhaus machen wollen!* – Beifall bei der ÖVP)

Letztendlich sind immer (Abg. Mag. Georg Pehm: *Das ist die Unwahrheit, was Sie hier sagen!*) wieder unsere Vorschläge - Herr Abgeordneter Pehm - (Abg. Mag. Georg Pehm: *Das ist nicht wahr, was Sie hier sagen!*) zuerst von der SPÖ verteufelt worden, letztendlich aber, weil sie gut sind, umgesetzt worden. (Abg. Mag. Georg Pehm: *Das ist ja völlig anders!*)

Ich denke nur (Abg. Mag. Georg Pehm: *Das ist ein „Gschichter!“*) an den Burgenlandfonds vor der Wahl. Ich habe zum Beispiel vorgeschlagen, dass wir Forderungen aus der Wohnbauförderung verkaufen, um Geld zu bekommen, einen Fonds anzulegen.

Der Herr Landeshauptmann hat vor der Wahl gesagt: Kommt nicht in Frage. Nach der Wahl ist er genau so eingerichtet worden, Vorschlag der ÖVP, diskutiert worden, verneint worden, jetzt umgesetzt. (*Allgemeine Unruhe – Beifall bei der ÖVP*)

Wenn es nach dem (Abg. Edith Sack: *Das ist die Unwahrheit!*) Herrn Landeshauptmann geht... (Abg. Mag. Georg Pehm: *Das stimmt ja nicht!* – *Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Ich werde mich durch Ihre Zwischenrufe nicht irritieren lassen. (Abg. Mag. Georg Pehm: *Soviel Unwahrheit auf einmal! Was Sie da für „Gschichterln“ drucken!*)

Ich werde mein Statement auch abgeben, so wie ich das glaube. (Abg. Mag. Georg Pehm: *So viele „Gschichterln!“*) Wenn wir nach dem Herrn Landeshauptmann gegangen wären, (Abg. Anna Schläffer: *Jede Sitzung das Gleiche!*) dann hätten wir unser Ziel, (Abg. Edith Sack: *Dann glaubt er es vielleicht!*) nämlich bis zum Jahr 2013, dass wir 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energiequellen speisen können, vergessen können.

Wissen Sie warum? Weil der Herr Landeshauptmann damals in Geldnot war, mit dem Finanzreferenten Bieler und mit dem Sozialreferenten Rezar. Sie waren in Geldnot und wollten alle Tochtergesellschaften, auch die Windanlagen der BEWAG, verkaufen. Das war eine Schnapsidee.

Wir haben das Gott sei Dank verhindern können (Abg. Christian Illedits: *Sie haben das verhindert?*) und jetzt unser Ziel erreichen können, (Abg. Christian Illedits: *Sie haben*

das verhindert? Was können Sie denn verhindern?) nämlich erneuerbare Energie zu 100 Prozent bis zum Jahr 2013 zu produzieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Eine Idee der ÖVP in punkto erneuerbare Energie, von der SPÖ abgelehnt. Wenn ich nur daran denke, dass im Bezirk Güssing, die Stadt Güssing, mit Bürgermeister Peter Vadasz, damals begonnen hat, *(Abg. Christian Illedits: Was ist das jetzt? Eine Abschiedsrede? Was tun Sie da?)* mit dem Zentrum *(Abg. Erich Trummer: Berlakovich und Mitterlehner haben das Ökostromgesetz...)* für erneuerbare Energie und als Bürgermeister in Richtung erneuerbare Energie zu investieren.

Dann hat es einen Vorgänger als SPÖ-Landeshauptmann gegeben, der einen Tausender gezückt hat und gesagt hat, lieber verbrenn ich den, *(Abg. Erich Trummer: Das sind ja alte Hüte!)* bevor wir in die erneuerbare Energie investieren.

Wir haben uns durchgesetzt, ÖVP als Ideenbringer, SPÖ hat nachahmen müssen und jetzt ist es auf einmal ein Megathema geworden. *(Abg. Doris Prohaska: Oje!)* Das muss man deutlich sagen. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Bla, bla, bla!)*

Wir waren immer wieder der Ideenbringer in der Landespolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Georg Pehm: Eine Phrasendrescherei sondergleichen!)*

Ich könnte, meine sehr geehrte Damen und Herren, sehr vieles sagen. Jetzt vielleicht zum Thema Eberau. Ich bin, und das möchte ich nochmals deutlich sagen, ich bin am Freitag um 20.00 Uhr von der Frau Innenministerin Fekter informiert worden, *(Abg. Mag. Georg Pehm: Am 17. Oktober wahrscheinlich!)* dass in *(Abg. Ewald Gossy: Das glaubt Dir keiner!)* Eberau dieses dritte Auffanglager geplant ist. *(Zwischenrufe in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ich habe der Frau Innenministerin damals am Freitag gesagt, dass das für das Burgenland nicht in Frage kommt und dass wir alle Schritte unternehmen werden, *(Abg. Willibald Stacherl: Das glaubt Ihnen niemand!)* um dieses Projekt zu verhindern, weil es nicht in das Burgenland passt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich habe bereits *(Abg. Edith Sack: Sie graben sich das eigene Grab!)* die ersten Schritte veranlasst und bereits heute, gestern eigentlich, *(Zwischenruf des Abg. Ewald Gossy)* meiner Behörde den Auftrag erteilt, sich den Bauakt *(Abg. Ewald Gossy: Das hat der Landeshauptmann schon alles gemacht!)* über die Bezirkshauptmannschaft *(Abg. Edith Sack: Wie schon alles fertig war!)* Güssing zu organisieren, um zu schauen, ob hier Baumängel im Verfahren vorliegen, damit dieser Bescheid gestoppt und aufgehoben werden kann. Wenn es eine Möglichkeit gibt, dann werde ich das auch tun.

Jetzt zur Wahrheit. *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Erich Trummer: Haben Sie bis jetzt nur gelogen?)* Ich weiß, seitens der SPÖ sind Sie sehr nervös *(Abg. Willibald Stacherl: Du bist nervös!)* und wollen das nicht hören - aber ich werde es trotzdem vorlesen.

Ich habe mich auch mit dem Herrn Landeshauptmann Erwin Pröll in Verbindung gesetzt und wollte wissen, wie eigentlich das Ganze gelaufen ist. Er hat mir gesagt, der Herr Landeshauptmann ist einer, der großspurig und hemdsärmelig im Burgenland spricht *(Abg. Matthias Gelbmann: Das hat er gesagt?)* und versucht, hier dementsprechend stark aufzutreten. *(Abg. Ewald Gossy: Das hat er sicher nicht gesagt!)*

Wenn es um die Interessen des Burgenlandes bei der Landeshauptmänner-Konferenz geht, *(Abg. Edith Sack: Den nimmt niemand ernst in der ÖVP-Riege!)* dann wird dort von ihm kein Wort verloren über das Thema.

Er schweigt, er verschweigt sich und das ist der Zustand: Hier im Lande sehr stark auftreten, (*Zwischenrufe in den Reihen der Abgeordneten*) außerhalb des Landes wird das Burgenland leider Gottes nicht vertreten. (*Beifall bei der ÖVP*)

Gestern oder vorgestern war im Kurier ein Interview, wo der Herr Landeshauptmann Pröll zu diesem Thema gefragt wurde: Burgenlands Landeshauptmann Niessl ist von der Innenministerin vorab nicht informiert worden, ist das in Ordnung? (*Abg. Erich Trummer: Halten Sie jetzt wieder der Frau Innenministerin die Stange?*)

Ich zitiere Landeshauptmann Erwin Pröll: „Kein Landeshauptmann, auch nicht der Landeshauptmann vom Burgenland, kann von diesem Schritt überrascht sein. Niessl war bei den Koalitionsverhandlungen für die Bundesregierung dabei. Damals wurde festgeschrieben, dass ein drittes Lager kommen muss“.

Hört, hört!! (*Beifall bei der ÖVP – Abg. Edith Sack: Was soll der Scherz? – Schaut's das Ihr den wegtut! Das ist ein Wahnsinn!*) Ich zitiere (*Abg. Mag. Georg Pehm: So eine Trickserei und soviel der Aufregung!*) weiter: „Niessl war auch im Jänner bei der Landeshauptleute-Konferenz dabei, als ich der Ministerin das Versprechen für ein drittes Lager abgerungen habe“

Ich habe mir dieses Protokoll (*Abg. Mag. Georg Pehm: Peinlich! Wirklich sehr peinlich was Sie da tun!*) der Landeshauptleute-Konferenz organisiert. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist wirklich sehr peinlich was Sie da tun! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*)

Tatsächlich hat der Herr (*Abg. Edith Sack: Peinlich, nehmt ihm das Buch weg!*) Landeshauptmann Erwin Pröll die Landeshauptleute im Beisein der Innenministerin informiert, dass die Innenministerin (*Abg. Mag. Georg Pehm: In Eberau? Sagen Sie die Wahrheit! In Eberau? Das sicher nicht! Sie erzählen die Unwahrheit!*) sehr rasch ein drittes Auffanglager suchen soll (*Abg. Norbert Sulyok: Herr Präsident! Er schreit dauernd dazwischen!*) und hat damals gemeint, ich zitiere aus dem Protokoll:

Präsident Walter Prior (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, jetzt bin ich am Wort.

Herr Kollege Sulyok, (*Abg. Norbert Sulyok: Ja!*) wenn Sie vielleicht Polizeimethoden anwenden wollen, bitte nicht bei mir. (*Abg. Norbert Sulyok: Er schreit dauernd rein!*)

Sie brauchen mich nicht aufzufordern, etwas zu tun. Ich bin seit neun Jahren Präsident dieses Hauses und glaube, dass ich bisher die Sitzungen gut geleitet habe, auch die heutige werde ich rüber bringen.

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat einen Vorteil, er hat ein Mikrofon und Zwischenrufe sind erlaubt. Ich werde beurteilen, wann ein Zwischenruf aus sein soll oder nicht und jetzt darf (*Abg. Kurt Lentsch: Franz, hör auf zu reden, wenn sie dazwischen schreien!*) ich Sie bitten, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, fortzusetzen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP) (*fortsetzend*): Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich zitiere aus dem Protokoll der Landeshauptmänner-Konferenz vom 22. Jänner 2009, unter Vorsitz von Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Häupl (*Abg. Willibald Stacherl: Steht da von Eberau etwas drinnen?*) - das habe ich vom Herrn Landeshauptmann Pröll bekommen. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Es steht nichts von Eberau drinnen!*)

Ja, ja ich komme schon dazu, seien Sie nicht so nervös. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Edith Sack: Ihr seid so unverschämt! – Der Präsident*

gibt das Glockenzeichen) Ich weiß nicht, warum Sie so nervös sind? (Abg. Ing. Rudolf Strommer: Edith, irgendwann wird es zuviel! Irgendwann wird es zuviel!)

Hören Sie mir zu, ich zitiere: „Landeshauptmann Pröll informiert über die brisante und gefährliche Lage im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen. Derzeit sind dort zirka 1.000 Personen untergebracht. Bereits ab 500 Personen ergibt sich ein sehr hohes Sicherheitsrisiko“. Dann gibt es verschiedene Wortmeldungen von den Landeshauptleuten Dörfler, Burgstaller, Pühringer unterstreicht das.

Der Herr Landeshauptmann Niessl hat sich einmal zu Wort gemeldet, einmal, und zwar mit einer ganz wichtigen Aussage. Landeshauptmann Niessl spricht sich für eine notwendige Solidarität zwischen den Ländern bei der Einhaltung der Erfüllungsquote nach der Grundsatzvereinbarung aus. *(Abg. Christian Illedits: Das ist ja das Wichtigste!)*

Das war alles! Der Herr Landeshauptmann Niessl hat bei dieser Landeshauptleute-Konferenz keinen *(Abg. Edith Sack: Burgenlandverräter! – Allgemeine Unruhe)* einzigen Satz dafür verwendet, dass das Burgenland als Standort für ein Erstaufnahmezentrum nicht in Frage kommt. *(Abg. Mag. George Pehm: Selbstverständlich! – Abg. Ewald Gossy: Das ist ja gar kein Vergleich!)* Das muss man deutlich sagen.

Der nächste Punkt ist: Sie haben die Novelle des Raumplanungsgesetzes als Initiativantrag eingebracht, stimmt. *(Abg. Anna Schlaffer: Der Herr Landeshauptmann hat immer gesagt wir brauchen keines, alle Länder erfüllen die Quote!)* Damit man hier die Wahrheit auch ausspricht.

Wir haben im Ausschuss einen Antrag eingebracht, *(Abg. Mag. Georg Pehm: Wahrheitsverdreher!)* dass dieses Gesetz nochmals behandelt werden soll, weil die Begutachtung abgeschlossen war. *(Zwischenruf des Abg. Christian Illedits)* Das hat der Abgeordnete Leo Radakovits damals auch begründet. *(Abg. Erich Trummer: Das hätte Ihnen so gepasst! Ihnen und der Frau Fekter!)*

Nachdem dieses Gesetz im Ausschuss beschlossen wurde und dem Landtag zugeführt wurde, gab es eine Debatte im Burgenländischen Landtag und auch hier habe ich die Protokolle. *(Abg. Christian Illedits: Wir auch!)* Hier hat sich der Abgeordnete Leo Radakovits eindeutig gegen ein derartiges Erstaufnahmezentrum im Burgenland ausgesprochen.

Auch ich habe mich zu Wort gemeldet, das können Sie nachlesen, *(Abg. Anna Schlaffer: Auch die SPÖ hat mitgesprochen, oder?)* jawohl und ich habe mich genauso eindeutig gegen ein derartiges Projekt im Burgenland ausgesprochen. *(Abg. Christian Illedits: Wer hat den Antrag eingebracht, Sie oder wir?)*

Wenn Sie jetzt behaupten - Moment - wenn Sie jetzt behaupten, wie *(Abg. Christian Illedits: Denken Sie ein bisschen nach!)* zum Beispiel im Standard heute, die SPÖ beschuldigt die VP, *(Abg. Ewald Gossy: Das glaubt Ihnen keiner mehr!)* das neue Raumordnungsgesetz zu verzögern *(Abg. Ewald Gossy: Das glaubt Ihnen keiner!)* und den Eberauer Beschluss damit ermöglicht zu haben, dann sagen Sie die Unwahrheit.

Denn die ÖVP *(Abg. Christian Illedits: Das stimmt nicht!)* hat keine *(Abg. Edith Sack: Ihr habt einen Deal mit der Fekter!)* einzige Sekunde, keine einzige Minute, dieses Gesetz verzögert. *(Abg. Christian Illedits: Der Antrag auf Zurückverweisung ist gestellt im Landtag!)* Im Gegenteil, *(Abg. Christian Illedits: Lesen Sie alles vor!)* wir haben das mitbeschlossen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Das steht im Protokoll, das ist nachzulesen!)*

Ich sage noch eines: Es wird noch zu hinterfragen sein, es werden sich noch andere Institutionen damit beschäftigen, ob der Herr Landeshauptmann als Vorsitzender (*Abg. Mag. Georg Pehm: Sie wollen vertagen!*)

im Raumplanungsbeirat und als Vorsitzender der Regierung, nicht vorher schon etwas gewusst hat. (*Abg. Ewald Gossy: Das hat nur die ÖVP gewusst!*)

Denn im Raumplanungsbeirat wurde diese Fläche umgewidmet. Diese Flächenumwidmung wurde nicht nur im Raumplanungsbeirat (*Abg. Erich Trummer: Das ist Hilflosigkeit!*) aufgrund der Initiative des Landeshauptmannes beschlossen, sondern auch in der Regierung.

Ich wage zu behaupten, dass vielleicht der Herr Landeshauptmann damals schon mehr gewusst hat und die Regierung nicht vollständig informiert hat. Das unterstelle ich. (*Beifall bei der ÖVP – Allgemeine Unruhe – Abg. Edith Sack: Das ist eine große Frechheit! Schämen Sie sich, dass ist letztklassig! – Abg. Christian Illredits: Das können Sie uns nicht erzählen! – Abg. Ewald Gossy: War das Euer letzter Strohhalm? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht schon lange nicht um SPÖ gegen ÖVP oder ÖVP gegen SPÖ, sondern in dieser Frage geht es vor (*Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist letztklassig! – Abg. Edith Sack: Das wird immer bunter!*) allem um die Interessen des Burgenlandes gegenüber dem Bund.

Wenn Sie mich Fragen, dann stehe ich dem Burgenland näher und daher vertrete ich die Interessen des Burgenlandes. (*Abg. Christian Illredits: Das ist mir neu!*) Ich bitte hier einen Schulterchluss an. (*Abg. Christian Illredits: Das ist eine Frechheit! – Abg. Edith Sack: Da musst Du ja selber lachen!*)

Dass, was seitens des Bundes hier abgegangen ist, finde ich schädlich für das Burgenland. Das habe ich auch deutlich ausgesprochen. Nochmals, wenn wir wollen, (*Abg. Mag. Georg Pehm: Pharisäer-Art! – Abg. Edith Sack: Da muss er ja selber lachen! Hämisches bis zum geht nicht mehr!*) können wir vielleicht durch den einen oder anderen Anknüpfungspunkt in der Raumplanung, im baubehördlichen, einen Anknüpfungspunkt finden, um diesen Bescheid aufzuheben. (*Abg. Christian Illredits: Für das müssen Sie selber geradestehen!*)

Wir werden alles daran setzen, dass dieses Projekt in Eberau (*Abg. Mag. Georg Pehm: Pharisäer-Art!*) nicht zustande kommt und (*Abg. Mag. Georg Pehm: Pharisäer-Art!*) nochmals, dass heute der Auflösungsbeschluss des Burgenländischen Landtages gefasst wird, (*Abg. Christian Illredits: Ja?*) das hat die SPÖ alleine zu verantworten. (*Abg. Christian Illredits: Na sicher!*)

Denn Auflösen des Burgenländischen Landtags bedeutet (*Abg. Mag. Georg Pehm: Tut sie auch!*) Stillstand, Geldverschwendung (*Abg. Christian Illredits: Wieso? Sie haben schon Geld verschwendet, indem Sie gegen die Verkleinerung sind!*) und das nur aus parteitaktischen Gründen, nur weil man nicht mit Wien wählen möchte, weil man den Strache fürchtet und weil man (*Abg. Mag. Georg Pehm: Pharisäer-Art!*) die Gunst der Stunde bei den Bundespräsidentenwahlen nützen möchte. (*Abg. Ewald Gossy: Das glaubt Ihnen keiner!*)

Das ist die volle Wahrheit. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Diese Rede ist allein ein Grund, den Landtag aufzulösen. Denn ich werde auf Punkt und Beistrich die Fakten anführen, wo die Unwahrheit gesagt wurde.

20 Minuten konzentrierter Form der Unwahrheiten. *(Abg. Anna Schläffer: 30!) 30, noch mehr.*

Es ist absolut unwahr und unrichtig, dass zum Beispiel, die Aussage, die Erfüllung der Quote, ein Nebensatz ist. Das ist genau die zentrale Aussage bei der Landeshauptleutekonferenz gewesen. Während wir im Burgenland die Aufnahmequote in der Vergangenheit nach dem Vertrag 15a, aufgrund unserer Größe und Einwohnerzahl Asylanten aufzunehmen erfüllt haben, machen das andere Bundesländer nicht.

Wir haben uns dazu bekannt, halten den Vertrag ein, während andere Bundesländer das nicht tun. Das ist natürlich die zentrale Aussage. Diese Quoten sind auch von Kärnten, von Tirol und von Vorarlberg einzuhalten. Das ist genau das Entscheidende.

Nämlich dass Jene, die Quoten einhalten, führt zu einer Entlastung, weil Traiskirchen nicht entlastet werden kann, weil zum Beispiel andere Länder Asylanten nicht aufnehmen. Genau das habe ich gesagt, dazu stehe ich und das ist für das Burgenland überhaupt das Wichtigste und nicht bedeutungslos. Unwahrheit Nummer 1. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Edith Sack in Richtung Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Steindl: Jetzt muss er lachen!)*

Zweite Unwahrheit: Im Ausschuss hat die ÖVP nicht für die Änderung des Gesetzes gestimmt, sie hat gegen die Änderung des Gesetzes gestimmt. Jetzt stellt sich heraus, warum auf Zeit gesetzt werden sollte.

Weil es Kontakte gegeben hat mit Ihren Vertretern, *(Abg. Andrea Gottweis: Das ist eine Unterstellung!)* mit Steindl, Fekter und dem Bürgermeister, *(Abg. Leo Radakovits: Das ist die Unwahrheit! Das ist die Unwahrheit!)* dass diese Erstaufnahmestelle im Süden errichtet wird. Das ist die Unwahrheit, die Sie gesagt haben. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Leo Radakovits: Unwahrheit!)*

Nächster Tagesordnungspunkt *(Abg. Leo Radakovits: Unwahrheit!)* der Unwahrheiten *(Abg. Leo Radakovits: Unwahrheit!)* ist, dass ich das verhandelt habe. *(Abg. Leo Radakovits: Unwahrheit!)*

Dass niemand von der ÖVP... *(Abg. Leo Radakovits: Unwahrheit! Ich weiß, wofür ich mich zu Wort melde! Das ist die Unwahrheit, was Sie sagen!)*

Ich behaupte, das ist die ÖVP-Fekter-Aktion und die ÖVP-Burgenland-Aktion. *(Abg. Leo Radakovits: Das ist die Unwahrheit, was Sie sagen!)* Steindl-ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich korrigiere, die Steindl-ÖVP! *(Abg. Leo Radakovits: Das ist die Unwahrheit!)*

Dritte Unwahrheit: *(Abg. Leo Radakovits: Schämen Sie sich! Das ist nicht Ihrer würdig!)* Ich habe mit der Frau Innenministerin verhandelt, dass es eine dritte Aufnahmestelle gibt. Auch eine Unwahrheit, das wurde nicht von mir verhandelt, weil mein Gegenüber der Landeshauptmann von Vorarlberg war.

Also Sie behaupten etwas, auch in schriftlicher Form, was absolut unwahr ist. Das habe ich nicht getan, das habe ich nicht gemacht. *(Abg. Andrea Gottweis: Sie haben sich nicht zu Wort gemeldet!)* Tricksen, täuschen und andere schuldig werden lassen, das ist Ihre Politik. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn man davon ausgeht, dass in einer Gemeinde mit 1.000 Einwohnern jemand auf die Idee kommt, 300 offiziell, in der Regel werden es wahrscheinlich 500 Asylwerber sein, die hinzubringen, auf die Idee kann man ja normalerweise gar nicht kommen.

Deswegen werden wir nicht nur für die Gemeinde Eberau, sondern für das gesamte südliche Burgenland eine Volksbefragung machen. Wir werden diese Volksbefragung möglichst rasch durchführen, damit man sieht, welche Meinung die Burgenländerinnen und Burgenländer zu diesem Thema haben.

In einer der nächsten Regierungssitzungen wird das beschlossen und eine Volksbefragung im gesamten südlichen Burgenland gemacht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Auch wenn man die Unwahrheit oft sagt, wird sie nicht wahr. *(Abg. Edith Sack: Genau!)*

Der Burgenlandfonds ist genau die Konstruktion, die ich vor den Wahlen im Jahr 2005 präsentiert habe. Nämlich nicht die Wohnbauförderung zur Gänze zu verkaufen und in einen Fonds einzubringen, sondern die Gruppenbesteuerung zu nützen. *(Abg. Edith Sack: Genau, darum ist es gegangen!)*

Es war damals die Diskussion, Wohnbauförderung verkaufen zur Gänze oder Gruppenbesteuerung mit BEWAG und mit Landesholding Burgenland zu konstruieren. 1:1 haben wir dieses Modell umgesetzt, nämlich die Landesholding Burgenland zu schaffen und die Gruppenbesteuerung zu nützen. Wir haben dadurch, durch diese Konstruktion, bereits über 20 Millionen Euro erwirtschaftet.

Diese Konstruktion hat dem Land Burgenland 25 Millionen Euro gebracht. Das ist das Modell, das ich im Jahr 2005 präsentiert habe und hat schon überhaupt nichts damit zu tun, was Sie präsentiert haben, auch die absolute Unwahrheit. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Edith Sack: Wir können schon ein Buch darüber schreiben!)*

Abschließend, ich werde alles unternehmen und ich habe es schon gesagt, mit dem heutigen Tag, dass dieser Baubescheid aufgrund der Widmung nicht zulässig ist. Das ist der erste Schritt.

Der zweite Schritt wird sein, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass auf einem falsch gewidmeten Gebiet ein derartiges Projekt bauverhandelt wird. Das muss man sich anschauen, wer das zu verantworten hat.

Auch eine rechtliche Frage, die zu klären ist. Wir sind seinerzeit bei Strem in der Regierung hintergangen worden, was dazu geführt hat, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt und zwar sehr intensiv ermittelt. Wir sind auch in der Gemeinde Eberau hintergangen worden.

Jetzt die anderen zu beschuldigen, das ist eine Doppelbödigkeit, die ebenfalls abgewählt werden muss. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Johann Tschürtz: Wir haben aber noch 17 Tagesordnungspunkte!)*

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze.

Die Darstellung, die der Herr Landeshauptmann hier dem Landtag gesagt hat, muss ich deshalb korrigieren, weil sie so nicht richtig ist.

Ich erinnere, als dieses Gesetz, die Änderung des Raumplanungsgesetzes, diskutiert wurde, gab es keine wie immer gearteten Parteienverhandlungen. Sehr zur Überraschung aller im Landtag vertretenen Parteien, hat die SPÖ diese Änderung des Raumplanungsgesetzes eingebracht, ohne vorher mit jemandem zu sprechen.

Wir waren von der Notwendigkeit dieses Gesetzes deshalb (*Abg. Edith Sack: Unser Klubobmann hat es erklärt!*) nicht informiert, weil wir auch nicht Informationen hatten, dass hier möglicherweise Dinge passiert sind. (*Abg. Ewald Gossy: Da habt Ihr schon Eberau im Auge gehabt! Da habt Ihr schon gewusst, was los ist!*)

Der Kollege Radakovits hat (*Abg. Christian Illedits: Ihr seid negativ berührt gewesen!*) im Rechtsausschuss klar gesagt, dass hier Dinge in diesem Gesetz, wie sie vorliegen, nicht in Ordnung sind und hat gemeint, zurecht gemeint, wie es sich dann später herausstellte, dass diese Dinge (*Abg. Christian Illedits: Jetzt wissen wir es!*) noch einmal besprochen werden sollten. (*Abg. Ewald Gossy: Jetzt ist die Katze aus dem Sack!*)

Deshalb war es unser Ansinnen, um ein ordentliches Gesetz vorlegen zu können, dass man das auch legislativ in Ordnung bringt. Dass er recht gehabt hat, zeigt sich ja bei der Landtagssitzung, als dieses Gesetz beschlossen wurde, als Sie, Herr Kollege Illedits, am Schluss Ihrer Wortmeldungen drei Abänderungsanträge eingebracht haben. (*Abg. Leo Radakovits: Die Abänderung eingebracht!*)

Genau dass, hat der Kollege Radakovits gemeint. (*Abg. Christian Illedits: Das hast Du nicht gemeint! Das hast Du gar nicht gemeint!*)

Nun, Herr Kollege Illedits, wie wird denn ein Gesetz rechtskräftig?

Wie wird ein Gesetz rechtskräftig, meine Damen und Herren? (*Abg. Christian Illedits: Wir wissen es!*)

Sie wissen es! Ab Beschluss des Landtages geht es über die Landesamtsdirektion an den Bundesverfassungsdienst. (*Landeshauptmann Hans Niessl: So ist es!*) Wenn der Bundesverfassungsdienst (*Landeshauptmann Hans Niessl: Ja!*) seine acht Wochen in Anspruch nimmt oder nicht, je nach dem.

Jedenfalls, Herr Landeshauptmann, erwächst ein Gesetz in Rechtskraft mit der Kundmachung. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Ja, richtig!*) Der Landeshauptmann ist derjenige, der ein Gesetz im Landesamtsblatt kundzumachen hat. (*Abg. Christian Illedits: Na klar!*)

Ab der Kundmachung gilt es. Niemand, Herr Landeshauptmann, hat Sie gehindert, am Tag nach der Beschlussfassung hier herinnen, das Gesetz kundzumachen.

Sie haben es nicht getan. Niemand, Herr Landeshauptmann, hat Sie gehindert, mit dem Bundesverfassungsdienst (*Abg. Christian Illedits: Was erzählen Sie da für einen Blödsinn?*) im Bundeskanzleramt eine kürzere Frist als acht Wochen, wie wir das schon sehr oft getan haben, zu erwirken. (*Allgemeine Unruhe - Abg. Christian Illedits: Das ist eine Anleitung zum Amtsmissbrauch!*) Wissen Sie. (*Beifall bei der ÖVP*)

Das muss man auch klar sagen, wenn die Notwendigkeit dieser Änderung so dringend ist, dann muss auch die Kundmachung genauso dringend sein. (*Allgemeine Unruhe*)

Wir haben in vielen Dingen vom Bund her die Frist zur Begutachtung, diese acht Wochen, weit kürzer gefasst als... (*Abg. Christian Illedits: Stimmt ja nicht, das wissen Sie genau!*)

Natürlich stimmt es. (*Abg. Christian Illedits: Wieso sagen Sie bewusst die Unwahrheit?*)

Sie haben es, Herr Landeshauptmann, verabsäumt, durch ein Kundmachen im Landesamtsblatt einen Bescheid insgesamt zu ermöglichen. Soweit zum Raumplanungsgesetz. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Christian Illedits.

Bitte Herr Klubobmann. *(Landesrat Helmut Bieler: So einen Unsinn hat noch nie ein Klubobmann gesagt! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Strommer! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wenn Sie das so qualifizieren...)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP! Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter verlässt die Bühne! *(Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl ist im Begriff den Landtagssaal zu verlassen. - Abg. Edith Sack: Gott sei Dank!)* Das ist symbolisch, ich habe es so verstanden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich verstehe, dass Sie sich in treuer Pflichterfüllung jetzt zu Wort melden mussten, nach dieser Wahlkampfredede des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters. Aber nur wenn Sie uns hier weismachen wollen, der Versuch ist ins Leere gelaufen, dass die Verlautbarung einen Tag nach Beschlussfassung im Landtag hier möglich wäre, ohne Amtsmissbrauch zu begehen, Herr Kollege Strommer, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was hätten wir tun können?)* dann versuchen Sie wieder, hier den Menschen die Unwahrheit zu suggerieren und hier zu vermitteln.

Sie sollten wissen, wenn Sie es ehrlich meinen würden, wenn Sie vorgehabt hätten, die Wahrheit zu sagen und wenn Sie nicht in treuer Pflichterfüllung, so wie es pausenlos hier bei der ÖVP zugeht, nämlich dass Amtsmissbrauch an der Tagesordnung steht, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo ist hier ein Amtsmissbrauch?)* hier den Herrn Landeshauptmann zum Amtsmissbrauch aufzufordern, das haben Sie nämlich mit Ihrer Wortmeldung getan. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt ja nicht!)*

Das möchte ich Ihnen nur ausrichten. Das können Sie uns nicht weismachen, wir kennen die Gesetzmäßigkeiten und diesen Gesetzmäßigkeiten haben wir in der Vergangenheit entsprochen und werden das auch in Zukunft tun. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wirtschaftsförderungsgesetz!)* Taktieren, täuschen und die Unwahrheit verbreiten, das tun Sie, wir von der SPÖ nicht. Wir haben die Vorgehensweise gewählt, die richtig und entscheidend ist.

Aber sagen Sie eines dazu, Sie haben gewusst, was wir hier beschlossen haben. Ich werde dann näher darauf eingehen. Weil die halbe Wahrheit noch lange nicht heißt, dass das die Wahrheit ist, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Das Gesetz vor Inkrafttreten zu umgehen, das ist Faktum. Das wollten Sie in dieser Causa Eberau tun.

Das ist Ihnen nicht gelungen, weil wir nämlich präventiv Ihre parteipolitischen Absichten erkannt haben. Wir werden es noch im Dringlichkeitsantrag ausführlich formulieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Herr Abgeordneter Illedits, das ist wieder ein Zeichen, dass es Ihnen gar nicht um das Burgenland geht, *(Abg. Edith Sack: Na geh, bitte!)* sondern nur um Machtinteressen, um Parteitaktik. Denn der Herr Abgeordnete Strommer hat schon Recht und das möchte ich schon nochmals betonen.

Wenn der Herr Landeshauptmann Niessl einen so guten Draht zum Herrn Bundeskanzler hat, dann hätte man mit der Bundesregierung absprechen können, dass sie auf die Acht-Wochen-Frist verzichtet, dann hätte das Gesetz sofort in Kraft treten können und damit wäre das unterbunden geworden. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ – Abg. Edith Sack: Geh bitte! Wo sind wir denn?)*

Das bedeutet, das wurde sträflichst unterlassen, und das ist die Wahrheit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist wirklich interessant, dass Sie offensichtlich zum Amtsmissbrauch auffordern wollen. *(Abg. Edith Sack: Einen Landeshauptmann!)* Denn Sie könnten das gerne im Bundesgesetz, Artikel 98, nachlesen.

Alle Gesetzesbeschlüsse der Landtage sind unmittelbar nach der Beschlussfassung des Landtages vor ihrer Kundmachung - vor ihrer Kundmachung - vom Landeshauptmann dem Bundeskanzleramt bekannt zu geben.

Genau das haben wir getan. Wenn wir vom Bundeskanzleramt das zurückbekommen, dann wird es verlautbart.

Vor Ablauf der Einspruchsfrist ist die Kundmachung nur zulässig, wenn die Bundesregierung ausdrücklich zustimmt. *(Abg. Kurt Lentsch: Das hat der Rudi gefordert. – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Mag. Georg Pehm: Die Frau Fekter hätte dagegen gestimmt. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Vor Ablauf der Einspruchsfrist ist die Kundmachung nur zulässig, wenn die Bundesregierung ausdrücklich zustimmt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Genau!)*

Und offensichtlich hat die Frau Innenministerin der Bundesregierung nicht rechtzeitig die Stellungnahme gegeben und deshalb hat sie nicht zugestimmt. Und das ist der Grund. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein! – Zwiegespräche in den Reihen)*

Kein Amtsmissbrauch auf Ihre Aufforderung! Anstiftung zum Amtsmissbrauch! *(Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen)*

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Ich möchte mich nicht mehr zu Wort melden.)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gemäß Art. 13 L-VG ist zu einem solchen Beschluss die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Landtagsabgeordneten erforderlich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode vorzeitig beendet wird, ist somit in zweiter Lesung bei Anwesenheit der erforderlichen Anzahl der Landtagsabgeordneten mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode vorzeitig beendet wird, ist somit auch in dritter Lesung bei Anwesenheit der erforderlichen Anzahl der Landtagsabgeordneten mehrheitlich angenommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT erst nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung beginnen kann, unterbreche ich nun die Sitzung bis 13 Uhr 15 Minuten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 33 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 22 Minuten wieder aufgenommen)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp des intransparent und undemokratisch vorbereiteten sowie widerrechtlich genehmigten Projektes eines Asylwerber-Erstaufnahmезentrums in Eberau (Zahl 19 - 867) (Beilage 1388)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wir kommen zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp des intransparent und undemokratisch vorbereiteten sowie widerrechtlich genehmigten Projektes eines Asylwerber-Erstaufnahmезentrums in Eberau, Zahl 19 – 867, Beilage 1388, und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Christian Illedits das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! „Wir waren schneller, als die Verhinderer.“ Mit diesem Satz hat Innenministerin Fekter am Samstag die Standortwahl für Eberau gefeiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Sie sich an das Motto der früheren schwarz-blauen Bundesregierung erinnern, dann war das dieses „Speed kills“. Für die Frau Innenminister gilt nach wie vor „Speed kills“.

In diesem Fall die Demokratie, in diesem Fall die Rechtsstaatlichkeit und in diesem Fall den politischen Anstand. Dazu und deshalb haben wir heute einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden alles unternehmen, um dieses abenteuerliche Projekt zu verhindern. Wir werden alles unternehmen, um der ÖVP das Handwerk zu legen.

Diese Vorgehensweise ist ein Sittenbild einer arroganten und undemokratischen ÖVP-Politik. Eine schwarze Innenministerin und ein schwarzer Bürgermeister haben selbstherrlich über den Bau eines auf 300 Personenausgerichteten Erstaufnahmезentrums in einer Gemeinde mit 900 Einwohnern entschieden.

Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, haben dies als burgenländischer ÖVP-Obmann alles geduldet. Ich behaupte, dass Sie Miteinfädler, wenn nicht sogar Planer dieses gesamten Projekts gewesen sein müssen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Na, geh! - Abg. Christian Sagartz, BA: Ohne ein Indiz! Ohne jegliches Indiz! – Abg. Paul Fasching. Das ist halt eine typisch sozialistische Politik! Das ist echt ein Witz! - Allgemeine Unruhe)*

Dieses Vorgehen von Innenminister Fekter und von ÖVP-Obmann Franz Steindl war zum einen intransparent, es war undemokratisch vorbereitet und es ist anscheinend ein widerrechtlich genehmigtes Projekt.

Man muss sich natürlich die Vorgeschichte hier genau ansehen, um dann dort hinzukommen, wo wir schlussendlich am Samstag angelangt sind beziehungsweise heute hier in der Diskussion stehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Frau Innenminister gab am Samstag überraschend bekannt, dass in der südburgenländischen Gemeinde Eberau ein Asylwerber Erstaufnahmezentrum errichtet werden soll.

Bei nicht einmal 1.000 Einwohner soll der Standort auf 300 Personen ausgerichtet sein. Wir wissen am heutigen Tage, dass Traiskirchen auf 400 aufzunehmende Personen ausgerichtet war. Wir wissen auch, wie viele jetzt permanent dort sind.

Diese Diskussion über die Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen im Süden Österreich hat sich in den letzten Monaten bereits zugespitzt.

Wie die Bundesländer Kärnten und Steiermark hat sich auch, und das ist auch jetzt ganz klar eine Aussage, die im Gegensatz zu den Aussagen von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl steht, auch das Burgenland, nämlich, von Anfang an, mit dem Landeshauptmann an der Spitze, vehement gegen derartige Pläne ausgesprochen. Das ist in vielen Zeitungsmeldungen und APA-Meldungen nachzulesen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Burgenländische Landesregierung hat im Dezember 2008 auf Antrag von Herrn Landesrat Dr. Peter Rezar auch einen Beschluss gefasst, wonach alle Überlegungen zur Errichtung einer Erstaufnahmestelle im Burgenland zu verwerfen sind.

Das Bundesministerium für Inneres hat daraufhin das Projekt unter fragwürdigen Gesichtspunkten neu angekurbelt beziehungsweise neu gestartet.

Es gab eine Standortsuche unter allen österreichischen Gemeinden, die vom BMI als eine Art Preisausschreiben dargestellt wurde.

Die überregionale Dimension dieses Vorhabens wurde auf diese Art verschleiert. Es wurde immer so getan, als handle es sich um eine rein kommunale Frage.

Es gab und es gibt keine Kommunikation mit den Ländern und keine Kommunikation mit den zuständigen Behörden, die offenbar vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollten.

Diese Vorgangsweise verstärkt den Eindruck, dass die Innenministerin nicht nur in der Sicherheitspolitik, sondern auch in der Asylpolitik heillos überfordert ist.

Sie wirft sich zwar sehr gerne mit harten Sprüchen in eine Law and Order Pose, in Wirklichkeit steht Fekter aber für Sicherheitsabbau und für Chaos im Asylbereich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Notwendigkeit einer dritten Asylwerber-Erstaufnahmestelle neben Traiskirchen und Thalham, wird mit einer Überlastung von Traiskirchen begründet.

Wir stellen auch diese Überlastung nicht in Abrede. Es sind aber die Gründe zu hinterfragen.

Faktum ist folgendes: Wenn man sich die Asylanträge der letzten Jahre ansieht, dann weiß man, dass die Asylanträge den Höhepunkt in den Jahren 2001 bis 2005 hatten und jetzt stark rückläufig sind.

2002 gab es in Österreich, zum Beispiel, über 39 Asylanträge. 2008 waren es 12.811. Grundsätzlich sind in den Asylwerber-Erstaufnahmestellen AsylwerberInnen während der ersten 20 Tage ab Einbringen des Asylantrages unterzubringen.

Danach sind sie entweder den Ländern in die Grundversorgung zuzuweisen, oder, wenn das Zulassungsverfahren zu einem derartigen Ergebnis kommt, in die Schubhaft beziehungsweise in das so genannte gelindere Mittel zu überstellen. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Diese Systematik wurde vom Innenministerium geschaffen, um die Asylproblematik in den Griff zu bekommen. Aber, weil die Frau Innenminister offenbar dazu nicht in der Lage ist, soll das Problem jetzt auf die Bundesländer abgeschoben werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Erstaufnahmestelle für AsylwerberInnen im Burgenland kommt für uns nicht in Frage. Dies vor allem aus zwei Gründen.

Der erste Grund ist: Das Burgenland hat seine Verpflichtungen aus der 15a Vereinbarung über die Grundversorgung von Asylwerbern stets eingehalten. Wenn andere Bundesländer dies auch getan hätten oder tun würden, dann wäre Traiskirchen längst entlastet. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Der zweite Grund ist: Die dörfliche kleinräumige Struktur des Burgenlandes muss hier ganz klar berücksichtigt werden. Asylwerber in den Gemeinden sind integrierbar, wenn die Relationen stimmen. Großeinrichtungen, wie eine Erstaufnahmestelle, sind bei uns aber absolut fehl am Platz.

Und das Burgenland ist durch die falsche Politik der Frau Innenminister im Sicherheitsbereich bereits nachhaltig negativ betroffen. Durch verdeckten Personalabbau bei der Exekutive ist ein Sicherheitsdefizit entstanden, das zu einem deutlichen Anstieg der Eigentumskriminalität geführt hat.

Nun sollen offenbar auch die Versäumnisse des Innenministeriums in der Asylpolitik auf das Burgenland abgewälzt werden. Die Frau Innenminister Fekter setzt sich mit ihrer Entscheidung, die an der Landesregierung, an den zuständigen Behörden und am Gemeinderat von Eberau vorbei getroffen wurden, über diese alle Bedenken hinweg.

Und mehr noch, die Innenministerin missachtet auch den Burgenländischen Landtag. Der Landtag hat nach Bekanntwerden der neuerlichen Standortsuche für ein Asylwerbererstaufnahmezentrum rasch reagiert.

Und das Land hat sich durch eine Änderung des Raumplanungsgesetzes, eben jetzt eine Steuerung sondern eine Vetofunktion, die wir mittels Initiativantrag eingebracht haben, der am 29.10. beschlossen wurde, gesichert. Denn es handelt sich hierbei eindeutig um eine überregionale Frage.

Wir haben damit eine neue Widmungskategorie für Bauten, die eine überörtliche Funktion haben, die in den bisherigen Widmungskategorien nicht einzuordnen sind, aber mit erheblichen Auswirkungen auf die soziale Struktur und die Siedlungsstruktur verbunden wären.

Für die Einrichtung einer Asylwerbererstaufnahmestelle wäre demnach ab 1. Jänner 2010 eine spezifische Umwidmung erforderlich, die der Zustimmung der Landesregierung bedarf. Auf Grund der vorgeschriebenen Verlautbarungsfrist tritt diese Änderung des Raumplanungsgesetzes erst mit Jänner 2010 in Kraft.

Die Innenministerin hat ihre Standortentscheidung aber so getroffen, dass diese Frist unterlaufen werden konnte, um noch die alte Rechtslage anzuwenden. Und, das ist besonders bemerkenswert und verwerflich, sie ist sogar stolz darauf, schneller gewesen zu sein, als der Burgenländische Landtag.

Das ist eine Brüskierung des Landtages. Das ist sicherlich einer Frau Innenministerin nicht würdig. Und das Zusammenwirken der Innenministerin Fekter mit Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl und dem Eberauer Bürgermeister ist ein Skandal der Sonderklasse.

Das (*Abg. Christian Sagartz, BA: Aber durch nichts belegbar.*) ist nicht nur undemokratisch, das ist auch arrogant und Burgenland feindlich. Und (*Abg. Christian Sagartz, BA: Nicht belegbar.*) deshalb war es notwendig, diesen Dringlichkeitsantrag heute einzubringen.

Denn hier muss eindeutig der Landtag mit einem diesbezüglichen Beschluss die Notbremse ziehen und diese Steindl - Fekter Aktion noch zu verhindern. (*Beifall bei der SPÖ*)

Zwei klare Anhaltspunkte gibt es hier aus meiner Sicht. Ich habe schon am Vormittag gesagt, nochmals, weil es aus meiner Sicht ganz eindeutig hier die Vorgehensweise der ÖVP zum Vorschein bringt.

Sein Monaten ist in den Medien spekuliert worden, dass sich eine burgenländische Gemeinde beim so genannten „Preisausschreiben“ des Innenministeriums für das Asylwerbererstaufnahmезentrum beworben hat.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Als Gemeindeferent wären Sie verpflichtet gewesen, sich aktiv beim Innenministerium zu informieren um dann tätig zu werden. Immerhin geht es für diese betreffenden Gemeinden um eine weitreichende Frage.

Es geht um die Frage der Infrastruktur. Es geht um die Frage der Kostenaufteilung und es geht auch darum, und das hat man jetzt gesehen, wie Sie darüberfahren, über die Menschen, es geht um die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl, wären auch im Lichte der Affäre Strem dazu verpflichtet gewesen. Immerhin haben Sie schon einmal zugelassen, dass eine südburgenländische Gemeinde in ein Debakel gelaufen ist.

Man stellt sich die Frage, wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter das nicht getan hat, ist ihm neuerlich ein grobes Aufsichtsversagen vorzuwerfen? Denn, dann haben Sie nicht nur Strem, sondern dann haben Sie auch Eberau auf dem Gewissen.

Es stellt sich die Frage, wenn Sie von Frau Innenministerin Fekter nicht informiert wurden, dann sind Sie als ÖVP Parteiohmann so bedeutungslos, dass Sie sogar Ihre eigenen Parteifreunde ignorieren.

Oder, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, war vorab informiert, und spielt jetzt der Bevölkerung, wo ich eigentlich sehr stark hin tendiere, die Unschuld vom Lande vor.

Egal was auch hier immer zutrifft, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, stellen Sie sich selbst die Frage ob Sie rückttritsreif sind? Denn ich stelle hier eindeutig fest, Sie schaden dem Burgenland und Sie schaden der Bevölkerung des Landes!

Ich behaupte, dass Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, alles gewusst haben, und sogar aktiv mitgewirkt haben, dass eben dieses Asylzentrum nach Eberau kommt.

Das heißt nicht nur, dass Sicherheitspolitik, auch in dieser sehr sensiblen Asylfrage, ist der Volkspartei offenbar das parteipolitische Kalkül wichtiger, als die burgenländischen Interessen.

Denn, ich komme zurück zu unserer Initiative Raumplanungsgesetz. Sie haben in den letzten Wochen keinen Versuch ausgelassen, um die Novelle des burgenländischen Raumplanungsgesetzes zu verhindern oder zu behindern.

Mit dieser Novelle haben wir versucht, dem Land Burgenland eine Steuerungsbeziehungsweise Vetofunktion für ein Asylnerstaufnahmezentrum zu verschaffen. Wenn ich repliziere, die Novelle wurde von der SPÖ in einem Initiativantrag eingebracht, und am 14. Oktober im Rechtsausschuss, und im 29. Oktober im Plenum behandelt. Beide Male gab es massive ÖVP Bremsmanöver. Das erste Bremsmanöver im Rechtsausschuss am 14.10.2009.

Wir, als SPÖ haben eine Zuweisung nach der Berichterstattung zum Landtag verlangt. Der Klubobmann Strommer stellte einen Vertagungsantrag, um einen Bundesländervergleich durchzuführen, der wo wir wissen, ja einiges an Zeit in Anspruch genommen hätte, und er wollte auch noch Beratungen mit Experten durchführen.

Bei der anschließenden Abstimmung, und auch hier müssen Sie Farbe bekennen, nämlich zum Abstimmungsergebnis, wurde Ihr Vertagungsantrag von uns abgelehnt und der Antrag des Berichterstatters, nämlich die Zuweisung zum Landtag und somit eine Beschlussfassung zu ermöglichen, nur mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Bremsmanöver zwei: Landtagssitzung am 29.10. Herr Kollege Radakovits! Sie haben einen Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuss gestellt. (*Abg. Leo Radakovits: Ja.*) Das heißt eindeutig und klar, Sie wollten diese Novelle nicht beschließen.

Und interessant ist Ihre Wortmeldung: Das burgenländische Raumplanungsgesetz steht wieder einmal zur Novellierung an - sagten Sie. Eine typische Anlassgesetzgebung, was auch im Ausschuss (*Abg. Leo Radakovits: Und wieder keine Begutachtung, keine Parteiengespräche geführt, eine „Drüberfahr-Politik“.*) von mir, von Ihnen bekrittelt wurde.

Bei der Sondergebietswidmung, Herr Kollege Radakovits, sagten (*Abg. Leo Radakovits: Ich muss sie ja schützen. Ich muss Ihnen ja sagen, wie Sie ein Gesetz machen sollen.*) Sie... (*Abg. Leo Radakovits: Das ist ja eine Schande, wie Sie ein Gesetz machen.*) grundsätzlich sagten Sie, ist (*Abg. Matthias Gelbmann zu Abg. Leo Radakovits: Das ist eine Schande was Sie sagen da drüben.*) es nicht üblich Sondergebiete zu widmen.

Ich wiederhole, bei der Sondergebietswidmung (*Abg. Leo Radakovits: Während meiner Rede sind Sie daraufgekommen, dass ich recht habe.*) sagten Sie, grundsätzlich ist es nicht üblich Sondergebiete zu widmen.

Herr Kollege Radakovits, auch Sie nehme ich in die Pflicht, und ich behaupte, auch Sie haben damals schon gewusst, warum Sie damals von Anlassgesetzgebung (*Zwischenruf des Abg. Leo Radakovits.*) gesprochen haben.

Sie haben nämlich genau gewusst, dass Sie dieses Gesetz vor Inkrafttreten unterlaufen (*Abg. Leo Radakovits: Keine Unterstellung!*) müssen. Sie (*Abg. Leo Radakovits: Das ist eine Unterstellung.*) sind genauso Handlanger der Steindl-ÖVP, der Frau Innenminister Fekter.

Sie, als Gemeindebundpräsident, sind mitverantwortlich, dass das was jetzt passiert ist, Faktum ist, Sie sind mitschuldig, (Abg. Leo Radakovits: *Nein, Ihre Schlamperei.*) Herr Kollege Radakovits! (Beifall bei der SPÖ – Abg. Leo Radakovits: *Das ist Ihre Schlamperei, sonst gar nichts.*)

Untransparent, intransparent, undemokratisch, Herr Kollege Radakovits, ist die Vorgangsweise des Innenministeriums. Diese Vorgehensweise hier ein Asylerrstaufnahmezentrum in Eberau zu errichten, dass ist einer Frau Innenminister unwürdig.

Darüber hinaus ist auch die rechtliche Gültigkeit für den vom Bürgermeister erlassenen Baubescheid genauestens zu überprüfen. Bislang ist noch einiges bekannt. Eigentlich hat die Gemeinde Eberau ohne die eigentlichen Pläne bekannt zugeben, für das betreffende Grundstück eine Umwidmung zum Aufschließungsgebiet geschäftswidrig beantragt. (Abg. Norbert Sulyok: *Wer hat das genehmigt?*)

Dort gab es die Ablehnung, Herr Kollege. Sie haben wieder nicht aufgepasst am Vormittag. Von der Raumplanung abgelehnt, stattdessen kam es zu einer Umwidmung in Bauland, gemischtes Baugebiet. Und was darf auf solchen Flächen gebaut werden?

Laut § 14 Abs.3 lit.f Burgenländisches Raumplanungsgesetz, nur Wohngebäude, beziehungsweise dürfen nur Gebäude und Anlagen errichtet werden, die überwiegend den wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen, und keine das örtliche zumutbare Maß übersteigende Gefährdung oder Belästigung der Nachbarn oder eine übermäßige Belastung des Straßenverkehrs verursachen.

Jetzt frage ich Sie, glauben Sie, dass diese Widmung diesem Ansinnen des Bürgermeisters, diesem Ansinnen der Steindl-ÖVP und der Frau Innenminister Fekter entspricht?

Wenn Sie die Meldungen der letzten Tage verfolgt haben, dann wäre es jetzt sehr reizvoll viele Artikel aus Zeitungen zu zitieren, die uns allesamt unterstützend recht geben. Deshalb auch dieser Dringlichkeitsantrag mit der Volksbefragung.

Flüchtlingslager im Burgenland, das Volk muss befragt werden. Wer an ein Flüchtlingslager denkt, dem kommen Bilder, wie das von Traiskirchen in Niederösterreich in den Sinn. Jetzt soll zur Entlastung von Traiskirchen ein neues Flüchtlingslager im Südburgenland entstehen.

Kritisiert wird die Aussage der ÖVP Innenministerin Fekter von: Wir waren schneller als die Verhinderer. Das heißt aber auch, schneller als die Menschen, die dort wohnen, und jetzt ausbaden sollen, was man ihnen ungefragt, von oben herab diktieren will. Zitat: Peter Gnam – „Kronenzeitung“.

Das können Sie nachlesen, das ist die Meinung auch von Redakteuren namhafter Zeitungen, die zweifelsohne auch das ausdrücken, wie das Volk denkt. Und schlussendlich sagt er: So wird das nicht gehen, Frau Minister, so kann man nicht mit Leuten umgehen.

Und auch die „Kronenzeitung“, die dies ganz klar als politische Aktion der Steindl-ÖVP analysiert, warum ausgerechnet die Burgenländer und nicht die Steirer oder Kärntner zum Handkuss gekommen sind. Dies hat handfeste Gründe.

Sowohl im Burgenland als auch in der Steiermark finden bekanntlich im kommenden Jahr Landtagswahlen statt. Im Burgenland hat die Landes-ÖVP so gut wie keine Chancen, den beliebten SPÖ-Landeshauptmann Niessl vom Thron zu stürzen.

Das mag mit ein Grund gewesen sein, dass sich die ÖVP-Spitze für das Burgenland als Standort für das Flüchtlingslager entschieden hat.

Hier wird ganz klar analysiert, dass wahlpolitische Überlegungen hier an der Tagesordnung stehen und hier ganz klar Schwarz-Blau in Aussicht gestellt wird. Wenn man der SPÖ schadet, dann hilft man Blau und somit gehen sich Mehrheiten jenseits der SPÖ aus.

Das ist das Ansinnen der Steindl ÖVP und hier ist anscheinend jedes Mittel recht.

Aber wir haben ja mit Eberau schon so unsere Erfahrungen. Und wir haben ja auch oft hinterfragt, wie ist es wirklich in Eberau bis zum heutigen Tage, auch mit den ganzen Meldungen zum Thema „Privatschule“ zugegangen und wie geht es dort zu?

Und wenn man den Meldungen die kursieren Glauben schenken darf, dann gibt es schon wieder etwas, was die Staatsanwaltschaft vielleicht in weiter Folge interessieren muss und berühren wird.

Es gibt anscheinend von der Korruptionsabteilung schon jetzt Voruntersuchungen wegen Verstoßes gegen das Meldegesetz, gegen den Kollegen Temmel, gegen den Bürgermeister Strobl, gegen den Bürgermeister Wachter. (*Abg. Johann Tschürtz: Aha. – Abg. Christian Sagartz, BA: Was Sie alles wissen.*)

Man wird sehen, ob auch diese Behauptungen, die vom Ministerium, von (*Abg. Christian Sagartz, BA: Sie haben einen direkten Draht.*) der Sicherheitsdirektion gekommen sind, auch der Wahrheit entsprechen und wir sind gespannt, ob auch hier ein Verstoß gegen ein Gesetz getätigt wurde.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich doch viele Vorgehensweisen vergleichen. (*Abg. Leo Radakovits: Vernaderung, das kennen wir schon.*) Hier im Hohen Hause, und ich darf ja dieses eine Wort nicht mehr sagen, jetzt sage ich, wurden wir des Öfteren mit Aussagen konfrontiert, die der Wahrheit nicht entsprochen haben.

Bis eben der Landes-Rechnungshof die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hat, wurden wir immer hier als diejenigen, nämlich die SPÖ bezeichnet, die hier falsche Behauptungen aufstellt. Ich spreche jetzt von der Causa Strem.

Wir wurden hier heute am Vormittag auch wieder mit Unwahrheiten konfrontiert, die - und auch das wage ich zu behaupten - in weiterer Folge sich als solche herausstellen werden und beweisen lassen werden.

Wenn wir die Vorgehensweisen in vielen anderen Bereichen untersuchen und uns zu Gemüte führen, dann wissen wir, dass es ein Sittenbild der ÖVP ist, wie hier Politik gemacht wird. Politik aus parteipolitischen Überlegungen. Politik, die Burgenländerfeindlich nicht sein kann, die gegen die Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer gerichtet ist.

Deshalb ist es heute notwendig, diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen und zu beschließen. Und man wird sehen, wer diesem Ansinnen, diesem Antrag im Sinne der burgenländischen Bevölkerung entspricht und hier mit stimmt.

Nämlich, da es von Seiten des BMI keinerlei Versuche gegeben hat, für einen transparenten und alle zuständigen Stellen einbeziehenden Entscheidungsprozess zu sorgen, mit uns gemeinsam sich dafür energisch einsetzt, dass alle - und das ist Teil dieses Antrages - weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte für dieses Projekt sofort gestoppt werden.

Wir werden sehen und wir wollen natürlich auch die Landesregierung auffordern, den vom Bürgermeister erlassenen Baubescheid genauestens zu prüfen. Und falls dieser Bescheid im Widerspruch zur geltenden Flächenwidmung steht, was man mittlerweile zu fast hundertprozentiger Sicherheit weiß, ist er von der Landesregierung unverzüglich für nichtig zu erklären.

Der Herr Landeshauptmann hat das heute schon angekündigt und in die Umsetzung gebracht. Des Weiteren kann eine so weit reichende Entscheidung nicht getroffen werden ohne die Bürgerinnen und Bürger der gesamten betroffenen Region Südburgenland einzubinden.

Deshalb fordern wir auch in diesem Dringlichkeitsantrag die Landesregierung auf, umgehend eine Volksbefragung in den Bezirken Güssing, Jennersdorf und Oberwart anzuordnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lade Sie ein, diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu erteilen. Mit uns gemeinsam für die Interessen der Menschen im Südburgenland, für die Interessen der Menschen im Burgenland zu stimmen und gegen die abgehobene Politik der Frau Innerministerin und der parteipolitischen Vorgehensweise der Steindl-ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich darf dem Landtag etwas mitteilen, was mir vor kurzem mündlich berichtet wurde.

Vielleicht zur Vorgeschichte: Ich habe gestern, als politisch zuständiger Referent, der Baurechtsbehörde, der Oberbaubehörde einen Auftrag erteilt. Ich darf ihn vorlesen, nämlich:

Hiermit erteile ich im Zusammenhang mit dem Bauverfahren, betreffend die Errichtung eines Erstaufnahmezentrums für Asylwerber in Eberau, an die Baurechtsoberbehörde den Auftrag, sofort an die Bezirkshauptmannschaft Güssing als Aufsichtsbehörde den Auftrag zu erteilen, den Bezug habenden Bauakt der Gemeinde Eberau unverzüglich auf Mängel zu überprüfen, die eine Nichtigkeitserklärung des Bescheides ermöglichen. *(Abg. Ewald Gossy: Das ist schon erledigt.)*

Insbesondere ist auch die Frage zu überprüfen *(Abg. Ewald Gossy: Das ist schon erledigt.)* - Moment, Moment, Moment! *(Abg. Leo Radakovits: Baubehörde ist der Landeshauptmann.)*

Insbesondere ist auch die Frage zu überprüfen, ob in dem Verfahren nicht das öffentliche Gut als Land übergangen wurde. Ein Bericht über die vorgenommene Prüfung ist unverzüglich an mich zu übermitteln.

Es kam dann heute mündlich und auch jetzt schriftlich folgendes an mich zurück, nämlich es wurde der Bauakt angesehen und von der Oberbaubehörde an die Bezirkshauptmannschaft Güssing, an den Bezirkshauptmann, wurde Folgendes mitgeteilt:

Bezug nehmend auf das baubehördliche Bewilligungsverfahren, betreffend das Erstaufnahmezentrum für Asylwerber in Eberau, ergeht der Auftrag an die Bezirkshauptmannschaft Güssing als zuständige Aufsichtsbehörde, dem Telefongespräch

von heute Morgen entsprechend das Bauverfahren, sowie den Baubewilligungsbescheid der Gemeinde Eberau für eine Erstaufnahmestelle für Asylwerber aufsichtsbehördlich auf Gesetzesverletzungen, des Vorliegen von Nichtigkeitsgründen im Sinne des § 33 Burgenländisches Baugesetz zu prüfen, sowie den Baubewilligungsbescheid für nichtig zu erklären.

Wir haben entdeckt, dass im Zuge des baurechtlichen Verfahrens, der Herr Umweltschutzanwalt nicht zur Bauverhandlung eingeladen wurde. Dieser ist aber Kraft Gesetz Partei des Verfahrens und wurde somit nicht ordnungsgemäß eingebunden.

Ich erkläre hiermit, mit der Nichtigkeitserklärung ist der Bescheid gegenstandslos und das Erstaufnahmezentrum vorerst gestoppt. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bravo. – Abg. Christian Sagartz, BA: Bravo - Abg. Anna Schlaffer: Was sind Ihre weiteren Schritte? – Abg. Ewald Gossy: Was sind die weiteren Schritte?)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Josko Vlasich zu Wort gemeldet.

(Abg. Anna Schlaffer: Was sind Ihre weiteren Schritte? Was passiert mit dem Bürgermeister, mit seinem Amtsmisbrauch? – Abg. Ewald Gossy: Was passiert mit der Fekter? Die Fekter soll zurücktreten. – Abg. Anna Schlaffer: Das haben Sie selbst nachgewiesen. – Abg. Doris Prohaska: Nachgewiesener Weihnachtsfriede. – Abg. Anna Schlaffer: Sie selbst haben es nachgewiesen, dass der Bürgermeister Amtsmisbrauch begangen hat. – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen) Bitte Herr Abgeordneter.

(Abg. Anna Schlaffer: Jetzt erwarte ich Ihre nächsten Schritte. - Abg. Leo Radakovits: Das ist kein Amtsmisbrauch, also so was. – Abg. Anna Schlaffer: Auch Sie als Gemeindebundpräsident haben hier zu handeln.)

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Poštovani Predsjedniče! Poštovane poslanice i poslaniki u zemaljski sabor! Meine Damen und Herren, ich bitte um weniger Aufregung. *(Abg. Ewald Gossy: Wir regen uns eh nicht wegen Dir auf. – Abg. Anna Schlaffer: Zu Dir sagen wir eh nichts.)*

Sie haben gesehen und gehört, dass Ihr dringlicher Antrag jetzt sozusagen sogar Früchte trägt, noch bevor wir die Sache jetzt ausdiskutiert haben. Vergangenes Wochenende hat die menschenfeindliche und Menschenrechte missachtende Politik der Innenministerin auch das Burgenland erreicht.

In einer Nacht- und Nebelaktion, eingehüllt in eine konspirative Decke mit dem dortigen Bürgermeister, haben die beiden ohne irgendeine Vorabinformation der Bürger, der Bevölkerung, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen die Errichtung eines Flüchtlingsaufnahmезentrums in Eberau angekündigt.

Meine verehrten Damen und Herren! Die burgenländische Bevölkerung hat ihre Haltung gegenüber Flüchtlingen und notleidenden Personen schon oft unter Beweis gestellt. Die Burgenländer und Burgenländerinnen wissen was es heißt, Not zu leiden, ja sogar was es heißt, auswandern zu müssen.

Diese Erfahrung hat uns sensibel gemacht gegenüber Hilfesuchenden, Not leidenden Menschen. Das lassen wir uns nicht nehmen. Die Burgenländer und Burgenländerinnen sind tolerant.

Wir sind aber nicht dumm, Frau Innenministerin. Wir lassen uns von Ihnen und von der ÖVP in einer so sensiblen Angelegenheit nicht austricksen und die Zunge zeigen.

Die Innenministerin verschärft die Gangweise gegenüber den Flüchtlingen und Fremden in Österreich von Jahr zu Jahr und braucht sich daher dann nicht zu wundern, wenn die Bevölkerung in dieser Angelegenheit verunsichert und verängstigt wirkt.

Ein Erstaufnahmezentrum in eine Gemeinde zu setzen, ohne die Bevölkerung vorher ausreichend und rechtzeitig zu informieren, ist undemokratisch und nimmt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit sich aktiv in diese Angelegenheit einzubringen.

Das beste Beispiel und die beste Antwort auf dieses unmögliche Vorgehen der Innenministerin, samt dem ÖVP-Bürgermeister, hat uns gestern die Gemeinde Vordernberg in der Steiermark gezeigt. Dort soll ein Schubhaftzentrum errichtet werden, auch keine Kleinigkeit.

Dort werden Flüchtlinge festgehalten, wie Sie wissen, die entweder in ihre Heimat abgeschoben werden sollen oder in ein anderes EU-Land, ein Erstaufnahmeland, zurück geschickt.

Was hat der Bürgermeister gemacht? Er hat die Bevölkerung eingebunden, hat die notwendigen Informationen weiter gegeben, hat sich der Diskussion offen gestellt, mit den Einwohnern und Einwohnerinnen diskutiert und darüber befragt.

Und siehe da, die Bevölkerung hat positiv entschieden. Mehr als 60 Prozent der Vordernbergerinnen und Vordernberger haben sich dafür ausgesprochen, dieses Schubhaftzentrum errichten zu wollen, weil sie aufgrund der rechtzeitigen Information keine Angst mehr hatten.

Niemand, der gut informiert ist, fürchtet sich vor Flüchtlingen. *(Abg. Willibald Stacherl. Aber Josko das ist ein Unterschied. Wir haben ja in Eisenstadt auch ein Schubhaftzentrum. Ja, es ist sicherlich ein Schubhaftzentrum (Abg. Willibald Stacherl: Das ist ein Unterschied. Das sind zwei verschiedene Dinge, glaube ich.)* mit einem Erstaufnahmezentrum nicht zu vergleichen, keine Frage.

Ich spreche ja nicht das Wort dem Erstaufnahmezentrum in Eberau. Wenn Ihr genau zuhört, das wird auch von uns abgelehnt, diese Vorgangsweise können und wollen wir nicht hinnehmen. Das geht so nicht.

Bei uns im Burgenland ist wegen dieser überfallsartigen Vorgangsweise, Herr Kollege, und der unverantwortlichen Vorgangsweise des Bürgermeisters nun eine sehr, sehr feinfühligere Vorgangsweise zu wählen, meiner Ansicht nach.

Denn, wenn jetzt manche Parteien zum Thema Asyl in den Wahlkampf ziehen, möglicherweise und wenn wir jetzt hier eine Volksbefragung in dieser Angelegenheit verlangen, wenn Sie es verlangen, denn ich verlange es ja nicht, ich fürchte, dass wir damit dem Burgenland auch keinen guten Dienst erweisen.

Daher ersuche ich den Herrn Landeshauptmann, vor der Festlegung einer Befragung die Rechtmäßigkeit genau prüfen zu lassen. Wir haben vorhin jetzt gehört, dass die Rechtmäßigkeit schon aufgrund dessen nicht vorliegt, weil der Umweltschutz nicht eingebunden war.

Übrigens, der Umweltschutz ist eine Erfindung der Grünen – das möchte ich nur hinzufügen.

Wenn also das wahr ist, dass hier falsch und unkorrekt gehandelt wurde, dann wird dieser Bau sowieso gestoppt. Und wie wir auch gehört haben, ist er schon gestoppt. Somit ist - denke ich - alles Andere was in Richtung Volksbefragung et cetera geht, wirklich nicht Ziel führend und ebenfalls meiner Ansicht nach rückgängig zu machen.

Aber zurück zur Asylpolitik der Frau Ministerin Fekter und der ÖVP. Seit Jahren verfolgen die ÖVP-Innenminister und Innenministerinnen nichts anderes, als im Bereich der Asylpolitik der fremdenfeindlichen Freiheitlichen Partei Österreichs, der FPÖ, den rechten Rang abspenstig zu machen.

Asylwerberinnen und Asylwerber, notleidende Flüchtlinge werden als Kriminelle bezeichnet, als unglaubwürdig und asozial abgestempelt.

Frau Innenministerin! Sie tragen für die Vergiftung des Klimas und der Spaltung der Bevölkerung in diesen Fragen betreffend Asylwerberinnen und Asylwerber die Verantwortung.

Denn so ein sensibles Thema wie die Asylpolitik in Österreich so gegen die Wand zu fahren, das ist mehr als dilettantisch und wirft auch kein gutes Bild auf unser Land.

Meine Damen und Herren! Was wir jetzt brauchen ist ein kühler Kopf und eine sensible Vorgangsweise beim Thema Asylpolitik. Denn es geht hier nicht um ein lokales Thema, es geht um die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention, der auch die Österreicher und Österreicherinnen verpflichtet sind. Daher gilt es nun, Wege zu suchen, wie man dieser Flüchtlingskonvention entsprechen kann.

Eines oder auch mehrere Aufnahmezentren für Österreich sind noch notwendig. Traiskirchen ist überfüllt und wenn derzeit weit weniger Flüchtlinge um Asyl ansuchen als vor einigen Jahren, so muss trotzdem das Traiskirchener Aufnahmezentrum entlastet werden.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, endlich entsprechende Maßnahmen zu setzen, die eine transparente und bürgerinnen- und bürgernahe Informationspolitik der Bevölkerung vor der Errichtung von Erstaufnahmezentren ermöglichen. Nur so kann einer rechtspopulistischen Stimmungsmache entgegen gearbeitet werden.

Das Innenministerium hat seine Vorgangsweise bei der Auswahl der Gemeinden grundlegend zu überdenken. Im Vorfeld sind öffentliche Informationsveranstaltungen abzuhalten, die sowohl die Bevölkerung vor Ort, als auch die Gemeinde- und Landespolitiker und -politikerinnen einbinden müssen, und zwar aktiv und mit dem Recht auf Mitgestaltung.

Weiters ist darauf zu achten, dass mit einem Erstaufnahmezentrum nicht nur die Minimalvariante, also die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen wird, sondern auch eine entsprechende Infrastruktur mit einer umfassenden Flüchtlingsbetreuung und unabhängigen Rechtsberatung und mit einer psychosozialen Betreuung der Flüchtlinge.

Nur so werden wir von der emotional geführten und von dubiosen Ängsten getragenen Diskussion, in eine menschenwürdige und menschenachtende Flüchtlingspolitik eintreten können.

Meine Damen und Herren! Das Burgenland ist nun im Blickpunkt nationaler und internationaler Beobachter. Ich bitte Sie alle, jetzt zu zeigen, was wir hier im Burgenland unter einer toleranten und offenen Gesellschaft verstehen:

- Respekt vor anderen Kulturen.
- Achtung demokratischer Spielregeln.
- Einbindung der Bevölkerung durch nachhaltige Information und
- Hilfestellung für Jene, die Not leiden und die verfolgt werden.

Da wir die Vorgangsweise der Frau Ministerin Fekter betreffend Eberau nicht gut heißen können und zurückweisen, das ist das Eine.

Wir sollten dabei aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wenn sich die Bevölkerung und der Gemeinderat einer Gemeinde, sei es welche auch immer, ja, für ein Erstaufnahmezentrum entscheiden, nachdem sie alle Für und Wider, so wie die Vordernberger, abgewogen und geprüft haben, dann sollten wir auch nicht blind gegen so ein Erstaufnahmezentrum hier vorgehen.

Wir haben heute gehört, dass sich auch Minister Darabos dafür ausgesprochen hat, prinzipiell ein Erstaufnahmezentrum errichten zu wollen, zu müssen. Also das heißt, wir brauchen eines, hat auch der Minister Darabos gesagt.

Das können wir auch hier nicht leugnen. Die Frage stellt sich nur, wie wir mit diesem Thema umgehen.

Sie können hier auf Hardliner-Politik machen und eine Volksbefragung jetzt im Südburgenland ansetzen. Ich glaube, das Ergebnis können wir... *(Abg. Christian Illedits: Das ist Hardliner-Politik!)*

Moment noch, lassen Sie mich das noch ausführen!

Das Ergebnis, das herauskommt, ist ganz klar. Das ist Hardliner-Politik. Eine Befragung über völkerrechtliche Fragen bei einer überregionalen Befragung, also, ich denke, das ist keine Frage, das habe ich gesagt.

Einbindung, mir ist das Südburgenland als Befragungszone zu groß. *(Abg. Christian Illedits: Das betrifft aber schon viele!)*

Ist klar, aber ich denke, das könnte man auch auf eine Region beschränken und nicht auf große Teile. *(Abg. Christian Illedits: Das Südburgenland ist eine Region!)* Das betrifft in dem Fall ganz konkret den Bezirk Güssing, würde ich meinen. Ich weiß nicht, ob zum Beispiel ein Pinkafelder betroffen ist, wenn in Eberau eine Entscheidung fällt.

Also, ich denke, damit sollten wir wirklich vorsichtig umgehen, Herr Kollege. Das ist eine völkerrechtliche Verpflichtung, zu der sich auch Österreich verpflichtet. Damit sollten wir nicht so oberflächlich umgehen.

Also, meiner Ansicht nach, geht es darum, wir sollten nicht den Ruf des Burgenlandes, Herr Kollege, auf das Spiel setzen. Ich habe es vorher schon gesagt, wir haben einen guten Ruf. Wir haben den Ruf, eine offene und tolerante Bevölkerung zu haben.

Schließlich geht es auch darum, diesen Ruf nicht aufs Spiel zu setzen. Denn ich denke, dass es eine sehr sensible und auch sehr verantwortungsvolle Vorgangsweise ist, die wir hier wählen sollten.

Daher bringe ich einen Abänderungsantrag ein. Der Abänderungsantrag ist den Klubs zugegangen. Ich werde daher nur die Beschlussformel vorlesen.

In dem Abänderungsantrag geht es darum, zu zeigen, dass es nicht darum geht, einer Bevölkerung, einer Region, ein Erstaufnahmezentrum sozusagen hineinzudrücken, sondern es geht darum, gute Information zu liefern. Mit den Leuten darüber zu sprechen, Für und Wider abzuwägen und dann erst eine Entscheidung zu treffen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, angesichts der aktuellen Kontroverse um die geplante Errichtung eines Erstaufnahmezentrums in Eberau im Südburgenland, welche vom Innenministerium durch die mangelnde Vorabinformation und die Irreführung der Eberauer Bevölkerung und PolitikerInnen, sowie fehlender Kommunikation und

Einbindung der Bevölkerung verursacht wurde, umgehend folgende Maßnahmen zu setzen:

1. stellvertretend für alle Bundesländer eine transparente und bürgerInnennahe Informationspolitik der Innenministerin betreffend der Errichtung von Erstaufnahmezentren einzufordern, um damit das Verständnis der BürgerInnen für diese Einrichtungen zu fördern und rechtspopulistische Stimmungsmache vorzugreifen;
2. die Innenministerin nachdrücklich aufzufordern, ihre bisherige Vorgehensweise bei der Auswahl der Gemeinden und bei der Planung der Erstaufnahmezentren grundlegend zu überdenken und bürgerInnennahe und nachhaltig zu gestalten. So sind im Vorfeld der Auswahl öffentliche Informationsveranstaltungen abzuhalten; LandespolitikerInnen und GemeinderätInnen sind in Vorberatungen zu der Auswahl der Gemeinde hinzuzuziehen und aktiv in die Planung des Erstaufnahmezentrums einzubinden. Den BürgerInnen der ausgewählten Gemeinde ist nach Möglichkeit bei der Planung des Zentrums ein Mitgestaltungsrecht einzuräumen.
3. sich für eine menschengerechte und somit nachhaltige Planung und Infrastruktur des Erstaufnahmezentrums einzusetzen, indem nicht mit der absoluten Minimalvariante eines Erstaufnahmezentrums - reine Unterbringung von AsylwerberInnen - vorlieb genommen wird, sondern von dem Bundesministerium für Inneres auch die entsprechende Infrastruktur für eine umfassende Flüchtlingsbetreuung, unabhängige Rechtsberatung und psychosoziale Betreuung einzufordern. Das Erstaufnahmezentrum sollte für die OrtsbewohnerInnen und untergebrachten AsylwerberInnen gleichermaßen frei zugänglich sein. Dies, da nur eine durchdachte Infrastruktur und eine bedürfnisorientierte Betreuung von AsylwerberInnen einen menschengerechten Umgang und somit auch ein harmonisches Zusammenleben gewährleisten.

Ich bitte Sie, unserem Abänderungsantrag zu folgen, dem zuzustimmen, denn das ist, denke ich, einer, mit dem wir uns vor den Burgenländerinnen und Burgenländern und vor der ganzen Welt verantworten können. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen – Abg. Mag. Josko Vlasich übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Ich stelle daher gem. § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die weiteren Verhandlungen miteinbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Wenn man von menschenverachtender Politik und von Ängsten spricht, dann, glaube ich, hat man die Realität nicht erkannt. Dann versucht man, die Realität wegzuschieben.

Denn tolerant sein, heißt nicht nur, tolerant sein aus österreichischer oder aus burgenländischer Sicht, sondern tolerant sein heißt, auch aus jeglicher Sicht. Das heißt, auch diejenigen, die nach Österreich oder ins Burgenland kommen, haben tolerant zu sein, haben sich anzupassen, haben unsere Wertegemeinschaft zu akzeptieren. Das ist eigentlich die Quintessenz.

Wenn heute die Grünen immer von menschenverachtender Politik sprechen, dann sage ich schon eines, man darf nicht vergessen, dass die Grünen solche Hauptforderungen haben, die für mich total unverständlich sind. Ich meine, es ist okay, wenn sie natürlich dafür stehen, dann ist es okay.

Aber Forderungen, wie Häftlinge vorzeitig entlassen, oder wenn die Grünen, der Abgeordnete Vlasich hat das letzte Mal hier gesagt, ein strengeres Asylrecht nur über meine Leiche. Das hat er in einer Landtagssitzung gesagt. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Zu dem stehe ich, ja!)* Zu dem steht er auch.

Das muss man sich einmal vorstellen! Das heißt, hier gibt es eine Politik, die na ja, okay, soll so sein, aber das ist nicht Heimatpolitik. *(Abg. Mag. Josko Vlasich:... die können sich sehen lassen. Das Österreichische ist menschenverachtend!)*

Das ist nicht Heimatschutzpolitik. Das hat mit Heimat nichts mehr zu tun, sondern das hat mit Heimatausverkauf etwas zu tun. Das wollen wir nicht, das wollen wir nicht! Auch wenn die Grünen sagen, Muttersprache muss nicht immer Deutsch sein, die Lehrer sollen sogar in den verschiedenen Sprachen unterrichten.

Ich sage Ihnen, Herr Abgeordneter Vlasich, Ihr könnt multikulturell überall leben, Sie können sich einen Wohnsitz nehmen in verschiedenen Ländern. Dann fahren Sie überall hin, dann plaudern Sie mit allen, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das Burgenland ist multikulturell!)* aber lassen Sie doch das Heimatland Burgenland in unserer Hand und nicht in einer anderen Hand.

Das ist mir ganz besonders wichtig. *(Beifall bei der FPÖ)*

Auch, ja ich weiß schon, eine Hauptforderung der Grünen ist auch, dass man das auch noch weiß, das ist das Wahlrecht für Ausländer. Das heißt, in Wahrheit können wir, wenn es nach den Grünen geht, alle Tore und Türen aufmachen und wir können sagen, kommt alle, wir lieben euch alle. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Wo haben Sie das denn her?)*

Toleranz soll *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das stimmt nicht! Das ist eine unwahre Behauptung!)* es nicht nur auf einer Seite, sondern auch auf der anderen Seite geben. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Dummheiten!)*

Dass Ihr natürlich auch den Spritpreis auf zwei Euro erhöhen wollt und das Geld für ökologische Maßnahmen nehmen wollt, ist auch Euer Problem. Aber das soll so sein. Das ist die Politik der Grünen. Das ist okay so. Wenn Ihr diese Einstellung habt, dann soll es wirklich so sein. Das ist auch nicht mein Problem, das irgendwie anders zu argumentieren. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Sie hetzen die Menschen auf!)*

Aber zum heutigen Dringlichkeitsantrag. Anscheinend, wie ich gehört habe, ist dieses Erstaufnahmezentrum jetzt somit eingestellt. Es gibt jetzt schon Gerüchte, wonach es schon eine Einstellung gibt. Das heißt, es ist schon abgebrochen. Wir werden das wahrscheinlich noch im Laufe der Sitzung hören. Das heißt, das Erstaufnahmezentrum wird es nicht geben.

Wie diese Formulierung genau ausschauen wird und wer jetzt federführend war, darauf bin ich selber gespannt. Faktum ist, wenn es zu einer Volksbefragung kommt oder gekommen wäre - nachdem es ja eingestellt ist, wird es keine Volksbefragung mehr

geben, glaube ich -, dann wäre natürlich die Freiheitliche Partei selbstverständlich hinter dieser Volksbefragung gestanden.

Denn warum, Herr Kollege Vlasich, warum soll das Volk nicht befragt werden? Dass müssen Sie wirklich einmal jemanden erklären. Warum nehmen Sie sich heraus, das Volk nicht zu fragen und ein Erstaufnahmezentrum zu errichten? (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Weil es völkerrechtliche Verbindungen gibt!*) Das mache ich Ihnen schon zum Vorwurf. Das ist doch wirklich, das ist eine Politik, die komplett weg von der Realität ist.

Das wollen wir nicht. Das heißt, wenn es zu einer Volksbefragung kommen wird oder gekommen wäre, dann werden wir selbstverständlich diese Volksbefragung unterstützen. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber wir werden eines machen, wir werden eine Petition seitens der Freiheitlichen Partei, eine Petition im Zuge des Wahlkampfes verabschieden, nicht verabschieden, sondern eine Petition im Zuge des Wahlkampfes verwenden, wo wir auch Unterschriften sammeln.

Und zwar wird es darum gehen, dass es absolut kein Asylaufnahmezentrum im Burgenland geben wird. Ob das jetzt Eberau ist oder ein anderer Standort gefunden wird. Wir wollen das einfach nicht. Das Burgenland ist zu klein. Das Burgenland befindet sich auch an der Grenze. Das Burgenland hat kleine Ortschaften. Da kann es nicht sein, dass eine Ortschaft mit 1.000 Einwohnern dann ein Erstaufnahmezentrum hat mit 800-900 Asylanten.

Wir wissen ganz genau, dass in Traiskirchen täglich 100 Essen weggeschmissen werden müssen. 100 Essen werden weggeschmissen, (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Das ist ja nicht wahr!*) weil es natürlich immer wieder nicht die Möglichkeit gibt zu (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Wahrscheinlich sind das keine Schweinefleischesser!*) überschauen, wer gerade im Erstaufnahmezentrum ist.

Das ist so. Manchmal sind 1.200 dort, manchmal sind nur 600 dort, 500 sind irgendwann einmal in Oberösterreich, die anderen 300 Asylanten kommen irgendwann. Das heißt, das ist nicht überschaubar. Die leben einfach dort und leben wie sie wollen. Sie bekommen ja alles umsonst.

Aber wenn man heute einen armen Burgenländer anschaut, 40.000 Pendler, 20.000 armutsgefährdete Personen, wer hilft denn unseren armutsgefährdeten Personen? Wer hilft denn unseren armutsgefährdeten Personen? Das heißt, wir müssen zuerst auf unser Heimatland Burgenland sehen. Unser Heimatland Burgenland hat den Vorrang. Dann können wir uns auch um andere Personen kümmern, die Unterstützung brauchen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Das sollte unser vorrangiges Ziel sein. Ich sage ja nicht, dass wir niemanden unterstützen sollen. Das sage ich gar nicht. Wir alle wissen, dass die Grundversorgung beschlossen ist. (*Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Dass in der Grundversorgung verschiedene Dinge verankert sind, wie Bekleidungsgeld, wie dass man Unterkunft bekommen muss, dass jeder Asylant selbstverständlich versorgt werden muss. Okay, das soll so sein.

Aber wir müssen auch daran gehen, natürlich auch eine gerade Linie zu haben und nicht irgendwo, ich sage einmal, den Suppentopf aufzumachen und dass jeder dann, mehr oder weniger, etwas abbekommt, aber nur wir selbst nicht mehr.

Das soll es nicht sein. Das ist eine politische Ausrichtung, von der wir uns auch nicht wegbringen lassen. Das wird unser Ziel auch weiterhin sein.

Wir müssen auch dafür schauen, dass wir absolut mehr Sicherheit für das Burgenland garantieren können. Es darf auch nicht so sein, wenn man den Spieß

vielleicht umdreht, dass alle Gutmenschen nur dann immer zu Gutmenschen werden, wenn es ihnen gerade Recht ist.

Denn, wenn jemand so massiv gegen diese Politik wettet, dann soll sich von mir aus jeder Grüne, oder jeder Linkslinke einen Asylanten daheim aufnehmen. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Das könnte man vielleicht sogar fördern.

Man könnte seitens des Landes sagen, okay, wer zwei Asylanten nimmt, bekommt so und so viel Förderung. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Dafür sind nicht die Linkslinken zuständig, sondern die Republik Österreich!*) Da könnte ich zum Beispiel vorschlagen, dass jeder Grüne zwei Asylanten aufnimmt, hätte ich überhaupt kein Problem nicht.

Aber Faktum ist natürlich, wir werden in der Petition auch die Rolle der SPÖ und der ÖVP aufzeigen. Das werden wir absolut aufzeigen.

Diese Bevölkerungstäuscherei, diese Politik der Scheinheiligkeit in der SPÖ und ÖVP. Da wird gestritten, da wird gestritten bis zum Umfallen. Man hört gar nicht mehr auf zu streiten. (*Abg. Christian Illedits: Wenn sie es sich gefallen lassen!*) Streit, Streit weit und breit. Man hört gar nicht mehr auf zu streiten.

Das heißt, es ist gar nicht mehr möglich, seitens der Regierung eine Arbeit für das Burgenland zu leisten. Es ist nur mehr sehr, sehr schwer möglich, weil egal welches Thema auch immer, ist Streitthema.

Das kann es nicht sein. Es kann doch nicht sein, dass diese Zwangsehe dazu führt, dass das Burgenland handlungsunfähig wird. Das kann es nicht sein. Deshalb wird es auch sehr, sehr wichtig sein, dass auch der Bereich Sicherheit - und der steht im ursächlichen Zusammenhang mit diesem Erstaufnahmezentrum - endlich einen Zusammenschluss vieler Parteien bringen wird. Ich weiß, da werden nicht alle dabei sein.

Aber wir müssen auch versuchen, uns an einen Tisch zu setzen und ein Sicherheitspaket zu schnüren, wo wir die Kriminalität hintanhalt. Wir brauchen wieder - und das brauchen wir unbedingt - zeitweise Grenzkontrollen.

Wir müssen die Grenzen wieder dicht machen. Diese Kriminalitätssteigerung wird zur Unerträglichkeit. Wir müssen die Grenzen wieder dicht machen. Wenn es auch nur zeitweise ist.

Wir brauchen auch im Bereich mehr Sicherheit auch natürlich mehr Nachdenklichkeit. Es gibt jetzt die Sicherheitszentrale, die eingerichtet wird im Burgenland. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Angsthase!*) Bei der Sicherheitszentrale ist nur die Feuerwehr dabei, ist nur die Rettung dabei, aber die Polizei ist nicht eingebunden in die Sicherheitszentrale. Das ist ein Schildbürgerstreich sondergleichen.

Das sind Dinge, die man natürlich niemandem erzählt. Aber genau das ist die Frage der Sicherheit, die wir uns selbst beantworten müssen. Wir brauchen für unsere Bevölkerung mehr Sicherheit. Wir brauchen natürlich auch mehr Geradlinigkeit und wir müssen uns auch viel mehr zutrauen.

Zu Eberau noch, ich finde es wirklich verwerflich, wenn die Innenministerin so plötzlich über Nacht sagt: So Ihr habt jetzt ein Erstaufnahmezentrum. Es ist aus meiner Sicht wirklich eine Unerträglichkeit. Ohne die Bevölkerung zu fragen, ohne irgendjemanden zu fragen, nicht einmal anscheinend den eigenen Landeshauptmann-Stellvertreter hat sie gefragt.

Na, wo kommen wir da hin? Das ist eine ÖVP-Innenministerin. (*Landesrat Helmut Bieler: Glauben Sie das?*) Ob ich es glaube oder nicht. Ich kann den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter nichts in den Mund legen.

Er sagt halt, er hat nichts gewusst. Aber dass die ÖVP-Innenministerin, da hat man einen ÖVP-Bürgermeister - das muss man sich einmal vorstellen - und natürlich die ÖVP an und für sich selbst. Es gibt nur eine Möglichkeit. Das habe ich schon gesagt. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter soll die Frau Innenministerin zum Rücktritt auffordern. Denn es kann nicht so sein, dass man einfach über die Bevölkerung darüberfährt ohne irgendjemanden zu fragen.

Ohne irgendjemanden in der Bevölkerung zu fragen! Das geht sogar noch so weiter, da wird eine Grundstückseigentümerin insofern sozusagen überredet, das Grundstück herzugeben, indem man sagt, da werden irgendwelche Wohnungen errichtet. Man hat ja gar nicht gesagt, dass es ein Erstaufnahmezentrum gibt. Na, das ist ja eine Bevölkerungstäuscherei, die weh tut, die tut nämlich wirklich weh.

Da braucht man wahrscheinlich schon einen Arzt. Denn das ist eine Unglaublichkeit, die wir uns gar nicht gefallen lassen dürfen. Noch ärger ist natürlich die Situation, dass sie versucht hat, durch List der Raumplanungsordnung zu entgehen und hat einen privaten Bauträger, der dort dann den Bau errichtet. Also das ist schon ein hartes Stück.

Daher wird es natürlich wichtig und richtig sein, dass dieses Projekt gestoppt wird. Ich habe gehört, es ist bereits gestoppt. Ich habe es noch nicht gehört. Auch wenn die Grünen das Projekt unbedingt wollen, ohne die Bürger zu befragen. Wir wollen es nicht. Wir wollen die Bürger befragen, wir wollen das Projekt sowieso verhindern. Aber das ist natürlich schon eine Situation, die man nicht einfach so stehen lassen kann.

Mir ist auch besonders wichtig, dass man auch darauf hinweist, dass sich allein 15 Millionen Illegale in der EU befinden. 15 Millionen Illegale nur im EU-Bereich. Das muss man sich einmal vorstellen. Einfach so die Augen zuzumachen, die Ohren zuzumachen und einfach über das Problem hinwegzuhören, das ist nicht richtige Politik.

Das kann auch nicht die Politik sein, die die Bevölkerung braucht. Das ist auch nicht die Politik, die ehrlich und anständig ist. Sondern man muss die Fakten auf den Tisch legen, dann nach Lösungen suchen und auch handeln.

Da ist die SPÖ genauso wenig aus der Pflicht entlassen. Denn der Herr Landeshauptmann hat sehr wohl im Regierungsprogramm seine Zustimmung gegeben, wie es hieß, es wird ein Erstaufnahmezentrum Süd geben. Da hat er schön brav mitgestimmt, hat er gesagt, das ist richtig.

Anstatt dass er damals gesagt hätte, aber nicht im Burgenland, (*Abg. Christian Illledits: Süd heißt Kärnten! Das kann Kärnten auch heißen!*) mit dem Zusatz - nicht im Burgenland. Das ist natürlich auch so. Also einfach mitzustimmen und dann zu sagen, ich habe von nichts gewusst.

Faktum ist, der Bundeskanzler ist der Faymann. Soviel ich weiß, gehört er der SPÖ an. Das ist der Faymann und die Innenministerin ist die Fekter und das ist eine Schwarze. Das heißt, Rot/Schwarz ist über die Bevölkerung nicht nur bundesweit darüber gefahren, so wie sie es immer machen, sondern auch landesweit.

In Wahrheit seid Ihr nicht koordiniert, seid Ihr nicht abgesprochen, das Burgenland ist alleine gelassen. Das Burgenland ist für die Bundesregierung so viel wie nichts wert. Man wird einfach über Nacht darauf aufmerksam gemacht, dass man irgendetwas errichtet.

Das ist das Problem, das wir haben. Wir geben dem Burgenland zu wenig Kraft. Wir müssen uns mehr auf die Füße stellen. Aber sobald Rot und Schwarz im Land

regieren und Rot und Schwarz im Bund regieren, ist klar, dass es hier infolge dieser ewigen Streitigkeiten zu einem Stillstand kommt.

Es wird Zeit, dass dieses Schauspiel ein Ende hat. Es wird wirklich Zeit, denn diese Regierung, das muss man definitiv sagen, nicht nur im Bund, sondern auch im Land, diese Regierung ist am Ende. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Diese Regierung wird mindestens noch 20 Regierungssitzungen bis zum Sommer machen und wird hunderte Beschlüsse fassen. Also insofern wird weiterhin, wie das in den vergangenen Jahren der Fall war, für unser Heimatland Burgenland auch gearbeitet werden.

Sie werden sicherlich auch die Gelegenheiten haben, dass hier Landtagssitzungen durchgeführt werden, also insofern gibt es weiterhin viel Arbeit. *(Abg. Ilse Benkö: Dann hätten Ihr Euch nicht auflösen müssen!)*

Sie können versichert sein, dass ich in diesem schwierigen Jahr 2010 eine ganze Reihe von wichtigen und sehr kostenintensiven Maßnahmen setzen werde, damit die Konjunktur belebt wird, dass Arbeitsplätze erhalten werden. Also in diesem Sinne werden wir weiterhin mit gewohntem Einsatz für das Land arbeiten. Punkt 1.

Punkt 2. Es gibt eine Volksbefragung. Diese Volksbefragung wird im südlichen Burgenland in jeder Gemeinde durchgeführt. Im Bezirk Oberwart, im Bezirk Güssing. *(Abg. Johann Tschürtz: Zu welchem Thema?)* Natürlich zur Erstaufnahmestelle. Denn das ist ja - Entschuldigung, Sie müssen schon alles mitverfolgen, denn ich komme zu dem Ganzen.

Da gibt es natürlich Berufungsmöglichkeiten. Was hier gesagt wird, ist ja wieder nur ein ganz ein kleiner Bereich. Das ist ein kleiner Formalfehler, der jederzeit behebbar ist, dass der Umweltanwalt nicht dabei ist.

Da darf man doch nicht so tun, dass die Nichtanwesenheit des Umweltanwaltes plötzlich ein Riesenprojekt verhindert. Das ist ein kleiner Klacks. Ich behaupte, das ist deswegen ein kleiner Klacks, um die Fehler des Bürgermeisters, nämlich gar keine Bauverhandlung durchführen zu dürfen, zu vertuschen.

Das ist ja die aquirierte Aktion, die von der ÖVP-Innenministerin, *(Abg. Christian Sagartz, BA: Jetzt sind wir schuld, weil wir es gestoppt haben!)* über den ÖVP-Bürgermeister und den ÖVP-Politikern ausgeht. Sich darauf zu verlassen, dass der Umweltanwalt das Projekt verhindern kann, steht auf sehr tönernen Füßen, das dient ausschließlich der Vertuschung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Genau deswegen, weil es die Möglichkeit gibt, hier weiter vorzugehen, gibt es die Volksbefragung. Die Volksbefragung in jeder einzelnen Gemeinde, wo die Bürgerinnen und Bürger sagen können, ob es eine derartige Erstaufnahmestelle im Burgenland geben soll oder nicht geben soll.

Herr Kollege Tschürtz, wenn Sie mir jetzt bitte zuhören, weil das ist auch eine wichtige Sache, weil ich jetzt mit diesem Schreiben auch dem Bezirkshauptmann von Güssing die Weisung erteile, die schriftliche Weisung, ich stehe dazu, dass er diesen Baubescheid, den gesamten Baubescheid und nicht irgendeinen kleinen Bereich, dass

einer nicht eingeladen war und nicht gekommen ist, wegen Nichtigkeit aufheben muss. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist schon erledigt!)*

Nein, nein, noch einmal. Sie sagen wieder irgendetwas, was falsch ist. Sie vertuschen die Vorgangsweise der ÖVP-Innenministerin, des ÖVP-Bürgermeisters und der ÖVP-Politiker im Burgenland. Das ist wieder die Vertuschung, die Sie haben wollen. Sie sagen ganz einfach, das ist eigentlich schon erledigt. Man kann den Umweltschutz dazu einladen und das ganze Verfahren läuft wieder.

Noch einmal. Man kann nur den ganzen Bescheid aufheben, weil der gesamte Bescheid, nicht ein Teil des Bescheides, der gesamte Bescheid für nichtig erklärt werden muss. Mit dem Betreiber hat man wieder eine Vertuschungsaktion gestartet, indem man nicht als Bundesstelle eingereicht hat - tricksen, täuschen, hintergehen -, sondern man hat einen Privaten vorgeschoben, damit das nicht in die Kompetenz des Landes fällt.

Da kann man wieder berufen. Der Private hat die Möglichkeit zu berufen. Er kann zum Verwaltungsgerichtshof gehen. *(Abg. Johann Tschürtz: Verzögern!)*

Also insofern möchte ich und werde ich diese Volksbefragung natürlich beantragen, weil die natürlich auch keine schlechten Juristen haben. Die Innenministerin macht ja offensichtlich das Drüberfahren zur Methode. Deswegen müssen wir aufpassen, dass nicht ein weiterer Anlauf genommen wird, dass man zum Verfassungsgerichtshof geht.

Deswegen bin ich dafür, dass die Volksbefragung im gesamten südlichen Burgenland stattfindet. Wo wir die Bevölkerung sehr intensiv aufklären werden. Wir werden sie auf diese Zusammenhänge ÖVP-Innenministerin, ÖVP-Bürgermeister, ÖVP-Politiker, natürlich mit aller Konsequenz aufmerksam machen.

So leichtfertig zu sagen, das ist vom Tisch, diese Blauäugigkeit, Herr Abgeordneter Tschürtz, würde ich in diesem Fall nicht haben. Also ich bin da ein bisschen ein gebranntes Kind, dass ich diesen Aussagen mit Sicherheit nicht glauben werde. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben uns gestern und heute auch dieses Umwidmungsverfahren sehr genau angesehen. Dieses Umwidmungsverfahren ist wieder ein Spiegelbild des Tricksens, Täuschens und Hintergehens.

Denn ursprünglich hat man als „Geschäftsgebiet“ eingereicht gehabt. Unsere Raumplanungsstelle hat hervorragend gearbeitet und das auch unterbunden. Denn diese Widmung als „Geschäftsgebiet“ hätte zur Folge gehabt, dass dort überregionale Einrichtungen gebaut hätten werden können.

Das wurde verhindert und es wurde „gemischtes Baugebiet“ als Widmung genehmigt. Was sieht gemischtes Baugebiet bei der Widmung vor? Es sind Gebäude und Betriebsanlagen, die überwiegend den wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen und zwar der lokalen und regionalen Bevölkerung.

Diese Widmung „gemischtes Baugebiet“ lässt nicht zu, dass eine derartige Einrichtung gebaut wird. Deswegen auch die Weisung von mir: „Auf Weisung des Landeshauptmannes von Burgenland, Hans Niessl, wurde von der LAD-Raumordnung nach intensiver Prüfung der Sach- und Rechtslage festgestellt, dass der vom Bürgermeister der Gemeinde Eberau am 18.12.2009 erlassene Baubescheid betreffend die Errichtung der Erstaufnahmestelle für Asylwerber auf dem Grundstück Nummer 84/1, 84/2 KG Kulm gemäß § 20 Absatz 1 und 6 Burgenländisches Raumplanungsgesetz iVm § 14 iVm § 68 an einem durch gesetzliche Vorschriften ausdrücklich mit Nichtigkeit bedrohten Fehler leidet.“

Wir zitieren in weiterer Folge Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes: Auf Grund der Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes darf auf einer derartigen Widmung eine derartige Einrichtung nicht errichtet werden.

Das ist das Nächste, was hier ein absoluter Verstoß gegen die Gesetzmäßigkeit ist, wenn man nur schaut, wie man tricksen kann. Wie man täuschen kann, wie man Leute hintergehen kann. Dann kommt das heraus, nämlich dass hier ein Baubescheid mit Nichtigkeit aufzuheben ist.

Das kriegt heute noch der Bezirkshauptmann. Morgen oder übermorgen hat es die Gemeinde, dass dieser Bescheid wegen Nichtigkeit aufgehoben ist. Wir können uns aber trotzdem nicht zurücklehnen und sagen, das kommt nicht. Wir müssen weiter arbeiten und es werden weitere Schritte gesetzt werden.

Nämlich die Volksbefragung. Es wird auch überprüft werden, ob nicht die Raumordnung die Widmung rückgängig machen kann. Werden wir uns jetzt ganz genau anschauen, weil es unter Vorspielung falscher Tatsachen zu dieser Widmung gekommen ist. Vorspielung falscher Tatsachen!

Es hat heute eine Frau im ORF gesagt, sie hätte das Grundstück niemals verkauft, wenn sie gewusst hätte, was dort hinkommt. Ihr wurde gesagt, es werden Wohnungen gebaut. Der Ortsvorsteher von Kulm ist zurückgetreten, weil er diesen Verkauf offensichtlich vermittelt hat und gesagt hat: „Hätte ich gewusst, was hier entsteht, hätte ich das nicht getan“.

Also insofern auch eine Täuschung. In ähnlicher Form ist man bei der Raumplanung vorgegangen, dass unter Vorspielung falscher Tatsachen diese Widmung erfolgt ist. Wenn wir einen rechtlichen Ansatzpunkt haben und sei er noch so klein, dann werden wir diese Grundstücke auch wieder zurückwidmen, weil wir nicht zulassen, dass hier unter Vorspielung falscher Tatsachen, unter Täuschungen, es zu Widmungen in der Raumplanung kommt.

Wenn der Bürgermeister, und das ist der nächste Punkt, entgegen den gesetzlichen Vorschriften die Bauverhandlung gemacht hat, dann muss man sich das auch von der rechtlichen Seite anschauen.

Denn ich war als Bürgermeister immer sehr vorsichtig bei Bauverhandlungen, ob die Widmung passt. Baugenehmigungen zu erteilen, wo die Widmung nicht passt - Herr Kollege Lentsch, Sie wissen wovon ich rede - ist eine sehr heikle Angelegenheit. Nämlich im Grünland teilweise Bauten zuzulassen, oder auf Flächen zuzulassen, die nicht gewidmet sind.

Also insofern muss ich sagen, das ist eine rechtliche Frage, die zu klären sein wird. Da gibt es auch nichts zu verdecken und mit Kleinigkeiten dem zu begegnen, sondern da ist der gesamte Baubescheid aufzuheben. Schriftlich geht diese Weisung, wie gesagt, heute an die Bezirkshauptmannschaft, mit einer entsprechenden fachlichen Begründung.

Mit Begründungen, die sich auch auf Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes, Verwaltungsgerichtshofes, beziehen. Erkenntnisse vom 17. September 1996, 30. April 1998, und so weiter, wo klar gesagt wird, was in einem Gebiet, in einem gemischten Baugebiet, an Gebäuden errichtet werden darf und was nicht errichtet werden darf.

Wer einige Zeit Bürgermeister ist, der weiß, dass das auch eine relativ sensible Angelegenheit ist, wenn in einem gemischten Baugebiet unter Umständen Einrichtungen errichtet werden, die einen großen überregionalen Bedarf abdecken, dann ist das auch äußerst problematisch. Genau auf dieser Basis ist das auch zu sehen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass wir hier sicherlich nicht zulassen, dass die Innenministerin über das Burgenland drüberfährt. Dass ich nicht zulasse, dass hier eine gesamte Region beschädigt wird, dass hier ganz einfach durch dieses Aufnahmezentrum die Touristiker in hellem Aufruhr sind. Dass sie das absolut ablehnen.

Und dass diese akkordierte Aktion zwischen der ÖVP-Innenministerin, dem ÖVP-Bürgermeister und den burgenländischen ÖVP-Politikern so nicht hingenommen werden kann.

Über die Menschen drüberzufahren, das geht nicht, das werden wir nicht zulassen. Die Volksbefragung im gesamten südlichen Burgenland wird zeigen, was die Menschen über diese Vorgangsweise denken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf zwei Zitate am Beginn meiner Ausführungen stellen, die zum Thema Erstaufnahmezentrum und Rolle der ÖVP passen. Erstens. Der Herr Klubobmann Tschürtz hat heute in der Früh im Spaß zwar gemeint, jetzt wird es nichts mit dem Soziallandesrat, weil die SPÖ die 52 Prozent hält und die ÖVP zehn Prozent verliert.

Hatte aber damit indirekt zugegeben, dass es Absprachen mit der ÖVP gibt, wo er den Soziallandesrat zugesprochen bekommen hätte. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Er spricht nicht für die ÖVP! Wir haben keine Packelei! - Zwiegespräche in den Reihen)*

Zweites Zitat.

Gerade sagt er, er nimmt auch die Landwirtschaft, Herr Klubobmann.

Zweites Zitat: Ich habe am Freitagabend per SMS vom Vorhaben der Frau Innenminister Fekter erfahren, dass in Eberau dieses Erstaufnahmezentrum gebaut werden soll und habe in der Pause der Tourismuskonferenz den Obmann des Tourismusverbandes Güssing informiert und habe ihm gesagt, du, die Frau Innenminister möchte das in Eberau bauen.

Sagt er: Das ist unglaublich, das kann ich mir nicht vorstellen, dass die Frau Innenminister uns das antut. Und auf die Frage, ob sie das wirklich ernst meint, und ich das bestätigt habe, ist er blass geworden, weil er sofort erkannt hat, welche Auswirkungen das für die Region Güssing und für die Entwicklung in der Region Güssing hat.

Es ist eigentlich eine Brüskierung der Regierung und des Landtages, was die Frau Minister mit dem ÖVP-Bürgermeister und der akkordierten Aktion mit der ÖVP im Land durchführen.

Dieser Schulterschluss zwischen ÖVP und Innenministerin ist zum Schulterschuss gegen die Bevölkerung in der Region südliches Burgenland geworden. Daher bin ich absolut dafür, dass man eine Volksbefragung durchführt.

Wir haben sehr lange im Tourismusvorstand diskutiert, wie wir Projekte, die von den Unternehmungen, gerade aus dem Bezirk Güssing, gefordert wurden, finanzieren können. Ich habe dann den Antrag gestellt, dass wir zweimal 200.000 Euro, also 400.000 Euro Erhöhungen bei den Ausschüttungen der EU-Förderungen beantragen. Das wurde dann auch einstimmig so beschlossen.

Aber, was ist dem vorausgegangen? Wir haben die Frau Landesrätin gefragt, nachdem der Tourismusverband berichtet hat, dass seit Juli der Antrag auf 500.000 Euro bei der Frau Landesrat liegt, ob sie uns das erklärt. Weil wenn man an dem Tag das Budget 2010 beschließt und im Jahr 2009 500.000 Euro für den Tourismusverband fehlen, hat das natürlich Auswirkungen.

Sie hat gesagt, und bitte das ist unglaublich: Nein, ich sage es nicht. Auf mehrere Anfragen hin, hat sie gesagt: Nein, wir werden euch das schon schriftlich sagen, aber ich sage es euch nicht. So quasi, jetzt erst recht nicht.

Das lässt natürlich den Schluss zu, dass sie nicht gewusst hat oder nicht sagen wollte, was sie bewogen hat, die 500.000 Euro speziell für das Südburgenland zurückzuhalten.

Wir haben das dort einstimmig beschlossen und jetzt wird man sehen, wie sie sich da verhält.

Aber, noch einmal zum Thema zurückkommend, dieses Geld soll für Projekte im mittleren und im südlichen Burgenland hergenommen werden, um die Tourismusstruktur zu verbessern, das Angebot zu verbessern, Marketingmaßnahmen zu setzen.

Und wenn Eberau, das südliche Burgenland, als Synonym für Traiskirchen hergenommen wird, bin ich nicht so überzeugt davon, dass das für die Tourismuswirtschaft wirklich ein guter Dienst ist.

Aber die Wortmeldung des Herrn Klubobmann Tschürtz hat auch gezeigt, dass offensichtlich die ÖVP bereit war, eigenen Schaden in Kauf zu nehmen, um die Absolute der SPÖ im Burgenland zu brechen. Weil man sagt, die SPÖ ist schuld, dass im Burgenland nicht verhindert werden konnte, dass dieses Erstaufnahmezentrum gebaut wird.

Und da das Burgenland in der ÖVP-Strategie zu opfern und zu sagen, dort gewinnen wir eh nicht wirklich was, da können wir nur schauen, dass wir die SPÖ schwächen und sagen, im Burgenland soll das Erstaufnahmezentrum gebaut werden, das spricht natürlich nicht für die Wertigkeit des ÖVP-Obmannes Steindl im Burgenland und auch nicht für die Wertigkeit und für die Arbeit der ÖVP im Lande.

Dass man das so einfach strategisch durchführen kann und noch dazu ohne irgendjemand außerhalb der ÖVP zu informieren, das ist natürlich nicht akzeptabel und da bin ich überzeugt davon, dass sich die Menschen auch dagegen aussprechen werden.

Ich habe mit einigen Teilnehmern der Tourismuskonferenz, speziell Touristikern, in diese Richtung diskutiert und alle waren sich einig, egal ob schwarz, rot, blau, alle haben dieses Projekt abgelehnt, weil es nicht gut für die Entwicklung des Südburgenlandes ist.

Daher muss ich das ganz eindeutig von der Regierungsbank sagen, dass diese Maßnahme, wo das Burgenland alle Voraussetzungen für die Asylwerber immer erfüllt hat, nicht in Ordnung ist, wenn man das im Südburgenland durchführen will und daher sprechen wir uns ganz eindeutig dagegen aus. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Eigentlich müsste ich zu Wort gemeldet sein.)*

Entschuldigung! Bitte Herr Abgeordneter Ing. Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder, der in seinem Heimatland mit Verfolgung oder Tod bedroht ist, ob seiner politischen Überzeugung, ob seiner religiösen Überzeugung, hat in diesem Land Österreich immer Asyl bekommen. Das soll auch künftighin so sein. Das muss auch so sein.

Österreich hat eine gute Tradition, Asylanten aufzunehmen, die in ihrem Heimatland mit Verfolgung bedroht sind. Wir sprechen uns klar dafür aus, dass das künftighin so sein soll. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir stellen auch fest, und es gibt einen Regierungsbeschluss, und das hat auch der Landtag klar bekräftigt, dass das Burgenland seinen Verpflichtungen, Asylanten aufzunehmen, diese Quote, erfüllt.

Wir sehen keinen wie immer gearteten Anlass, dass das Burgenland einen weiteren Teil der Verpflichtungen übernimmt.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit Freitagabend, seit wir wissen, dass das Innenministerium mit einer südburgenländischen Gemeinde, mit Eberau plant, ein Erstaufnahmezentrum hier im Burgenland zu errichten, hat sich vom ersten Augenblick an die ÖVP Burgenland, vom Landesparteiobmann bis zu den Funktionären hier auf Landesebene, im Landtag klar gegen diese Vorgangsweise ausgesprochen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben das klar ausgesprochen, wir werden das auch künftighin tun und wir freuen uns, dass es gelungen ist, auf Weisung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters, heute dieses Projekt zu stoppen, *(Abg. Doris Prohaska: Geh! Das gibt es doch nicht! Geh bitte!)* weil der Landesumweltanwalt, wie im Landesumweltanwaltschaftsgesetz vereinbart und festgeschrieben, dass hier dieses Parteienrecht des Landesumweltanwaltes verletzt wurde, *(Abg. Matthias Gelbmann: Ihr hättet es schon vorige Woche stoppen können.)* und hier vorerst dieses Projekt gestoppt und vorerst verhindert wird, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP – Zwischenruf des Abg. Erich Trummer)*

Nunmehr müssen wir alles daransetzen, diesen Stopp, und alle Kräfte sind jetzt gefragt, diesen Stopp auch nachhaltig so in gesetzeskonformen Maßnahmen zu binden, dass sich diese Vorgangsweise nicht wiederholen darf.

Es kann nicht sein, dass Bundesbehörden, egal welche Stellen, in dem Fall eben das Innenministerium, ohne mit Landesbehörden zu konferieren, in einer Gemeinde ein überregional großes Zentrum errichten wollen, das sich nachhaltig auf die gesamte Region - wir sprechen uns klar dagegen aus, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Scheinheilig ist das.)*

Der Kollege Illedits hat diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ich darf vorweg sagen, und ich lese Ihnen, wenn Sie es noch nicht getan haben, die Beschlussformel vor, die hier steht:

Da es von Seiten des Bundesministeriums für Inneres keinerlei Versuche gegeben hat, für einen transparenten und alle zuständigen Stellen einbeziehenden Entscheidungsprozess zu sorgen, muss die Landesregierung sich energisch dafür einsetzen, dass alle weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte für dieses Projekt sofort gestoppt werden.

Findet unsere Zustimmung.

Nächster Punkt: Der vom Bürgermeister erlassene Baubescheid ist genauestens zu prüfen. Falls dieser Bescheid im Widerspruch zur geltenden Flächenwidmung steht, ist er von der Landesregierung unverzüglich für nichtig zu erklären.

Vorerst über das Baurecht, wenn es über die Flächenwidmung auch geht, dann freuen wir uns darüber. Zweiter Punkt findet auch unsere Zustimmung.

Der dritte Punkt: Eine so weit reichende Entscheidung kann nicht getroffen werden, ohne die BürgerInnen der gesamten betroffenen Region Südburgenland einzubinden. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, eine Volksbefragung in den Bezirken Güssing, Jennersdorf und Oberwart anzuordnen.

Auch das findet unsere Zustimmung, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heißt, dass sich meine Fraktion mit der Beschlussformel dieses Dringlichkeitsantrages einverstanden erklärt.

Wir können uns aber nicht damit einverstanden erklären, was in der Einbegleitung dieses Dringlichkeitsantrages steht, wo nämlich Dinge behauptet werden, die so nicht stimmen.

Daher habe ich einen Abänderungsantrag vorbereitet, der sich zum gegenständlichen Dringlichkeitsantrag nur in der Einbegleitung unterscheidet, aber die Beschlussformel, so wie ich sie vorhin verlesen habe, sehr geehrter Herr Präsident, ist genau die Gleiche.

Ich darf diesen Abänderungsantrag überreichen und meine Rede dann fortsetzen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Der Antrag ist gehörig unterstützt, wird daher in die weiteren Beratungen mit einbezogen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP) (fortsetzend): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben vormittags, als die Diskussion um Auflösung des Landtages „Ja“ oder „Nein“, hier herinnen ausgetragen wurde und die Mehrheit dieses Hohen Hauses, also eine Partei, sich bereit erklärt hat, ja, wir stimmen dem Antrag zu, weil wir wollen nicht weiterarbeiten, soll so sein, drei Parteien waren der Meinung, dass weitergearbeitet werden soll. *(Abg. Christian Illredits: Es wird eh weitergearbeitet.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier ist auch gesprochen worden von einer möglichen Anstiftung zum Amtsmissbrauch gegenüber dem Herrn Landeshauptmann.

Ich sage klar dazu, wenn, wie im Antrag, Vormittag, als Begründung für die Einberufung dieser heutigen Landtagssitzung angeführt der 2. Mai als möglicher Wahltermin fixiert werden soll, dann muss die Bundesregierung auf ihre Acht-Wochen-Einspruchsfrist verzichten oder sie somit verkürzen. *(Landesrat Helmut Bieler: Geht sich aus.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau dasselbe wäre möglich gewesen, wenn man mit der Bundesregierung, in dem Fall mit dem Bundeskanzler Faymann, Kontakt aufgenommen hätte und die Kundmachung dieses Gesetzes, das jetzt erst am 4. Jänner in Kraft tritt, das vormittags schon Diskussion hier im Hohen Haus war, dann hätte dieses Gesetz schon in Rechtskraft gelangen können, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hier, meines Erachtens, liegt ein Versäumnis des Herrn Landeshauptmannes vor. Hier hätte der Herr Landeshauptmann mit dem Bundeskanzler *(Abg. Christian Illredits: Mit*

der Frau Fekter, nicht?) ganz einfach den Verfassungsdienst ... (Abg. Christian Illedits: Na sicher!)

Dann hätten wir zumindest gewusst, wie die Dinge laufen, sehr geehrter Herr Kollege Illedits. (Abg. Christian Illedits: Erzählen Sie uns doch keinen Lavendel! Glauben Sie wirklich, das glaubt irgendwer?) Nur, Sie haben das Gesetz hier herinnen beschlossen, haben bei der Beschlussfassung wieder drei Abänderungsanträge gemacht, (Abg. Christian Illedits: Das werden Sie uns nicht weismachen, Herr Kollege Strommer. Ihr seid schon schwach. Aber so schwach schätze ich Euch nicht ein, dass Ihr gar nichts wisst. Das gibt es doch nicht! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen) weil Ihre legislativen Vorausarbeitungen wieder so genau waren, wie bei vielen anderen Gesetzen, deshalb ist das so entstanden, wie es entstanden ist, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Klar ist, dass der Herr Landeshauptmann das Regierungsabkommen der SPÖ und der ÖVP auf Bundesebene mitverhandelt hat. (Abg. Doris Prohaska: Geh bitte! – Zwiesgespräche in den Reihen der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)

Dass dort mit seiner Unterschrift auch zur Kenntnis genommen hat, wo drei Lager, ein drittes Lager, drinnen festgeschrieben ist, meine sehr geehrten Damen, ich habe es nicht mitverhandelt.

Sie auch nicht, Herr Kollege Illedits, Ihr Landeshauptmann hat das mitverhandelt.

Ist heute schon vorgelesen worden, dass bei der Landeshauptleutekonferenz im Jänner sich der Herr Landeshauptmann Niessl zu Wort gemeldet hat dazu, aber zur Schihelmpflicht eine halbe Seite festgeschrieben ist ... (Abg. Christian Illedits: Er hat ganz klar gesagt, um was es geht. Es geht um Solidarität! Es geht um eine 15a-Vereinbarung.)

Nur, hier muss man die Wertigkeiten schon sehen. Die Widmung ist heute schon diskutiert worden. Wenn es gelingt, und das ist jetzt mein Zugang, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wir sollten uns die Zeit nehmen, hier in aller Ruhe alles zu überlegen, wie wir diese Situation für das Südburgenland (Abg. Christian Illedits: Ihr zündet die Hütte an und dann sagt Ihr, gehen wir löschen. Das kann es doch nicht sein! – Abg. Edith Sack: ... Lösungsansätze gesagt.) und für das gesamte Burgenland in Ordnung bringen können.

Tatsache ist, dass mit heutigem Tag dieses Projekt mit Weisung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters gestoppt ist, dass, wenn es gelingt über die Flächenwidmung insgesamt, (Abg. Christian Illedits: Wieso habt Ihr es überhaupt inszeniert? – Abg. Doris Prohaska: Jetzt Feuerwehrmann spielen. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen) den gesamten Baubescheid zu heben, wir uns freuen, und gemeinsam müssen wir, und gemeinsam werden wir im Südburgenland die Bevölkerung befragen, wie die Bevölkerung zu diesem Projekt steht. (Abg. Christian Illedits: Das ist so wie die Befragung zum Assistenzeinsatz. Das Ergebnis wissen wir schon.)

Wir haben jetzt Gott sei Dank diese Zeit gewonnen, weil hier dieser Bescheid mangelhaft ist. Und das sollten wir nützen und ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung im Südburgenland eine gute Entscheidung treffen wird. (Abg. Christian Illedits: Sie werden Euch danke sagen.)

In Vordernberg, in der Steiermark, war es ebenfalls möglich, die Bevölkerung zu fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP – Abg. Christian Illedits: Da ist ein Unterschied. Da gibt es einen SPÖ-Bürgermeister, Herr Kollege.)

Wir werden diesem Abänderungsantrag, der sich in der Beschlussformel, und ich sage es noch einmal, vom Dringlichkeitsantrag der SPÖ überhaupt nicht unterscheidet, unsere Zustimmung erteilen.

Jetzt weiß ich schon, dass die Diskussion so läuft, dass Sie sagen, ja, die ÖVP hat dann unserem Antrag nicht zugestimmt. *(Abg. Christian Illedits: Das ist wie beim Budget. Sie sagen immer: Ja, aber!)*

Ich sage Ihnen jetzt, wir werden unserem Abänderungsantrag zustimmen, und ich sage nicht „ja, aber“ *(Abg. Christian Illedits: Doch!)* und ich sage auch, dass wir auch Ihrem, sollte mein Abänderungsantrag keine Mehrheit bekommen, *(Abg. Christian Illedits: Sie stimmen nicht zu. Wetten wir?)* der dieselbe Intention hat als Ihr Dringlichkeitsantrag, ich werde auch Ihrem Dringlichkeitsantrag zustimmen und weise *(Abg. Christian Illedits: Ihr habt die Hütte angezündet!)* schon jetzt darauf hin, dass ich mich von dem, was Sie in Ihrer Einleitung geschrieben habe, natürlich distanzieren. *(Abg. Christian Illedits: Das stimmt aber. Das hat er jetzt nicht dazugesagt.)*

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Wir haben heute alle gehört, dass sich der Herr Klubobmann dazu hinreißen hat lassen, den Herrn Landeshauptmann zum Amtsmissbrauch anzustiften, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich nicht!)* indem er gesagt hat, er hätte einen Tag nach Beschluss das schon veröffentlichen können. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sicher!)* Das ist eindeutig falsch und wäre rechtswidrig gewesen.

Wenn ein Klubobmann einer großen Partei im Burgenland das nicht weiß, dann kann man sich vorstellen, warum er das sagt. Das ist nämlich Flucht nach vorne, weil Ihnen das Wasser bis zum Hals steht und weil Sie einfach jemand anderem wieder mal Schuld geben wollen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie haben ein Problem, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl den Bescheid heute gehoben hat. Das ist Ihr Problem! – Abg. Doris Prohaska: Das ist doch nicht wahr!)*

Was Sie dem Land eingebrockt haben, das wollen Sie jemandem anderen zuschieben.

Wir haben in der Burgenländischen Landesregierung bereits am 22.12.08 beschlossen, dass die Frau Minister aufgefordert wird, Überlegungen oder bereits verfügte Vorbereitungshandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung einer Erstaufnahmestelle oder einer Bundesbetreuungsstelle im Burgenland zu verwerfen und solche Pläne zu unterlassen, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Habe ich gesagt!)* weil sie sachlich nicht zu rechtfertigen sind.

Und Sie kommen jetzt her und wollen dem Landeshauptmann unterstellen, dass er gewusst hat, dass es im Burgenland von der Frau Fekter und von der ÖVP ein Erstaufnahmezentrum geben soll? *(Abg. Edith Sack: Das ist eine Frechheit!)*

Er hat nie zugestimmt, dass im Burgenland ein Erstaufnahmezentrum kommen soll. Ganz im Gegenteil! Er hat sich per Beschluss und verbal des Öfteren dagegen ausgesprochen.

Wenn er sich in der Landeshauptmännerkonferenz, wie alle anderen Landeshauptmänner auch, für ein drittes Aufnahmezentrum ausgesprochen hat, weil die ÖVP-Innenminister versagt haben, weil die Verfahren zu lange sind, weil mit Traiskirchen

das überhaupt nicht hinhaut und auch nicht mit dem ersten, dann muss man sagen, entweder gibt es Solidarität innerhalb der Landeshauptleute oder es gibt sie nicht.

Aber dass das Burgenland, das alle Voraussetzungen erfüllt hat, und jetzt auch noch hinterrücks von der ÖVP ein Erstaufnahmezentrum aufs Auge gedrückt bekommt, das hat sich die Bevölkerung nicht verdient. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Knor.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Vinzenz Knor (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs auf einige Debattenbeiträge antworten.

Vielleicht zum Kollegen Tschürtz, der hier immer wieder von Streit spricht. Ich glaube, im Wesen der Demokratie ist gelegen, dass man Debatten führt, dass man gegensätzliche Argumente hat, die debattiert, und dass es dann zu Abstimmungen kommt und das sehe ich nicht so als Streit, sondern es ist manchmal etwas lauter, aber das ist für mich kein Streit, sondern das sind Debattenbeiträge. Und schließlich und endlich kommt man ja zu einer Konklusio.

Zu Ihnen, Herr Klubobmann Strommer. Es fällt mir heute den ganzen Tag schon auf, wie sich die ÖVP windet und dreht, Pirouetten schlägt, Saltos rückwärts, und so weiter.

Sie vollführen hier in Anbetracht der Tatsache, dass es 18 Grad Minus hat, eine Eislaufkür, versuchen hier, die Bevölkerung mit Ihrer Darbietung zu täuschen, *(Abg. Christian Sagartz, BA: So sportlich hätte ich uns gar nicht gesehen.)* im wahrsten Sinn des Wortes.

Ich glaube, Herr Kollege Strommer, mit diesem Kürprogramm werden Sie mächtig auf den verlängerten Rücken fallen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und wenn ich mir dann diesen Antrag hier wieder anschau, ich weiß schon, dass Ihnen der erste Teil des Antrages nicht gut tut, weil da steht die Wahrheit drinnen. Und Wahrheit tut eben weh und da sind Sie sehr empfindlich, Herr Kollege Strommer. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo steht was drinnen? Erster Teil?)*

Zur Kundmachung des Gesetzes. Ich könnte mir das vorstellen, wenn der Landeshauptmann das getan hätte, wäre es Amtsmissbrauch gewesen und Sie, Sie als ÖVP wären die Ersten am nächsten Tag gewesen, *(Zwischenruf des Abg. Kurt Lentsch)* die zu einer Pressekonferenz geladen hätten, der Landeshauptmann hat Amtsmissbrauch betrieben. Das ist das, was Sie immer wieder hier tun, diese Doppelbödigkeit, diese Scheinmoral, die Sie hier aufbauen. Schämen Sie sich dafür, Herr Kollege Strommer! *(Abg. Ilse Benkö: Gerade haben Sie gesagt, Ihr streitet nicht! – Beifall bei der SPÖ)*

Sie sind hier in diesem Hohen Landtag unterwegs als Zünder. Sie zünden an und dann versuchen Sie zu löschen - wie in der Causa Eberau.

Nun zur Causa Eberau. 18.12., Freitag, vergangene Woche, ein sehr ruhiger Tag im Südburgenland, sicher auch im Pinkatal und in der Gemeinde Eberau.

Es sind die ersten Menschen am frühen Nachmittag aus Wien, es sind die Pendler zurückgekommen und haben sicher ein ruhiges Wochenende erwartet. Sie konnten damals nicht ahnen, dass das ein schwarzer Freitag wird. Ein schwarzer Freitag für die Gemeinde Eberau, *(Abg. Edith Sack: Im wahrsten Sinne des Wortes!)* ein schwarzer

Freitag für das Pinkatal, ein schwarzer Freitag für den Bezirk Güssing und für die Region des Südburgenlandes. *(Beifall bei der SPÖ)*

Um 16.30 Uhr hat es eine Gemeinderatssitzung gegeben in Eberau. Hier wurde der Gemeinderat der Gemeinde Eberau vor vollendete Tatsachen gestellt. In der Zwischenzeit sind die Gemeindebediensteten und Parteigänger in der Gemeinde ausgeflattert und haben die Einladungen für die Bürgerversammlung um 10.00 Uhr am nächsten Samstag ausgeteilt, inklusive Folder, wo man sich vorstellen könnte, was man hier machen würde.

Die Bürgerversammlung hat stattgefunden, ein bisschen anders, als sich das der Bürgermeister vielleicht vorgestellt hat, so nach dem Motto, im Pinkatal, da hat man ja Mehrheiten von 80 Prozent und mehr, so, was wir sagen, die Bevölkerung ist dann immer mit dabei und live dabei, man hat schon ein Buffet aufgebaut, Getränke wurden aufgebaut, man wollte eine richtige Feier abziehen.

Siehe da, erstmalig in der Gemeinde Eberau ist das Volk aufgestanden. Der Bürgermeister war konfrontiert mit aufgebrachten Mitbürgerinnen und Mitbürgern. *(Abg. Edith Sack: Verständlicher Weise!)* Sie haben ihn zum Rücktritt aufgefordert. Das war etwas, was undenkbar war in einer solchen schwarzen Gemeinde, dass die eigene Bevölkerung, dass ÖVPLer, ihren eigenen Bürgermeister zum Rücktritt auffordern. Soweit ist das ins Gemüt der Menschen gegangen!

Das hat soweit geführt, dass der Ortsvorsteher von Kulm öffentlich seinen Rücktritt dort erklärte. Warum? Er hat mit drei Verkäufern dieser Grundstücke zu verhandeln gehabt. Man hat ihm gesagt, wir wollen hier Wohnungen für die Gemeinde Eberau errichten, im Ortsteil Kulm.

Natürlich, als Ortsvorsteher von Kulm wird er sich dafür sorgen, dass es mehr Bevölkerung gibt, dass man mehr Ertragsanteile bekommt, hat mit diesen Menschen gesprochen, hat ihnen das erklärt. Die Menschen haben das getan und haben diese Grundstücke verkauft.

Und eine hat sich heute in der Früh im ORF geoutet, dass sie nicht gewusst hat, was hier passieren sollte. Hätte sie das gewusst, dann hätte sie das nicht verkauft.

Der Bürgermeister und die Frau Innenminister haben diese Menschen in einen Gewissenskonflikt gestürzt. Das alles unter dem Vorwand, eben dieses Erstaufnahmelager hier zu errichten.

Das Einzige, was ich hier positiv sehe, ist die Charakterstärke des Ortsvorstehers. Der hat so gehandelt, wie man es sich erwartet, wenn man getäuscht wird. *(Abg. Ilse Benkö: Die Charakterstärke der Bevölkerung!)*

Und auch die Charakterstärke der Bevölkerung, die hier aufgestanden ist und einmal gesagt hat, so nicht, meine Herren.

Das Drüberfahren, das Sie hier immer wieder bekritteln oder diese Machtarroganz, die gibt es nirgends anders, wie in diesen Gemeinden des Pinkatales, wo es 11 : 4 steht, 80 Prozent Mehrheiten der ÖVP, *(Abg. Ilse Benkö: Das würde ich nicht sagen.)* dort gibt es diese Machtarroganz, und die haben wir am vorigen Wochenende voll erlebt, wie diese seitens der ÖVP ausschaut. *(Beifall bei der SPÖ)*

Mittlerweile konfrontiert mit den Gefühlen und mit den Aussagen der Bevölkerung beginnt der Herr Bürgermeister zurückzurudern. Anstand hat er keinen gehabt, eigentlich hätte er zurücktreten müssen. Jetzt beginnt er sich bei der Bevölkerung zu entschuldigen und phantasiert herum von einer Volksbefragung.

Ja natürlich, wo die SPÖ den Antrag eingebracht hat, auf einmal hüpfen alle auf das Schiff auf oder auf den fahrenden Zug, der hier rollt in Richtung Abstimmung seitens der Bevölkerung, ob man so etwas will, oder nicht.

Auch die Frau Minister will jetzt vor Ort erscheinen. Ja, wo war sie denn am Samstag, als die Bürgerversammlung dort stattgefunden hat? Wo war sie?

Sie war feige, sie war zu feige dorthin zu kommen und sich den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen und hier die Argumente zu hören, welche diese Menschen dort betreffen!

Sie war in Wien und hat schön eine Pressekonferenz gegeben. Im sicheren Wien.

Sie hätte nach Eberau kommen sollen, wenn sie einen Anstand gehabt hätte, wäre sie dort vor Ort gewesen und hätte erklärt, warum und wieso. Aber das haben sie nicht, das hat die ÖVP nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Mittlerweile hört man, dass Polizisten informiert werden, für euch gibt es Posten.

Die Feuerwehren werden betreut, ja, es gibt neue Feuerwehrautos, neue Feuerwehrhäuser, das können wir alles dann machen, wenn wir diesen Bau dann haben.

Ausgetrickst wurden hier die Bevölkerung und die Gemeinde. Aber nicht nur die Gemeinde Eberau, sondern auch die Gemeinden des Bezirkes. Denn die Quoten im Burgenland sind erfüllt, andere Bundesländer sind sehr, sehr säumig. Wenn diese Bundesländer diese Asylanten aufgenommen hätten, hätten wir wahrscheinlich Traiskirchen entlasten können und uns auch dieses Lager ersparen können - Entschuldigung Lager -, diesen Bau ersparen können.

Denn im Bezirk Güssing gibt es Asylwerber, die in Stinatz untergebracht sind, die in Güssing untergebracht sind, die in Deutsch Tschantschendorf untergebracht sind und, ich glaube, Kollege Sulyok, auch bei Ihnen in der Gemeinde, die an unseren Bezirk angrenzt, gibt es auch einige, die untergebracht sind.

Und jetzt sollen wir noch einmal 300 oder wahrscheinlich mehr, wie wir das von Traiskirchen kennen, unterbringen. Das kann es wohl nicht sein. Und hier ist aber auch die Rolle der ÖVP zu hinterfragen.

Ich glaube kaum, Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, dass Sie der Bevölkerung weismachen können, dass Sie nichts gewusst haben. Dass ein Bürgermeister, ein kleiner Bürgermeister einer 960 Seelen Gemeinde mit der Frau Innenminister das packelt, dass es hier ein fertiges Programm wird, einen fertigen Plan, Folder sind schon aufgelegt - und keiner weiß was?

Herr Kollege Temmel, das können wir Ihnen nicht abnehmen. *(Abg. Walter Temmel: Freitag, 19:30 Uhr! Nicht vorher!)* Sie sind jetzt schon fast wie Zwillinge mit dem Bürgermeister Strobl unterwegs.

Sie haben persönliche Interessen, weil, man muss ja fairerweise dazu sagen, dass Ihre Gattin auch Polizistin ist, und Ihr Bruder auch, nicht? Und die haben dann vielleicht auch einen Job dort, vielleicht war das ein Hintergedanke. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Was hat das mit meiner Familie zu tun? Das ist letztklassig!)*

Und Sie, Herr Kollege Radakovits, glaube ich, wissen als Bezirksobmann der ÖVP nichts. Das können Sie doch niemandem erklären, das glaubt Ihnen kein Mensch. *(Beifall bei der SPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Abg. Ewald Temmel: Letztklassig! Bitte nimm das zurück! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das geht zu weit! Das ist eine Stasi-Methode.)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte um Ruhe.

Abgeordneter Vinzenz Knor (SPÖ) (*fortsetzend*): Herr Kollege Sulyok! Ich gratuliere zur Wahl, das habe ich damals schon gemacht, ich habe es nicht geschafft, ich habe es damals auch gesagt. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nicht einmal die Stasi hat so in Ostdeutschland gearbeitet wie Du.*) Herr Kollege Strommer! (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wirklich wahr! – Zwiegespräche in den Reihen*) Schreien ist ein Argument der Schwäche, Sie haben mir wieder Ihre Schwäche bewiesen. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Vinzenz! Das mit der Familie war nicht notwendig.*)

Ich meine, die Wahrheit darf man ja sagen. Ja, ist es nicht wahr, dass seine Gattin eine Polizistin ist und sein Bruder Polizist? Mehr habe ich ja nicht gesagt. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist eine glatte Unterstellung! – Allgemeine Unruhe*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte Ruhe! Am Wort ist der Redner. Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Vinzenz Knor (SPÖ) (*fortsetzend*): Daher glaube ich, Kolleginnen und Kollegen, sind Sie als ÖVP in dieser Causa sehr unglaubwürdig, denn Sie müssen sich vielleicht ... (*Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Vinzenz Knor (SPÖ) (*fortsetzend*): ... unters Volk mischen, Bevölkerung kennen lernen.

Es war wirklich nicht leicht, am Samstag die Aufgebrachtheit der Bevölkerung sogar in Güssing mitzutragen. Es waren Aussagen, die ich hier wirklich nicht wiederholen möchte, was hier alles gefallen ist. So hoch sind die Emotionen gegangen, und ich glaube, hier hat man eben bedingt durch diese Art, wie hier vorgegangen wurde, diese Emotionen sehr, sehr stark geweckt.

Mit diesen geplanten 300 Plätzen für Asylwerber, glaube ich, wissen wir von Traiskirchen, dass das nicht so ist, sondern dass die Zahl leider viel größer werden könnte.

Der Herr Landesrat Bieler hat das heute schon bezüglich des Tourismus angesprochen. Es ist wirklich auch ein Problem in dieser Gegend.

Herr Kollege Temmel, die Weinidylle, das muss ich ehrlich sagen, das ist etwas wirklich Tolles, das ist ein Werbeslogan, der so unter die Haut, glaube ich, geht. Und ob das jetzt mit dem zu verbinden ist, wo sich einige Weinbauern bemühen, sich besonders bemühen, hier etwas zu schaffen, ist großartig, und dann dieses Drüberfahren mit dieser Aktion von der Frau Minister Fekter, das verstehe ich überhaupt nicht und ich glaube auch nicht, dass die Bevölkerung das versteht. (*Abg. Walter Temmel: Ich auch nicht!*)

Und was der Bevölkerung wirklich aufstößt, dass Sie jetzt hergehen und glauben, sagen zu können, Sie haben von nichts gewusst. Der Landeshauptmann-Stellvertreter weiß nichts. Das kann ich mir nicht vorstellen und das nimmt Ihnen niemand ab, dass ein Ortsparteiobmann und Bürgermeister mit dem Landesobmann nicht spricht, mit seinem Landeshauptmann-Stellvertreter und zuständigen Gemeindereferent. Das nimmt Ihnen niemand ab, dass Sie davon nichts gewusst haben und mit dem müssen Sie leben und werden Sie auch leben müssen.

Der Herr Klubobmann hat unseren Antrag schon erklärt. Wir sind dafür, dass diese Volksbefragung im südlichen Burgenland, in den Bezirken Oberwart, Güssing und

Jennersdorf, stattfindet. Wir sind das der Bevölkerung dieser drei Bezirke schuldig. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zur Volksbefragung noch kurz etwas dazu sagen.

Abgesehen davon, glaube ich, dass ein bisschen mehr Sensibilität, was die Sprache anbelangt, hier im Hohen Haus schon gefragt ist, abgesehen von den persönlichen untergriffigen Anwürfen, *(Abg. Vinzenz Knor: Das sagen Sie gerade beim Austeilen.)* wo Ihr Landesrat sich fürchterlich beschwert hat, wie er wo hineininterveniert hat. *(Abg. Ewald Gossy: Du verteidigst die ÖVP-Minister.)* Das möchte ich nur sagen.

Aber zur sprachlichen Sensibilität. *(Abg. Ewald Gossy: Du verteidigst nur die ÖVP.)* Es werden heute ständig Begriffe, wie Asylanten und Lager hier verwendet. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Ewald Gossy: Sehr tief! Sehr tief!)*

Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich um Flüchtlinge oder AsylwerberInnen handelt und nicht um Asylanten, denn das ist doch ein Schimpfwort und es handelt sich auch nicht um ein Lager.

Ich glaube, dass wir hier in der sprachlichen Anwendung schon ein bisschen differenzieren müssen, wenn wir von Lagern und von Asylanten sprechen.

Zur Volksbefragung möchte ich sagen, dass wir grundsätzlich für eine Volksbefragung sind, für eine Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung sind, sowie dies auch in der Steiermark der Fall war.

Wenn es hier aber jetzt um eine Volksbefragung für das gesamte Südburgenland geht, wo sich Rot, Schwarz und, ich nehme an, auch die Freiheitlichen einig sind, dann muss ich schon sagen, dass das ein Missbrauch dieses direktdemokratischen Demokratieinstrumentes ist. *(Abg. Ewald Gossy: Ganz im Gegenteil! Ganz im Gegenteil!)*

Ich möchte Sie nämlich nur daran erinnern, dass es für die geplante S7 gültige Volksbefragungen gibt, die bis heute von der ÖVP und von der SPÖ völlig negiert wurden. *(Abg. Christian Illedits: Eine Notifikation. - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dort haben sich in den betroffenen Ortschaften 96, 99, 83 und 82 Prozent gegen den Bau der S7 ausgesprochen. *(Abg. Christian Illedits: Bei einer Wahlbeteiligung von 40 Prozent.)*

Es ist dies eine Tourismusregion und niemand von Ihnen hat sich darum gekümmert, was die Bevölkerung dort will.

Dort fahren Sie über die Menschen, so wie Sie es brauchen, ob mit absoluter Mehrheit, oder mit den absoluten Mehrheiten der ÖVP-Bürgermeister im Südburgenland über die Anliegen der Menschen darüber.

Da haben Sie nicht gesagt: Lassen wir die Leute mitreden! Nein, denn dort passt es Euch nicht in den Kram.

Dort missbraucht Ihr aber jetzt ein direktdemokratisches Instrument, um das ganze Südburgenland abzufragen, ob in Eberau die Erstaufnahmestelle entstehen soll, oder nicht.

Wie gesagt: Ja, wir sind für die Einbeziehung der Bevölkerung, aber nicht für den Missbrauch von Volksbefragungen, was hier abläuft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deshalb, glaube ich, muss man ganz wesentlich zwei Dinge unterscheiden: Man muss hier erstens die Vorgangsweise unterscheiden, die, aus unserer Sicht, völlig abzulehnen ist. Das Zweite ist aber die Errichtung einer Erstaufnahmestelle, einer dritten in Österreich, um Traiskirchen zu entlasten. Da ist aber ganz Österreich gefragt, denn das kann man nicht wie eine heiße Kartoffel hin und her schieben.

Eines muss ich auch noch sagen: Im Stimmenfang auf der rechtspopulistischen Seite, um der FPÖ Stimmen eventuell nicht zukommen zu lassen, was jetzt offensichtlich der Fall sein wird, übereifern Sie sich im Wettlauf mit Ihnen. *(Abg. Ewald Gossy: Sie haben nichts verstanden! Sie haben von dem heutigen Tag absolut nichts verstanden!)*

Sie bereiten der FPÖ und ihrem rechtspopulistischen Anliegen den Boden auf. Die Leute werden in dieser Sache zu jenen gehen, die das seit vielen Jahren glaubhaft vertreten, nämlich, eine menschenverachtende Flüchtlings- und Asylpolitik.

Tatsache ist, dass Sie mit dieser Politik das Klima derartig vergiftet haben, dass eine Erstaufnahmestelle wie eine heiße Kartoffel hier hin und her geschoben wird und Sie nichts anderes zu tun haben, als zu sagen: Bei uns überhaupt nicht!

Ja, das sind zwei verschiedene Dinge. *(Abg. Ewald Gossy: Sie sind also dafür, dass bei uns ein Erstaufnahmezentrum gebaut wird oder?)* Ich denke, dass die Erstaufnahmestellen, wie in Traiskirchen, wo 800 oder 900 Leute aufgenommen werden, viel zu groß sind.

Es gibt dort nämlich viel zu viele Schwierigkeiten zwischen jenen Leuten, die von zu Hause geflüchtet sind, die gegenseitig im Krieg stehen, und sich dann dort wieder treffen oder möglicherweise von anderen Völkern abstammen, vor denen sie geflüchtet sind und die sich dort ebenso wieder treffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das kann sich auch nicht positiv auswirken. Eines muss ich sagen: In dieser Woche ist das Weihnachtsfest. Ein ganz wesentlicher Teil des Weihnachtsfestes ist die Herbergssuche.

Man wird nicht müde, die bösen Menschen vor 2.000 Jahren zu geißeln, die der Heiligen Familie keine Unterkunft gegeben haben. Das, was wir hier tun, ist allerdings durchaus mit dem zu vergleichen.

Jeder, der zu Weihnachten in die Kirche geht, sollte daran denken, dass es nicht darum geht, was vor 2.000 Jahren war, sondern, was heute ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ewald Gossy: 300 fremde Leute zu 1.000 Einwohnern einer Gemeinde!)*

Noch einmal: Es gibt eine wesentliche Differenzierung zwischen der Vorgangsweise, die abzulehnen ist, und zwischen dem, das reflexartig alle sagen, nämlich: Bei uns kommt das überhaupt nicht in Frage!

Die sollen nach Kärnten oder sonst wohin gehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Walter Prior *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Josko Vlasich eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren

Abgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. *(Abg. Ilse Benkö: Nicht einmal er selbst!)*

Ich lasse nun über den vom Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Maga. Margarethe Krojer: Rot und Schwarz zusammen! – Abg. Anna Schlaffer: Da geht es um das Demokratieverständnis! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp des intransparent und undemokratisch vorbereiteten sowie widerrechtlich genehmigten Projektes eines Asylwerbererstaufnahmezentrums in Eberau ist somit mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend S31 (Zahl 19 - 868) (Beilage 1389)

Präsident Walter Prior: Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend S31, Zahl 19 - 868, Beilage 1389, und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Umfahrung Schützen am Gebirge ist Gegenstand des heutigen Dringlichkeitsantrages. Dieser Straßenabschnitt soll mit einem zweistreifigen Querschnitt als lokale Ortsumfahrung, wie er auch im Landesstraßenbau verwendet wird, mit einem Anschluss an die B50 ausgebaut werden. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Abstand zu den Siedlungsgebieten von Schützen beträgt bei der nördlichen Umfahrung von Schützen zirka 850 Meter. Das Ende der Umfahrung von Schützen am Gebirge wird nördlich von Schützen als Kreisverkehr mit einer Einbindung in die Landesstraße B50 ausgebildet.

Diese Umfahrungsstraße ermöglicht eine wesentliche Verkehrsentslastung der Ortsdurchfahrt von Schützen sowohl für den PKW-Verkehr, als auch für den LKW-Ziel- und Querverkehr.

Für den LKW-Transitverkehr besteht bereits ein LKW-Fahrverbot über 3,5 Tonnen im gesamten Abschnitt der B50, zwischen Eisenstadt und Neusiedl am See. Eine Weiterführung dieser Straße nach Fertigstellung der Umfahrung von Schützen bis Neusiedl am See beziehungsweise auch Parndorf ist nicht möglich.

Einerseits fehlt dafür die rechtliche Grundlage, und zwar die Festlegung und Aufnahme im Bundesstraßengesetz, und andererseits ist auch aus fachlicher Sicht aus

Gründen der Prädikate, wie beispielsweise UNESCO - Welterbe, Nationalpark, Natura 2000 Gebiet, Landschaftsschutzgebiet, Ramsargebiet oder Biosphärenreservat, eine Trassenführung im Korridor von Donnerskirchen bis Neusiedl am See beziehungsweise auch Parndorf nicht angebracht.

Außerdem haben sich die Gemeinden entlang der B50, außer Schützen am Gebirge, im Zuge der Volksbefragung im Jahr 2001 gegen Umfahrungen der Ortsgebiete ausgesprochen. Nach der Fertigstellung der Umfahrung von Schützen am Gebirge soll daher keine Weiterführung einer Bundesstraße nach Neusiedl am See beziehungsweise auch Parndorf erfolgen.

Obwohl aus zahlreichen Meldungen von Expertinnen und Experten, von Politikerinnen und Politikern, festgehalten wurde, dass kein Weiterbau stattfinden wird, gibt es, leider Gottes, Leute, die bewusst hier Angst schüren.

An vorderster Front leider die Grünen, aber auch einige ÖVP-Funktionäre, die hier mit den Ängsten in die Gemeinden gehen und hier die Bevölkerung stark verunsichern. Es wird keine Möglichkeit ausgelassen, um den Menschen einzureden, dass der Lückenschluss von Eisenstadt nach Parndorf in Planung ist.

Ich frage mich: Wer hätte denn das planen sollen? Wer hat das im Schilde? Geht es hier vielleicht ausschließlich nur darum, dass man schon präventiv für den Wahlkampf einige Themen sammelt, um hier nicht einen Bauchfleck zu landen?

Mit Un- oder Halbwahrheiten wollen wir nichts zu tun haben. Wir übernehmen Verantwortung und entlasten Schützen. Das haben sich die Bewohner von Schützen auch verdient. Sie haben das auch eindrucksvoll bei der Volksbefragung im Jahr 2001 dargelegt.

Deswegen wird Landeshauptmann Hans Niessl einen Notariatsakt unterschreiben, der einen Lückenschluss verhindert. Dieser Notariatsakt soll den Bewohnern der Anrainergemeinden die Sicherheit geben, dass der Lückenschluss nicht in Frage kommt. *(Abg. Ilse Benkö: Der ist doch das Papier nicht wert.)*

Außerdem werden die Bürgermeister der Anrainergemeinden und der Umweltanwalt eingeladen, Partner zu sein, wenn es darum geht, die Unterschrift vor dem Notar zu erwirken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir fordern daher die Burgenländische Landesregierung auf, an die Bundesregierung heranzutreten, auch hinkünftig aus den vorab genannten Gründen eine Festlegung des Abschnittes zwischen dem Ende der Umfahrung von Schützen und der Anbindung Neusiedl am See beziehungsweise auch Parndorf im Bundesstraßengesetz nicht vorzunehmen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hergovich! So unglaublich sind Sie geworden, dass Sie es notwendig haben, einen Notariatsakt zu unterfertigen. *(Landesrat Helmut Bieler: Deswegen, weil Sie gelogen haben! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Walter Prior: Herr Landesrat! Ich würde Sie bitten, dies zurück zu nehmen oder ich muss Ihnen einen Ordnungsruf erteilen. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein!)*

Herr Landesrat! Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf! (*Landesrat Helmut Bieler: Ich nehme es zurück! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE) (*fortsetzend*): Der Landeshauptmann hat angekündigt, dass die ASFiNAG die vorliegenden Pläne der Umfahrung Schützen mit der UNESCO erörtern soll. So lese ich das in den Medien.

Das hat die Kronen Zeitung gebracht, das haben vorige Woche die Bezirksblätter und andere Medien so gebracht, nämlich, dass der Herr Landeshauptmann das angekündigt hat.

Herr Landeshauptmann! Seit Jahren laufen die Vorverfahren für diese Verlängerung der S31. Seit Jahren sind Ihnen die Argumente der Naturschützerinnen und Naturschützer der umliegenden Gemeinden sowie der Gemeinde selbst bekannt.

Nun müssen Sie ankündigen, dass Sie notariell beglaubigen wollen, dass es zu keinem Weiterbau kommt. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ja, ich habe ohnehin gesagt: So unglaublich ist die Politik, dass man einen Notariatsakt dazu braucht. Ich denke, dass hier, in diesem Antrag, zwei Dinge zu unterscheiden sind.

Der eine Punkt ist der Weiterbau der S31 bis westlich von Schützen. Das Zweite ist der Weiterbau von dieser Anschlussstelle bis an die A4. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe, die aber sehr eng miteinander zusammenhängen.

Ich würde mir wünschen, dass Sie hier ebenfalls die Interessen der Menschen berücksichtigen, denn es sind in jeder Gemeinde über 500 Unterschriften und Einsprüche gegen diese Trassenführung, die jetzt vorliegt, eingebracht worden.

Die müssen Sie auch berücksichtigen, und nicht nur dort, wo Sie meinen, populistisch die Volksbefragung missbrauchen zu müssen, (*Landesrat Helmut Bieler: Hat es schon gegeben. Hat es bereits gegeben!*) sondern auch dort, wo es Volksbefragungen gibt, dass dort auch diese berücksichtigt werden.

Heute wurde schon gesagt, dass die Bevölkerung von Schützen kleine Umfahrung haben will. Sie wollten eine im Süden haben, denn dafür haben sie gestimmt. Sie bekommen keine kleine Umfahrung, sie bekommen sie auch nicht im Süden, sondern, sie bekommen sie im Norden und sie bekommen eine S31 vorgesetzt. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Der Herr Landeshauptmann hat auch gesagt, dass auch die kleine Variante noch nicht vom Tisch sei. Mich wundert es nur, dass jetzt, fünf Monate vor der Wahl, plötzlich gemeint wird: (*Abg. Ilse Benkö: Genau! Das ist der Punkt!*)

Ja, da kann man doch noch reden, noch überlegen und das fünf Monate vor der Wahl jetzt plötzlich der Notariatsakt oder zumindest die Ankündigung dazu kommt.

Im heutigen Dringlichkeitsantrag steht, dass das Land an den Bund herantreten soll. (*Abg. Anna Schlaffer: Wir arbeiten halt bis zum Schluss.*)

Er wird aufgefordert, auch hinkünftig aus den fort genannten Gründen eine Festlegung des Abschnittes zwischen dem Ende der Umfahrung von Schützen und der Anbindung Neusiedl am See Parndorf (*Abg. Anna Schlaffer: Ich kenne mich jetzt wirklich nicht mehr aus. Zuerst soll der Landtag arbeiten und wenn er weiter arbeitet, ist es auch nicht recht.*) im Bundesstraßengesetz nicht vorzunehmen. (*Abg. Paul Fasching: Das ist klar!*)

Ich kritisiere hier schon sehr oft, dass die SPÖ an den Bund Anträge stellt und in Ihren eigenen Handlungsmöglichkeiten diese nicht wahrnimmt.

Der Bund redet überhaupt nicht von einem Lückenschluss. Beim Bund ist das kein Thema. Der Bund wollte auch diese Verlängerung der S31 bis Schützen nicht, weil er weiß und auch die ASFiNAG weiß es, als Aktiengesellschaft, dass das ökonomisch ein völliger Nonsens ist. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Abgesehen davon, dass es ökologisch ein Wahnsinn ist. Der Herr Landeshauptmann hat sehr wohl jetzt mitbekommen, dass die UNESCO von einer absoluten Mehrheit im Burgenland, die über die Leute drüberfährt, nicht sehr beeindruckt ist, sondern dass die eigenständig arbeiten und das möglicherweise hier ein sehr wichtiges Prädikat, nämlich das UNESCO-Welterbepredikat, in Gefahr ist.

Sie, Herr Landeshauptmann, hätten über die letzten Jahre Zeit genug gehabt, diese Bedenken, die alle schriftlich seit Monaten aufliegen, die jetzt im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren vorliegen, zu beachten.

Sie sagen, dass sich die ASFiNAG mit der UNESCO gefälligst unterhalten soll. Im Verfahren hat das aber überhaupt keine Bewandtnis.

Das heißt, Sie hätten sich im Verfahren einbringen sollen. Dort haben Sie das nicht getan. Nun aber zu dem, was Sie hier jetzt verlangen:

Dem Bund ist das völlig egal, ob es zwischen Eisenstadt und Parndorf jetzt eine Straße gibt. Das wollen Sie. Ich erinnere mich noch mit Schrecken an die Überlegungen zu einer Panoramaautobahn, die es im Jahr 2000 gegeben hat. Zu den Plänen, die der Herr Landeshauptmann damals präsentiert hat, möchte ich nur sagen, dass die einzigen, die das wollten, die Burgenländische Landesregierung war. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Herr Kollege Hergovich! Damals waren Sie noch nicht im Landtag. Da haben wir hier ein Landesverkehrskonzept beschlossen. In diesem Landesverkehrskonzept ist, als langfristige Maßnahme im Straßenverkehr, dieser Lückenschluss enthalten.

Der Bau einer hoch/höherrangigen Straße zwischen Eisenstadt und Neusiedl am See. Das ist im Verkehrskonzept enthalten. Konkret steht, dass mir nicht jemand sagt, ich hätte es falsch zitiert, „die Schaffung einer hoch/höherrangigen Verbindungsstraße Eisenstadt-Parndorf-Bruck a.d.Leitha als langfristige Maßnahme im Straßenverkehr“.

Wie können Sie behaupten, dass Sie das nicht wollen, wenn Sie das tun? Wenn Sie das behaupten, dann müssen Sie das als erste Maßnahme aus dem Verkehrskonzept streichen.

Ich habe Sie auch darauf aufmerksam gemacht, dass im Internet auf www.aufguteverbindung.at dieses Verkehrskonzept steht. Es wurde mittlerweile vom Server genommen. Das gibt es jetzt nicht mehr. Dort kann man nicht mehr nachschauen.

Aber, das, was hier im Landtag beschlossen ist, das sitzt und pickt und das kann man nicht weglegen. (*Landesrat Helmut Bieler: Verändern kann man es.*)

Auch wenn Sie ein Verkehrskonzept vorgelegt haben, wo das nicht enthalten ist, muss ich Ihnen sagen, dass wir es uns in der Landtagsdirektion ausheben haben lassen. Was haben wir denn beschlossen?

Haben wir dieses Exemplar beschlossen, mit dem Sie durch die Gegend gehen oder haben wir das beschlossen, was bis vor kurzem auf www.aufguteverbindung.at, auf der Homepage des Landeshauptmannes himself, gestanden ist?

Da gibt es einen Widerspruch! Herr Kollege Hergovich! Wenn Sie tatsächlich den Menschen erklären wollen, dass das nicht der Wille des Landes ist, dann würde ich vorschlagen, dass Sie dort, wo Sie die Handlungsmöglichkeit haben, das aus dem Verkehrskonzept herausnehmen.

Das steht aber in Ihrem Antrag nicht. In ihrem Antrag steht aber nicht, wir haben die Möglichkeit, wir nehmen das heraus.

Nein, Sie sagen, der Bund soll etwas tun. Wir haben jetzt einen Abänderungsantrag eingebracht, wo wir die Beschlussformel genauso wie ihre gelassen, sie aber ergänzt haben.

Diesen Abänderungsantrag möchte ich auch einbringen. Der Text ganz der Gleiche wie Ihrer, nur haben wir dazugefügt: Die Burgenländische Landesregierung wird weiters aufgefordert, die Schaffung einer hoch/höherrangigen Verbindungsstraße Eisenstadt-Parndorf-Bruck a.d.Leitha als langfristige Maßnahme im Straßenverkehr aus dem Burgenländischen Verkehrskonzept zu nehmen.

Wenn Sie das unterstützen, dann erwarte ich mir, dass Sie unseren Abänderungsantrag unterstützen, weil dann wären Sie glaubhaft, und nicht an die Bundesregierung heranzutreten, die gar kein Interesse bekundet hat, irgendetwas in dieser Richtung zu tun. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich bringe den Abänderungsantrag ein. Muss ich die Beschlussformel vorlesen oder reicht das? (*Abg. Vinzenz Knor: Die Beschlussformel.*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Die Beschlussformel.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (Grüne) (*fortsetzend*):

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, die Verlängerung der S31 vom Knoten Eisenstadt bis zur Einmündung in die B50 westlich - ach so, das haben wir auch noch ergänzt - das habe ich vergessen.

Wir sind natürlich interessiert daran, dass der Weiterbau der S31 sehr wohl die Bedenken der Bevölkerung und der Umweltschützer ernst genommen wird und unser Abänderungsantrag beinhaltet auch das.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, die Verlängerung der S31 vom Knoten Eisenstadt bis zur Einmündung in die B50 westlich von Schützen zu stoppen und vom Bau einer hoch/höherrangigen Straße zwischen Eisenstadt und Neusiedl am See Abstand zu nehmen, weil

- dieses Gebiet UNESCO Welterbe, Nationalpark, Natura 2000 Gebiet, Landschaftsschutzgebiet, Ramsargebiet und Biosphärenreservat ist und daher eine Weiterführung nicht angebracht ist,
- sich die Gemeinden entlang der B50 (außer Schützen am Gebirge) im Zuge der Volksbefragung im Jahre 2001 gegen Umfahrungen der Ortsgebiete ausgesprochen haben, und
- eine Festlegung im Bundesstraßengesetz nicht erfolgt ist und auch nicht erfolgen soll.

Die Burgenländische Landesregierung wird weiters aufgefordert, die Schaffung einer hoch/höherrangigen Verbindungsstraße Eisenstadt-Parndorf-Bruck a.d.Leitha als langfristige Maßnahme im Straßenverkehr aus dem Burgenländischen Verkehrskonzept zu nehmen.

Außerdem wird die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, auch hinkünftig, aus den vorab genannten Gründen, eine Festlegung des Abschnittes von Eisenstadt bis zur Anbindung Neusiedl am See/Parndorf im Bundesstraßengesetz nicht vorzunehmen. *(Die Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Walter Prior: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlung mit einbezogen wird. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landesrat Helmut Bieler das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich melde mich deshalb zu Wort, weil die Frau Klubobfrau der Grünen permanent irgendetwas Falsches in den Raum stellt und weil ich beweisen kann, dass ich seit langem genau diese Argumente, nämlich Welterbe, Natura 2000 oder Gemeinderatsbeschlüsse verwende, um zu beweisen, dass ein Weiterbau der S31 weder möglich, noch sinnvoll, noch erwünscht ist. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

8. September 2008: Unter dem Titel „Umfahrung Schützen ist Teil des Infrastrukturausbaues im Burgenland“ habe ich Folgendes gesagt: Fest steht schon seit 2001, dass die ASFiNAG die Umfahrung Schützen bauen soll und es keinen Weiterbau bis Neusiedl geben kann, weil Natura 2000, Welterbegebiet, Beschlüsse der Gemeinden dagegen sprechen.

7. Juli 2009: Unter dem Titel „Land steht zum Weiterbau der S31 Umfahrung Schützen, Bürgerinitiativen zu Gesprächen geladen“ habe ich gesagt: Die Hauptargumente der Gegner konnten bei dieser Diskussion entkräftet werden, weil es einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse aller Gemeinden an der B50 gibt, keinen Weiterbau zu akzeptieren.

Weil das gesamte Gebiet zwischen Leithagebirge und Neusiedler See nicht nur Natura 2000 Gebiet, sondern auch UNESCO - Welterbe ist. All diese Fakten erlauben keine höherrangigen Straßen in dieser sensiblen Region. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Dann stimmen Sie unserem Antrag zu! Das kann doch dann kein Problem sein!)*

20. September 2009: Budgetdebatte in der Landtagssitzung: Ich darf nochmals daran erinnern, dass wir hier in einem Welterbebereich sind und uns die UNESCO diesen aberkennen würde, wenn wir die Straße bauen oder nur überlegen würden, sie zu bauen. Wir haben in diesem Bereich auch Natura 2000 Gebiete. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Seite 67 – Burgenländisches Verkehrskonzept! Sie brauchen nur nachzulesen, was dort steht!)*

Hier gibt es ein Verschlechterungsverbot. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Da steht etwas ganz anderes!)* Die Bürgermeister, die dagegen wettern, können sich offensichtlich nicht mehr daran erinnern, dass sie selbst den Beschluss dagegen gefasst haben. Komischerweise die ÖVP Bürgermeister. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher sind das Geschichten, die gestreut werden, um die Leute zu verunsichern.

7. Oktober 2009: Titel auf Initiative von mir: *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Sie haben bis heute das Verkehrskonzept nicht geändert.)* „Keine Vollanschlussstelle bei Oslip.“ Es wird keine Verlängerung der S31 geben, weil dadurch das UNESCO Welterbegebiet gefährdet wäre. Das will niemand.

9. Oktober 2009: Flugblatt: „Keine Vollanschlussstelle bei Oslip“ und auch hier wieder die Festlegung: Keine Weiterführung, da dieses Gebiet von der UNESCO zum Welterbegebiet erklärt wurde.

29. Oktober 2009 in der Landtagssitzung: Genau die gleiche Argumentation.

Am 9. Dezember 2009 haben wir in der Regierung einstimmig beschlossen, dass es keine Weiterführung der S31 geben soll. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Bis heute haben Sie das Verkehrskonzept nicht geändert!)* Hören Sie mir zu, sonst sagen Sie wieder das Falsche. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Solange es so im Burgenländischen Verkehrskonzept steht, behält es seine Gültigkeit! Auch wenn Sie etwas anderes sagen. Gültig! Punkt! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

9. Dezember. Auch wenn Sie es noch hundertmal sagen: *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Es ist aber hundertmal so!)*

Man kann dieses Dokument, weil es ein Dokument von damals ist, nicht ohne weiteres verändern, sonst wäre es Dokumentenfälschung. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Aber sicher! Ein einfacher Landtagsbeschluss genügt. Mit Ihrer absoluten Mehrheit können Sie das ändern!)*

Das ist dieselbe Vorgangsweise, wie der *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Nein! Nein!)* Klubobmann... *(Allgemeine Unruhe)*

Präsident Walter Prior *(das Glockenzeichen gebend)*: Frau Kollegin Krojer! Wir sind hier im Landtag und nicht im Kaffeehaus! Da gibt es keine Zwiegespräche, sondern da gibt es Rede und Antwort. Wenn Sie das wollen, dann ist das in Ordnung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten).*

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ) *(fortsetzend)*: Was die Klubobfrau der Grünen hier fordert, ist Dokumentenfälschung, ähnlich wie die Aufforderung zum Amtsmissbrauch, wie das der Klubobmann der ÖVP gemacht hat. *(Abg. Ilse Benkö: Aber geh! - Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das ist aber jetzt eine infame Unterstellung! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Sie haben hier offensichtlich die Dinge vertauscht!)* Sie passen von der Vorgehensweise her und auch von der Inhalten sehr gut zur ÖVP dazu. Vielleicht können Sie das nächste Mal bei der ÖVP kandidieren. Das wäre ja möglich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben deshalb diesen Dringlichkeitsantrag heute eingebracht, weil das, was wir seit vielen Jahren sagen, bekräftigt werden soll. Die ÖVP, die Grünen, aber auch einige Bürgerinitiativen haben die Menschen verunsichert.

Sie haben bewusst in Frage gestellt, dass die Weiterführung der S31 möglich wäre. Mitnichten! All diese Aussagen, die ich vorhin aufgezählt habe, belegen, dass wir seit 2001 immer wieder gesagt haben, dass wir gegen eine Weiterführung der S31 nach der Umfahrung aus den und den Gründen sind.

Dass Sie dann dieses Argument, das ich seit mehr als einem Jahr bezüglich des Welterbes verwendet habe, hernehmen, und versuchen, es umzudrehen, das ist eine typische Vorgangsweise der ÖVP und jetzt auch von Ihnen.

Wir stehen dazu! Wir haben es in der Regierung beschlossen und es wird auch heute im Landtag, so nehme ich an, beschlossen werden, *(Abg. Ilse Benkö: Keine Frage! Bei einer absoluten Mehrheit!)* dass wegen des UNESCO - Welterbes, wegen des Nationalparks, wegen des Natura 2000 Gebietes, wegen des Landschaftsschutzgebietes, wegen des Ramsargebietes und wegen des Biosphärenreservates keine Weiterführung der S31 nach der Umfahrung Schützen erfolgen soll.

Dass die Gemeinden dagegen gestimmt haben, das wissen wir und brauchen wir heute nicht zu bekräftigen. Auch das ist ein wichtiger Grund.

Jetzt kommt die nächste Schmähschmähparade, die Sie in Ihrem Abänderungsantrag hineingebracht haben: Das, was Sie selber hineingeschrieben haben, wollen Sie noch einmal verdoppeln, nämlich, dass eine Festlegung im Bundesstraßengesetz nicht erfolgt ist und auch nicht erfolgen soll. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Aus Eurem Antrag entnommen.)*

Das heißt, auch später keine Möglichkeit des Ausbaues. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Geh Alter!)* Nichts anderes oder Sie können nicht Deutsch. Ich kann das nur so lesen, dass das nicht ist und auch nicht erfolgen soll. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das habe ich wortwörtlich von Eurem Antrag entnommen, bitte! Wortwörtlich!)*

Sie haben gesagt, Sie wollen doch eine Abänderung und wollen dann wieder eine Schmähschmähparade hinlegen. Wir stehen dazu, dass es mittels eines Notariatsaktes bekräftigt werden soll.

Wir laden Sie alle ein, das zu unterstützen. Die Gemeinden genauso wie die Klubs, wie die Parteien, die im Landtag vertreten sind, weil wir damit ganz klar und noch einmal - nach der Verunsicherung der ÖVP Bürgermeister, der Vizebürgermeister, der Ortsobmänner und der Grünen in der Region bekräftigen wollen, dass hier die Menschen unnötig verunsichert wurden und dass eine Fortführung der S31 nach der Umfahrung Schützen nie angedacht war. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Ilse Benkö das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete:

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Dass der Herr Landeshauptmann das Thema zur geplanten Verlängerung der S31 von Eisenstadt in Richtung Neusiedl angeschlagen hat, war für mich persönlich schon ein deutlicher Hinweis auf das Vorziehen der Landtagswahl.

Herr Kollege Knor! Die SPÖ hat in der Legislaturperiode niemals damit ein Problem gehabt, gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung zu handeln. Das zeigte die Öffnung der Grenzen in Richtung Osten. Das zeigt, ich habe es heute in der Fragestunde schon erwähnt, die geplante Müllverbrennungsanlage in Heiligenkreuz und das zeigt die projektierte Verlängerung der S31. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt natürlich, wo Wahlen in Sicht sind, zählt auch für die SPÖ auf einmal die Meinung der Bevölkerung. Das zeigt auch Eberau. Herr Kollege Knor! Ich sage Ihnen Folgendes: Überall dort, wo absolute Mehrheiten vorhanden sind, egal ob Rot oder Schwarz, wird drübergefahren.

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Knor: Ich ziehe den Hut vor der Bevölkerung in Eberau. Das war Mut, Zivilcourage, das ist gut und richtig so,

Weil, ich sage Ihnen, überall wo es Skandale gibt und wo einer aufklären will, bedarf es dreier wichtiger Aspekte. Nämlich ein ganz wichtiger Aspekt ist, dass die vertretenen Politiker interessiert sind, Skandale aufzuklären.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist, dass die Medien das auch berichten.

Und der wesentlichste Aspekt, und das haben die Eberauer bewiesen, der wesentlichste Aspekt ist, dass es sich die Menschen nicht mehr gefallen lassen, dass man über sie drüber fährt. Das ist richtig und gut so und ich ziehe, wie gesagt, den Hut vor der Bevölkerung in Eberau.

Sehr geehrte Damen und Herren! Jeder Kritiker der Verlängerung der S31 wurde von der SPÖ in den letzten Jahren gleichsam, könnte man so sagen, mit einem nassen Fetzen davon gejagt. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Massenmörder haben sie gesagt.*) Genau.

Bedenken wurden ignoriert, oder ganz einfach vom Tisch gewischt. Und der Herr Landesrat Bieler macht das ja immer perfekt, es ist alles null und nichtig. Er erklärt das alles für nichtig. Jetzt auf einmal hört man ganz andere Töne.

Zwar ist das Projekt nach wie vor noch nicht ad acta gelegt, aber immerhin thematisiert die SPÖ nun die Befürchtungen, wonach die Verlängerung der S31 von Eisenstadt in Richtung Schützen und Donnerskirchen zum Grundstein für einen Lückenschluss zwischen dem hochrangigen Verkehrswesen in den Bezirken Eisenstadt und Neusiedl werden könnte.

Und ich sage Ihnen gleich vorweg, dass wir Freiheitliche dem Antrag nicht zustimmen werden. Wir sind zwar ebenfalls gegen den Lückenschluss, jedoch würde die Zustimmung - und das ist das, was wir nicht wollen - die Zustimmung zu dem Antrag von der SPÖ, würde auch eine Zustimmung zur geplanten Verlängerung der S31 bedeuten und die, wie Sie wissen, lehnen wir ab.

Unsere Ablehnung, meine Damen und Herren, und das ist ja heute nichts Neues, haben wir bereits in vielen Anträgen im Landtag und auch im Nationalrat dokumentiert. Diese Verlängerung ist in jeder Hinsicht, und das hat meine Vorrednerin, die Kollegin Krojer schon gesagt, ein Unsinn.

Dieses Projekt ist sündteuer und wir in echtem Geld, so könnte man sagen, na ja rund eine Milliarde Euro kosten. Die Verlängerung wird eine Schneise durch den Bezirk Eisenstadt-Umgebung und durch ein touristisch hochwertiges Gebiet schlagen.

Geschätzte Damen und Herren! Sie wird ein paar hundert Bewohner von Schützen am Gebirge entlasten, aber - und das sage ich Ihnen - tausende Bürger in den anderen Gemeinden und auch in Schützen werden dadurch belastet werden.

Die SPÖ spricht sich nach wie vor für eine kleinräumige Südumfahrung von Schützen am Gebirge aus. Diese würde lediglich einen Bruchteil des ÖVP-Monsterprojektes kosten, die Natur und die Bevölkerung allerdings, und das ist uns sehr wichtig, schonen. Aber das wollen Sie ja nicht.

Der Notariatsakt ist auch schon angesprochen worden. Und ich habe gesagt, der Notariatsakt ist nicht einmal das Papier wert, auf dem er stehen wird. Ebenso ist das der heutige Antrag, der sehr wenig Gewicht hat.

Schließlich muss ich Ihnen sagen, hat sich dieser Landtag vor wenigen Stunden aufgelöst und nach der Wahl werden die Karten ohnehin wieder neu gemischt.

Darüber hinaus wird es wohl nicht, leider Gottes, nicht in der Hand burgenländischer Politiker liegen, ob der Lückenschluss zwischen Eisenstadt und

Neusiedl kommen wird. Das werden andere Machthaber entscheiden bei der ASFiNAG, in der Bundesregierung und natürlich auch in Brüssel.

Also da möchte ich gleich kurz bei der ASFiNAG bleiben. Die Aufgabe der ASFiNAG ist es ja nicht, Ortsumfahrungen zu errichten. Ihre Aufgabe besteht in der Errichtung und Instandhaltung hochrangiger Verkehrswege.

Im Grunde genommen trifft die ASFiNAG sogar die Pflicht, Straßen zu machen und es liegt ja wiederum da die Verantwortung, warum die ASFiNAG eigentlich ein Interesse an einem Lückenschluss haben muss.

Ich sage Ihnen, die Europäische Union und natürlich auch die Frächterlobbys, haben ebenfalls Interesse an einem Lückenschluss. Es ist schon richtig, aus europäischer Sicht braucht man eine hochrangige Verkehrsverbindung zwischen Osteuropa und Norditalien.

Und ich sage Ihnen, geschätzte Damen und Herren, das Burgenland ist da ein dankbares Opfer. Und ich sage Ihnen weiters, es wird niemanden interessieren, was irgendwelche Regionalpolitiker wollen.

Außerdem werden wir - und vor allem, Herr Landeshauptmann - nehme ich einmal an, beim Startschuss zum Lückenschluss schon lange nicht mehr in Amt und Würden sein, weil, wie erwähnt, wir haben uns ja aufgelöst.

Abschließend, Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen, die einzige Möglichkeit zur Verhinderung des Lückenschlusses ist das Aussteigen aus dem Projekt der Verlängerung der S31 in Richtung Schützen und Donnerskirchen und, wie bereits erwähnt, der Bau einer kleinräumigen Südumfahrung für die Gemeinde Schützen am Gebirge.

Ich habe Ihnen gesagt, der vorliegende Antrag ist eine Täuschung, Herr Kollege Knor, eine Täuschung ersten Ranges. Sie, als SPÖ, wollen die Bürger täuschen, um bei der Landtagswahl keinen Nachteil zu haben.

Wir Freiheitliche sagen „Nein“ zum Lückenschluss. Wir sagen „Nein“ zur Verlängerung der S 31 und daher sagen wir Freiheitliche auch „Nein“ zu Ihrem Dringlichkeitsantrag. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Walter Prior: Ich erteile das Wort Herrn Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir unternehmen alle demokratischen Möglichkeiten, um klar zu dokumentieren, dass wir die Verlängerung der S 31 von Schützen bis nach Neusiedl, Parndorf nicht haben wollen.

Was sind alle demokratischen Mittel? Das sind Regierungsbeschlüsse, das sind Landtagsbeschlüsse, und wenn man noch immer daran zweifelt, ein Notariatsakt mit den betroffenen Gemeinden. Jetzt kann man natürlich schon sagen, was ist überhaupt ein Landtagsbeschluss? Was ist ein Regierungsbeschluss? Was ist ein Notariatsakt? Wenn man das in Frage stellt, dann stellt man auch die Demokratie in Frage. Denn alle Möglichkeiten auszuschöpfen, dass das nicht gemacht wird, ist ganz einfach notwendig, um glaubwürdig zu versichern, dass es keinen Lückenschluss geben wird und geben kann.

Und wenn Sie sagen, der Bund hat überhaupt kein Interesse, dann stimmt das auch wieder nicht. Denn es war die Bundesregierung, die blau-schwarze Bundesregierung, die diesen Lückenschluss in ihrem Gesamtverkehrskonzept Generalverkehrsplan Österreich drinnen gehabt hat.

Und wo ich direkt im Ministerium war, bei der damals blauen Verkehrsministerin, und auf Grund dieser Intervention und auf Grund der Volksbefragungen wurde das auch aus dem Generalverkehrsplan für Österreich herausgenommen. Also das ist Tatsache.

Es ist nicht geplant, dass es hineinkommt, sondern ich habe persönlich interveniert. Da gibt es ein Besprechungsprotokoll, dass ich bei der damaligen Infrastrukturministerin Forstinger war und ihr gesagt habe, da gibt es eine Volksbefragung, also können Sie das aus dem Generalverkehrsplan für Österreich herausnehmen.

Das sind die Tatsachen, dazu stehe ich und auf dem aufbauend, gibt es den Landtagsbeschluss und den Regierungsbeschluss, dass wir das nicht wollen.

Wir werden auch und das ist mir auch ein Anliegen, Schützen schützen. Denn, wenn dort direkt an der B 50 Menschen leben, wo 16.000 oder 17.000 Pkw's und Lkw's vorbeifahren, dann sage ich auch dazu - auch wenn ich da herinnen der Einzige bin - mein Anliegen ist es, dass auch Schützen geschützt wird, dass die Bewohner dieser Ortschaft geschützt werden.

Und ich bin dem Landesrat Bieler dankbar. Der kämpft monatelang, jahrelang um Verkehrslösungen. Er hat heute in der Anfragebeantwortung gesagt: „Ja, die S 31 in das mittlere Burgenland. Wir finden eine Lösung, bei der alle mitmachen können.“ Da steckt jahrelange Arbeit dahinter um auch Lösungen zu finden.

Wir werden in Schützen eine Lösung finden, damit natürlich nicht verlängert wird, dass es eine Lösung gibt, wo auch die Interessen der Gemeinden Trausdorf und Oslip mitberücksichtigt werden.

Wir sind jetzt in der UVP und jetzt sagen wir unsere Bedenken, die ganz einfach dort einfließen sollen. Und das ist mir auch ein Anliegen, dass nicht Schützen geschützt wird und andere Gemeinden belastet werden. Auch hier arbeiten wir, und der Landesrat Bieler federführend, an Lösungen, an guten Lösungen.

Und das unterscheidet uns, dass wir an Lösungen arbeiten, wie der Elektrifizierung der Eisenbahn Wulkaprodersdorf - Eisenstadt - Neusiedl am See. Das Land muss über sechs Millionen Euro in die Hand nehmen, um diese Elektrifizierung umzusetzen. Hätten wir das nicht umgesetzt, dann wäre wahrscheinlich diese Bahn im Zuge der Diskussion "Einstellung der Nebenbahnen" eingestellt worden. Wir haben mit viel Landesgeld die Strecke Pamhagen – Neusiedl am See elektrifiziert, damit diese Bahn nicht eingestellt wird.

Wir arbeiten um die Infrastruktur, sowohl die Straße als auch die Schiene zu modernisieren und haben bis jetzt riesengroße Landesmittel in die Hand genommen. Und es werden noch mehr, um diese Verkehrsinfrastruktur umzusetzen.

Da geht es uns nicht darum, wenn ich viel Geld in die Hand nehme, die Menschen zu verärgern; sondern um eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für die Pendlerinnen und Pendler zu schaffen; leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für die Wirtschaft zu schaffen. Dort wo es eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur gibt, dort siedeln sich auch Betriebe an.

Wir brauchen kein Erstaufnahmezentrum! Wir brauchen Betriebe im Burgenland die Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen keine Einrichtungen, die das Südburgenland schädigen, sondern eine Verkehrsinfrastruktur, wo sich auch in Zukunft Betriebe ansiedeln.

Wir stehen dazu, dass die S 7 ausgebaut wird, dass der Wirtschaftsstandort im südlichen Burgenland aufgewertet wird.

Wir stehen dazu, dass die S 31 im mittleren Burgenland bis zur Staatsgrenze ausgebaut wird.

Und wir stehen auch dazu, dass wir eine Verkehrslösung in Schützen am Gebirge finden, wo auch die Interessen von Trausdorf und von Oslip mitberücksichtigt werden.

Genau jetzt in der UVP reden wir mit der ASFiNAG um Verkehrslösungen zu finden und weisen darauf hin, was von der Bevölkerung nicht gewollt wird, dass das ernst zu nehmen ist.

Ich bin ja nicht interessiert, als Landeshauptmann, dass dort Geld investiert wird, und sicherlich die Schützenser dann sagen, gut wir werden jetzt nicht mehr belästigt und dass andere aber dann dagegen sind. Mir ist es viel lieber, wenn wir eine Lösung finden, wo alle Beteiligten, oder ein Großteil davon - es werden nie alle ja sagen, das ist mir schon klar - aber wo ein Großteil der Beteiligten sagt: Ja das ist sinnvoll.

Wie die A 4 sinnvoll ist, wie die A 6 sinnvoll ist. Genau (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Dann macht eine Volksbefragung.*) dagegen haben Sie ja auch (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Macht eine Volksbefragung in Oslip und in Schützen.*) entsprechende Aktionen gesetzt, um diese Straßenprojekte zu verhindern.

Wir sind überzeugt davon, dass Burgenland braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Wir sagen klar: Nach Schützen am Gebirge ist Schluss!

Wir haben einen Notariatsbeschluss in Vorbereitung, wir haben den Landtagsbeschluss, wir haben einen Regierungsbeschluss; und ich gebe Ihnen Recht, dass wir auch das vom Land herausnehmen.

Ich verspreche Ihnen auch, dass das im nächsten Jahr unter Garantie, unter Gesetzesänderung, auch herausgenommen wird. Das kommt ebenfalls in den Notariatsakt hinein. Und wenn ich das verspreche, dann halte ich das auch. Das wird nicht weitergebaut, diese Korrektur wird gemacht.

Wir machen einen Vertrag mit den Gemeinden, die dort liegen und wir wollen Verkehrslösungen, wo Trausdorf und auch Oslip sagen kann, ja da haben wir keine negativen Auswirkungen und Schützen wird geschützt, wird entlastet und das ist es, was wir wollen.

Eine zufriedene Bevölkerung und nicht die Leute aufhetzen, nicht Unzufriedenheit säen, sondern zufriedene Burgenländerinnen und Burgenländer mit einer hohen Lebensqualität. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Paul Fasching.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Paul Fasching (ÖVP): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon fast zehn Jahre geht die Diskussion um die Umfahrung Schützen am Gebirge.

Bei der Volksbefragung 2001 hat es eine klare Entscheidung gegeben, dass Schützen, eben im Zuge der Entscheidung der Bevölkerung, sich klar für diese Umfahrung entschieden hat.

Schützen hat sich eben für diese kleinräumige Umfahrung entschieden und es liegen nun die Projekte am Tisch. Wir kennen die gesamte Diskussion, wie sie laufend jetzt abgegangen ist. Ich glaube, ein Einziger unter uns hat hier natürlich schon Erklärungsprobleme, das sind Sie, Herr Kollege Hergovich.

Denn, ja Sie verlesen uns hier Ihren Dringlichkeitsantrag und ich darf Ihnen sagen, wir sind auch in vielen Punkten damit einverstanden mit dieser Maßnahme. Nur das ist typisch sozialistisch, das darf ich Ihnen schon sagen. *(Abg. Christian Illedits: Sie fangen schon wieder an.)*

Dass ich eigentlich... *(Abg. Christian Illedits: Das gibt es ja nicht. Dass Sie sich das von einem zum anderen Mal nicht merken können. – Zwischenruf des Abg. Mag. Georg Pehm.)*

Dass ich eigentlich... *(Abg. Christian Illedits: Dass Sie von den Faschisten reden, so etwas in der Art. Sie müssen einmal wirklich deutsch reden. – Unruhe bei der SPÖ)*

Also Sie, Herr Kollege Illedits, brauche ich nicht zum Deutsch lernen, das sage ich Ihnen schon. *(Heiterkeit bei der ÖVP - Abg. Christian Illedits: Können Sie sich das nicht merken?)* Sie brauche ich nicht zum Deutschlehrer, das sage ich Ihnen schon. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Dass Sie sich das nicht merken können, das ist schon komisch.)*

Glauben Sie mir, dort liegt das Problem. *(Abg. Christian Illedits: Kommen Sie sich gescheit vor dabei?)* Auf der einen Seite - wie hier - stimme ich mit, mit der sozialistischen Mehrheit, ganz einfach. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Sie kapierten es nicht, oder? – Abg. Doris Prohaska: Nein. – Unruhe bei der SPÖ)*

Sie, Herr Kollege Pehm, kapierten es nicht. *(Unruhe bei der SPÖ)* Aber hören Sie mir zu. Ich *(Abg. Mag. Georg Pehm: Da sind Sie einfach intellektuell überfordert. – Abg. Ewald Gossy: So ist es.)* lese es Ihnen klipp und klar vor. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Da sind Sie einfach intellektuell überfordert.)*

Und zwar geht es im Gemeinderatsbeschluss von Trausdorf um eine Resolution. *(Abg. Leo Radakovits: Ich möchte schon wissen, wer da intellektuell überfordert ist.)* Die hat der Gemeinderat von Trausdorf gefasst. Ich darf sie Ihnen zitieren:

„Wenn dies tatsächlich so ist, dann macht ein Ausbau der Verlängerung der S 31 bis Oslip, der rund 60 Millionen Euro kosten wird, keinen Sinn. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Dann gibt es die um ein Vielfaches billigere Variante einer kleinräumigen Umfahrung von Schützen am Gebirge, um die im Jahr 2001 bezweckten und auch versprochenen Maßnahmen einer Entlastung der Ortsbevölkerung von Schützen am Gebirge auch umzusetzen.

Der Antrag lautete: Auf Grund des zur UVP eingereichten Straßenprojekts über die Verlängerung der S 31 kommt es im Bereich der Trausdorfer Feriensiedlung zu einer massiven Verschlechterung der Lebensqualität, verursacht vor allem durch Lärm.

Der Gemeinderat von Trausdorf an der Wulka fordert daher sämtliche verantwortlichen Bundes- und Landesstellen dazu auf, unter den derzeit bekannten Umständen die Verlängerung der S 31, in der geplanten Variante, zu verhindern und eine kleinräumige Umfahrung von Schützen am Gebirge zu ermöglichen.

Beschluss: Einstimmig beschließt der Gemeinderat den Antrag, wobei die dieser Verhandlungsschrift angeschlossene Resolution einen wesentlichen Bestandteil dieses Tagesordnungspunktes bildet. 12 Stimmen der SPÖ, Landtagsabgeordneter Hergovich Robert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das heißt, auf der einen Seite in Trausdorf singe ich das Lied und hier im Landtag singe ich das andere Lied. Das möchte ich damit aufzeigen, dass das nicht in Ordnung ist. Das nenne ich nicht klare und nicht

ehrliche Politik. Das ist für mich nicht in Ordnung, glauben Sie mir das. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Richtig! - Beifall bei der ÖVP)*

Da ist der Kollege Hergovich gefordert. Um das geht es letztendlich. Ich kann das nicht dulden, wenn ich auf der einen Seite zustimme im Gemeinderat und dann noch dazu und das war ja das Frappierenste, was ich jemals gehört habe. Der Kollege Hergovich meldet sich zu Wort unter „Allfälligem“.

Landtagsabgeordneter Hergovich mahnt in seinem Bericht alle anwesenden Gemeinderäte und Gemeinderätinnen ein, im Zusammenhang mit der Verlängerung der S 31 keine Schützensverhältnisse zuzulassen - welche wissen wir schon. Es darf nicht passieren, dass es so wie in der Gemeinde Schützen am Gebirge zu einem gegenseitigen Ausspielen der Bevölkerung kommt.

Man hat in der gestrigen Veranstaltung über die S 31, in der auch einige Gemeinderäte aus Trausdorf an der Wulka vertreten waren, gesehen, dass dieses Thema inzwischen ein sehr emotionales geworden ist. Dies führt bereits soweit, dass einzelne Familien zerstritten sind.

Eines steht fest, eine solche Stimmung ist in Trausdorf an der Wulka wirklich nicht wünschenswert. Eine Diskussion darüber ist sinnvoll, es muss von allen Entscheidungsträgern der Gemeinde Trausdorf an der Wulka nur besonders auf die Sachlichkeit Wert gelegt werden.

Ich glaube, das zeigt deutlich, dass Sie eigentlich der sind, der zündelt und der die Leute hier gegeneinander ausspielen möchte und das finde ich nicht für in Ordnung, Herr Kollege Hergovich. Das bedeutet natürlich, dass die Bevölkerung sich ihren Reim daraus machen muss. *(Abg. Robert Hergovich: Ich werde es Ihnen gleich sagen.)*

Wir sind der Auffassung, eine kleinräumige Umfahrung für Schützen am Gebirge. Wir sind der Auffassung, das genügt auch. Hier kann man damit auch Schützen schützen.

Man sollte die Wahlkampfgeplänkel wirklich vom Tisch wischen und Sie sollten darüber nachdenken, ob das auch in Ordnung ist. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Fasching! Ich weiß, Sie gehören diesem Hohen Haus jetzt schon einige Jahre an. Ich glaube, bald nicht mehr.

Aber das war wahrscheinlich Ihr größter politischer Bauchfleck, den Sie in diesem Hohen Haus geleistet haben. *(Abg. Ewald Gossy: Ja, das war schon ein paar Mal. Gewählt haben sie ihn gerade nicht, bei der Landtagswahl.)*

Sie zitieren Gemeinderatsbeschlüsse, die Sie offensichtlich gelesen haben, aber nur die Halbwahrheit sagen, oder Sie sind wirklich so uninformiert, dann *(Abg. Paul Fasching: Zitiert!)* ist es noch schlimmer. *(Abg. Paul Fasching: Ich habe nur vorgelesen, was im Gemeinderatsprotokoll drinnen steht, nur das.)*

Weil, Herr Abgeordneter, Sie *(Abg. Paul Fasching: Ich habe nur das vorgelesen, was im Gemeinderatsprotokoll drinnen steht.)* und die Steindl-ÖVP sind die Zünder der Sonderklasse und das werde ich jetzt aufklären. *(Abg. Paul Fasching: Da können Sie tun und machen was Sie wollen.)*

Ja eben, Sie haben gerade gesagt, ich habe zur Sachlichkeit aufgerufen. Das unterschreibe ich zu 100 Prozent. *(Abg. Paul Fasching: Nein.)* Herzliche Gratulation, das haben Sie gut erkannt.

Aber, was Sie tun, Sie lügen! Sie lügen *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* und das beweise ich jetzt. *(Abg. Paul Fasching: He, he bitte. – Abg. Norbert Sulyok: Herr Präsident! – Unruhe bei der ÖVP)* Die ÖVP hat in Trausdorf...

Präsident Walter Prior: Herr Kollege Hergovich!

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ) *(fortsetzend):* Sie sagen die Unwahrheit! *(Unruhe bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Herr Kollege Hergovich! *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ) *(fortsetzend):* Ja, das nehme ich zurück. Sie sagen die Unwahrheit und das beweise ich jetzt auch.

In einer ÖVP-Aussendung in Trausdorf stand vor wenigen Tagen geschrieben, dass ich im Landtag dafür und in der Gemeinde dagegen wäre.

Meine Kollegen im Gemeinderat von der ÖVP wussten ja nicht, dass ich zur damaligen Zeit noch nicht im Landtag vertreten war. *(Abg. Willibald Heissenberger: Stimmt das oder stimmt das nicht, was da steht?)* Ihnen ist offensichtlich der Fehler passiert. *(Abg. Paul Fasching: Das war am 28. Oktober.)*

Das heißt, Sie haben bewusst, bewusst die Unwahrheit formuliert und ich werde mir das anschauen. *(Unruhe bei der ÖVP)* Ich bin da auch gebeten worden, mir das rechtlich anzuschauen. Vielleicht wird der eine oder der andere jetzt auch nervös werden, *(Heiterkeit bei der ÖVP)* wenn dann aufgedeckt wird, wer diese Hasspredigten hier in Flugblättern formuliert und in Trausdorf verteilt hat.

Da werden Sie nämlich schön schauen, das waren nicht die Kollegen in Trausdorf, Herr Kollege Fasching. Da werden wir sehen, wer hier die Unwahrheit bringt. Ich habe zur Sachlichkeit aufgerufen und dazu stehe ich auch. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Kollegin Krojer hat gesagt, der Notariatsakt... *(Abg. Paul Fasching: Vom 28. Oktober 2009 ist das Protokoll der Gemeinde Trausdorf. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das Sitzungsprotokoll. – Abg. Paul Fasching: Da waren Sie nicht im Landtag? – Unruhe bei der ÖVP)*

Herr Kollege Fasching, wenn Sie es immer noch nicht verstanden haben... *(Abg. Paul Fasching: Oja, ich habe nicht die Unwahrheit gesagt, ich habe nur zitiert was im Sitzungsprotokoll steht. – Abg. Kurt Lentsch: Da sind Sie nicht im Landtag gewesen? – Unruhe bei der ÖVP)* Selbstverständlich war ich im Gemeinderat, aber ich war im Landtag nicht und habe... *(Unruhe bei der ÖVP)*

Verstehen Sie das wirklich nicht? Dann gebe ich es Ihnen schriftlich, dass ich nicht im Landtag war und diesen Beschluss mitgefasst habe. Aber ist ja egal, ich sage Ihnen das dann unter vier Augen, vielleicht kapiere Sie es dann. *(Abg. Ewald Gossy: Dann ist es genau so.)*

Die Kollegin Krojer hat gesagt, warum ist dieser Notariatsakt notwendig? Na ganz einfach. *(Allgemeine Unruhe)* Wenn hier grüne Funktionäre in den Gemeinden sitzen im Gasthaus und die Schauermärchen erzählen, wie der Lückenschluss sein wird, der wird da von Schützen bis Parndorf, und das wird alles so fürchterlich werden und der große Verkehr wird kommen und dergleichen.

Dann gibt es einen Beschluss in der Regierung, einen Beschluss im Landtag und einen Akt vor dem Notar. Und dann sind wir einmal neugierig, wie viel Ihnen die Menschen da draußen noch glauben werden. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wenn Sie Ihren Ausschuss schon notariell beglaubigen müssen. – Abg. Paul Fasching: Dir glaubt keiner. – Abg. Ewald Gossy: Das ist eh besser wenn er nicht mehr kandidiert.)*

Wenn es nach den Grünen geht, dann werden wir offensichtlich schon bald mit dem Rad am Feldweg fahren, denn dann gibt es ohnehin keine Straßen mehr. *(Allgemeine Unruhe)*

Und Sie haben sich auch heute im Landtag widersprochen. Sie haben nämlich gesagt, der Landtag soll weiterarbeiten. *(Allgemeine Unruhe)* Er muss ja arbeiten, er muss arbeiten. Und gleichzeitig sagen Sie in Ihrer vorigen Meldung, na ja der Landtag hat sich eigentlich aufgelöst, es ist ja eh ein Wahnsinn, was tut man jetzt noch alles da. Also ich glaube, Sie haben sich selber entlarvt.

Ich verstehe das schon, dass das sehr unangenehm wird, auch für die ÖVP sehr unangenehm wird, weil ein großes Wahlkampfthema hier abhanden kommt. Ich denke, da haben Sie sich weit hinausgelehnt und da erleiden Sie jetzt einen politischen Bauchfleck der Sonderklasse. Aber das ist Ihre Angelegenheit, da kann Ihnen wohl keiner helfen. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Die Kollegin Benkö hat gesagt, dass die Bevölkerung von Schützen damit belastet wird. Aber, Kollegin Benkö, 16.000 Autos fahren durch Schützen. 16.000 Autos belasten die Schützenerinnen und Schützer.

Die SPÖ steht dafür, dass Schützen geschützt wird und das hier eine ordentliche, sachliche Variante gemacht wird, die Schützen auch hilft.

Wir wollen keine Verlängerung, das ist auch mit dem heutigen Tag in Stein gemeißelt. Wir wollen die Schützenerinnen und Schützer entlasten und dafür stehen wir auch und nicht für Polarisieren, für Unwahrheiten und sonstige Dinge, wie es die ÖVP vorhat. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer.

Bitte Frau Abgeordnete. *(Abg. Paul Fasching zu Abg. Robert Hergovich: Schau es Dir an, was Du beschlossen hast. – Abg. Robert Hergovich zu Abg. Paul Fasching: Ich kann es Dir schon sagen. Hast Du es immer noch nicht verstanden? – Abg. Paul Fasching zu Abg. Robert Hergovich: Das hast Du beschlossen, nicht ich.)*

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Herr Kollege Hergovich! Sie gehen hier heraus, reden irgendwie davon, dass die Pläne der SPÖ und der ÖVP, die Sie ja gemeinsam beschlossen haben, was die Verlängerung der S 31 betrifft, so super sind. *(Allgemeine Unruhe)*

In der Resolution Ihrer Gemeinde, die einstimmig beschlossen worden ist, wo Sie als Gemeinderat drinnen sitzen, steht folgendes: Insgesamt... *(Abg. Anna Schlaffer: Im Landtag ist aber nicht nur der Hergovich allein.)* Er hat dieser Resolution bitte zugestimmt.

Es *(Abg. Anna Schlaffer: Aber im Landtag ist doch nicht er allein.)* kann nicht sein, dass der Landesgeschäftsführer und Landtagsabgeordnete Hergovich hier das eine sagt und zu Hause in der Gemeinde, wo die Bevölkerung ihm im Nacken sitzt, etwas anderes sagt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja, ja.)* In dieser Resolution steht, insgesamt macht die Trassenführung keinen Eindruck eines zukunftsweisenden Straßenbauprojektes.

Der Herr Landesrat Bieler hat sich vorhin sehr vehement für dieses Projekt eingesetzt. Ich bin neugierig, was er denn dazu sagt, wenn Sie sagen, dass diese Trassenführung keinen Eindruck eines zukunftsweisenden Straßenbauprojektes macht. *(Abg. Robert Hergovich: Lassen Sie sich überraschen, was er sagt.)*

In Ihrer Resolution steht auch drinnen: Die Gemeinde Trausdorf hat sich in den letzten Jahren als Wohnsitzgemeinde mit hoher Lebensqualität und guter Infrastruktur positioniert und ist als Zuzugsgemeinde begehrt. Auf Grund der prognostizierten Verkehrsentwicklung im Jahr 2025 ist dieser Status durch die Doppelbelastung von B 52 und der Verlängerung der S 31 massiv gefährdet.

Das heißt, Ihre Gemeinde ist durch die Verlängerung der S 31 massiv gefährdet, die Lebensqualität. *(Abg. Paul Fasching: So ist es.)* Das lese ich hier. Dann steht weiter in dieser Resolution, dass es keine Verlängerung der S 31 weiter geben wird bis Neusiedl.

Sie sagen dann in der Resolution: Wenn dies tatsächlich so ist, dann macht der Ausbau, der rund 60 Millionen Euro kosten wird, keinen Sinn. *(Abg. Anna Schlaffer: Eine andere Variante.)* Dann gibt es die um ein vielfaches billigere Variante einer kleinräumigen Umfahrung von Schützen am Gebirge, um die im Jahr 2001 bezweckten und auch versprochenen Maßnahmen einer Entlastung der Ortsbevölkerung von Schützen am Gebirge auch umzusetzen.

Nichts anderes sagen wir hier und alle anderen die hier reden. Nur Sie und die SPÖ, Ihr sagt ständig etwas anderes und in Ihrer eigenen Resolution bestätigen Sie jetzt genau unsere Worte. *(Abg. Robert Hergovich: Nein.)*

Sie bestätigen, dass die vorgelegte Trasse ein Schwachsinn ist, dass sie ökonomisch ein Wahnsinn ist, *(Abg. Robert Hergovich: Nein.)* mit 60 Millionen Euro und keinen Sinn macht. Das steht in Ihrer Resolution und Sie stellen sich jetzt her und erzählen uns ganz etwas anderes, zum Einen. *(Abg. Paul Fasching: Genau!)*

Zum Zweiten zum Landesrat Bieler: Der Herr Landesrat Bieler hat ein Trauma, seit er in Wulkaprodersdorf bei einer Bürgerversammlung war. *(Abg. Christian Illedits: Was hat er?)* Ein Trauma. *(Abg. Christian Illedits: Na geh, bitte Blödsinn.)* Dort wurde er von der Bevölkerung als Lügner bezichtigt, was die A 3 anbelangt. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Na geh, bitte.)*

Und ich habe dieses Wort überhaupt nie in den Mund genommen, er wirft es aber mir vor, weil es in meiner Heimatgemeinde war. Ich bin nicht dafür verantwortlich, was Menschen in einer sehr gut besuchten Bürgerversammlung sagen.

Damals hat er Glück gehabt, dass man nicht ihn dort hinausgejagt hat, so sauer waren die Leute in Wulkaprodersdorf, auf seine nicht vorhandenen Argumente, warum wir diese Straße brauchen. Seit damals wirft er mir ähnliche Sachen vor. *(Abg. Christian Illedits: Na ja, da sage ich jetzt nichts dazu.)*

Nächster Punkt Volksbefragung. Der Herr Landesrat Bieler hat heute in der Sitzung gesagt, dass die Volksbefragungsergebnisse an der S 7 unten deswegen so hoch waren, weil keine Leute daran teilgenommen haben, weil die Wahlbeteiligung so gering war.

Die Wahlbeteiligung in Eitendorf betrug 70 Prozent, 96,4 Prozent haben sich gegen den Bau der S 7 ausgesprochen. Da habe ich noch von keinem ÖVP-Bürgermeister gehört, dass er die Volksbefragung wichtig findet, habe ich noch von keinem SPÖ-Abgeordnete gehört, dass er eine Volksbefragung wichtig findet.

Zahling: Wahlbeteiligung 74 Prozent, 98,7 Prozent sind gegen den Bau der S 7. Das sind eindeutige Voten, die die Bevölkerung abgibt. *(Abg. Helmut Sampt: Wir waren nicht gegen die S 7.)* Niemand von der ÖVP und niemand von der SPÖ hat sich das

angeschaut und hat gesagt, ja, da sind so viele Menschen dagegen. *(Abg. Helmut Sampt: Wir waren gegen die Trasse, nicht gegen die S 7.)*

Königsdorf: 74 Prozent Wahlbeteiligung, 77,7 Prozent sind dagegen, Herr Kollege Sampt. Deutsch-Kaltenbrunn: 82 Prozent sind dagegen und dann sagt der Landesrat, weil die Wahlbeteiligung so gering war. Also wenn dies eine niedrige Wahlbeteiligung ist, na dann fresse ich einen Besen.

Zum Herrn Landeshauptmann: Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, die Grünen hetzen und bieten keine Lösungen an. Ich möchte bitte daran erinnern, dass als wir in den Landtag gekommen sind, wir ein rot-grünes Arbeitsübereinkommen geschlossen haben.

In diesem Arbeitsübereinkommen hat die SPÖ unserer Forderung nachgegeben, dass keine Nebenbahnen mehr eingestellt werden, denn bis zu diesem Zeitpunkt war klar, unter Landeshauptmann Stix, dass diese Bahn geschlossen wird. Er hat ja die andere von Deutschkreutz bis Neckenmarkt geschlossen. Diese war schon unterschriftsreif.

Das heißt, nicht die SPÖ und nicht der Landeshauptmann sind draufgekommen, dass es vielleicht doch eine Änderung im Paradigmenwechsel hier geben kann, sondern es war eine konkrete politische Zusage in einem rot-grünen Übereinkommen, dass wir eingefordert haben und wir für die Wahl des Landeshauptmannes auch erreicht haben.

Deshalb gibt es diese Bahn heute noch und nicht weil die SPÖ im Jahr 2000 so gescheit war. Dass sie jetzt darauf stolz ist, das kann sie auch sein, denn man kann stolz darauf sein, wenn man diese Nebenbahnen erhält, aber es war ein Übereinkommen mit uns.

Und wenn wir für den Erhalt der Bahn kämpfen und wenn wir seit Jahren Lösungen für die B 50 vorschlagen, dann werden wir immer als, was weiß ich, bezeichnet, bis hin zu jenen, die die Interessen der Schützener verraten und die Schützen nicht schützen wollen.

Ja, ich weiß was es heißt, an so einer belebten Straße zu wohnen. Ich weiß auch was es heißt, in einer ruhigen Gegend zu wohnen. Das heißt, dass es auf jeden Fall eine Belastung ist, wenn 16.000 Autos durch eine Gemeinde rollen und das muss auch geändert werden.

Aber was tut man denn, ist die Straße das Allheilmittel? Fällt Euch nichts anderes ein?

Ich meine, bei einem Verkehrskordinator, der nie mit einem öffentlichen Verkehrsmittel fährt, bei einem Landeshauptmann, der nie mit einem öffentlichen Verkehrsmittel fährt, bei einem Landeshauptmann-Stellvertreter, der nie mit einem öffentlichen Verkehrsmittel fährt, da braucht man überhaupt nicht erwarten, dass man überhaupt weiß, wovon man spricht.

Ich habe gesagt, bitte, es soll jeder Politiker von Euch, einmal ein Monat oder eine Woche lang Öffentlich fahren. Ich wäre überzeugt davon, dass sich da sehr vieles ändern würde. *(Abg. Robert Hergovich: Wie sind Sie hergekommen?)*

Ich habe eine tolle Zugs- und Autobusverbindung. *(Abg. Robert Hergovich: Wie sind Sie heute hergekommen?)* Meine Autobusverbindung hört um zehn nach fünf Uhr auf, zehn nach sechs hört meine Autobusverbindung auf. *(Abg. Robert Hergovich: Das heißt, mit dem Auto gefahren.)*

Das heißt, ich kann, weil dieses Land unfähig ist, unfähig ist einen ordentlichen öffentlichen Verkehr auf die Beine zu stellen, kann ich nach viertel Sieben nicht mehr mit dem Autobus nach Hause fahren. *(Abg. Erich Trummer: Nichts Konstruktives!)*

Das heißt, wenn wir uns nur anschauen die Situation, wir haben die Bahn elektrifiziert, wir haben eine *(Abg. Erich Trummer: Nichts Konstruktives!)* hohe Verkehrs- und Zeitreduzierung erreicht. Was haben wir?

Wenn Sie mit dem Zug aus Ihrer Heimatgemeinde, sofern sie einen Bahnanschluss haben, soweit Sie in der glücklichen Lage sind *(Abg. Erich Trummer: Nur zerstören!)* wie ich in Wulkaprodersdorf, dann können Sie in der Pampa aussteigen. Es gibt kein öffentliches Verkehrsmittel, das sie in die Landesregierung bringt.

Jetzt ist natürlich ein Fußweg von einer Viertelstunde, 20 Minuten, nicht die Welt. Das zweimal am Tag, bei Regen und so weiter, Herr Kollege Pehm, Sie wackeln mit dem Kopf, gehen Sie es jeden Tag! *(Abg. Mag. Georg Pehm: Es ist erstaunlich,...)* Sie können jeden Tag am Bahnhof aussteigen und zu Fuß in die Landesregierung gehen! *(Abg. Christian Illedits: City Taxi!)*

1,80 Euro pro Fahrt kostet das City Taxi. *(Abg. Christian Illedits: Das ist eine Frechheit!)* Für Leute, die zum Beispiel ins Spital wollen, die müssen sich ein Taxi nehmen, die hin und wieder gehen, das ist auch noch möglich.

Das Land ist bis heute unfähig, *(Abg. Christian Illedits: Die Stadt sollte sich auch organisieren!)* gemeinsam mit der unfähigen Eisenstädter ÖVP und auch gemeinsam mit dem unfähigen Verkehrskordinator, ein Konzept zu erstellen, das bis heute torpediert wurde. *(Abg. Christian Illedits: Die Eisenstädter haben ein Konzept für sich selbst erstellt!)*

Jetzt hat man den Dipl.Ing. Platzer beauftragt, ein Konzept zu machen. Er wird das diese Woche auf den Tisch legen. Es ist das Konzept, das die ÖBB schon vor Jahren auf den Tisch gelegt hat, einen Taktknoten zu machen, *(Abg. Christian Illedits: Genau!)* denn es ist sein Vorschlag, den Platzer 1994 auf den Tisch gelegt hat. Sie waren 16 Jahre, 15 Jahre nicht in der Lage, dieses Verkehrskonzept umzusetzen. *(Abg. Christian Illedits: Wir haben die Investitionen in den öffentlichen Verkehr in den letzten zehn Jahren verdreifacht!)*

Das ist die Situation. Dann wirft man uns vor, wir hätten keine Lösungen. Wir rühren nur auf! Sie sind in der Lage, *(Abg. Christian Illedits: Sind Sie einmal positiv!)* in der Regierung, *(Abg. Christian Illedits: Einmal sind Sie positiv!)* diese Umsetzung zu tun. *(Abg. Christian Illedits: Sind Sie einmal positiv und sagen Sie was wir gemacht haben!)*

Wir haben auch in unserem Übereinkommen im Jahr 2000 gefordert, ein öffentliches Verkehrskonzept zu machen, um die B 50 zu entlasten. *(Abg. Christian Illedits: Frau Kollegin, sind Sie einmal positiv!)*

Das ist bis heute nicht geschehen. *(Abg. Christian Illedits: Es würde Ihnen gut tun, wenn Sie einmal positiv wären!)* Das ist auch ein Buch des Übereinkommens aus dem Jahr 2000. *(Abg. Christian Illedits: Sagen Sie einmal was wir gemacht haben! Wieso können Sie das nicht sagen?)* Weil dort haben Sie es zugesagt und es ist bis heute nicht passiert. *(Abg. Christian Illedits: Das schadet Ihnen ja nicht!)*

Präsident Walter Prior: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den von der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – *(Abg. Erich Trummer über den Abg. Mag. Josko Vlasich, der sich nicht im Sitzungssaal befindet: Nicht einmal der Josko stimmt zu!)*

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen, abstimmen und ersuche jene Damen und Herrn Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend S31 ist somit mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Abwehr der Errichtung eines Asylantenlagers auf burgenländischem Boden (Zahl 19 - 869) (Beilage 1390)

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Abwehr der Errichtung eines Asylantenlagers auf burgenländischem Boden, Zahl 19 - 869, Beilage 1390, und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Tschürtz das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben heute schon in aller Ausführlichkeit über diese Thematik diskutiert.

Jeder kennt die Meinung der Klubs, jeder kennt bereits die Meinungen der Abgeordneten und jeder weiß, in welche Richtung auch immer, die Meinungsbildung insgesamt ist.

Aber eines muss man natürlich, ich halte mich relativ kurz, trotzdem auch anführen.

Österreich, und das darf man nicht vergessen, Österreich nimmt fünfmal so viele Asylanten als der EU-Durchschnitt ausmacht, auf.

Das heißt, fünfmal soviel nimmt Österreich auf! Täglich gibt es zirka an die 50 obdachlosen Asylanten, also die Caritas hat ein Heer an Obdachlosen. „Ein Heer an Obdachlosen in Österreich hat die Caritas“ in der Kronen Zeitung titulierte.

Also der Bereich Sicherheit wird uns natürlich noch länger und sehr oft beschäftigen. Zusätzlich, das darf man auch nicht vergessen, stürmen Illegale, welche nicht aufgegriffen werden, unser Land. Das heißt, das kommt auch noch dazu.

Es ist auch so, dass man natürlich nicht alle Asylwerber als Asylwerber insofern sehen kann, die alle brav sind, sondern es gibt natürlich sehr viele, das wissen wir, welche alle Reisedokumente wegwerfen, welche sich natürlich versuchen irgendwo nicht auszuweisen und die in ihrem Herkunftsland deshalb nicht akzeptiert werden, weil sie auch massive Straftaten begangen haben.

Das heißt, das ist ein sehr schwieriges Thema. Das ist wirklich ein sehr schwieriges Thema, denn, man darf auch nicht vergessen, zwei Drittel aller inhaftierten Straftäter sind „Nicht-Österreicher“.

Also zwei Drittel aller inhaftierten Straftäter sind „Nicht-Österreicher“. Da kann man sich einmal vorstellen, wo die Kriminalität eigentlich wirklich seinen Kernbereich hat. Jeden Tag gibt es bereits über 2.000 Eigentumsdelikte.

Also jeden Tag in Österreich über 2.000 Eigentumsdelikte, über Einbrüche, bewaffnete Raubüberfälle, auch die Drogenkriminalität nimmt wieder massiv zu, also der Kreativität der Kriminalität ist keine Grenze gesetzt.

Österreich ist durch die Tatsache, dass wir fünfmal so viele Asylanten aufnehmen als alle anderen Länder, wenn man auch den finanziellen Beitrag betrachtet, nicht nur willkommener Nettozahler, sondern auch willkommener Netto-Flüchtlingsempfänger.

Das heißt, dieses Thema ist nicht so einfach. Dieses Thema ist ernsthaft zu betrachten und dieses Thema ist sowohl und wird auch weiterhin an Wichtigkeit nicht verlieren. Daher brauchen wir natürlich im Bereich der Sicherheit wirkliche Akzente, die gesetzt werden müssen.

Zum gegenständlichen Dringlichkeitsantrag, wo wir darauf aufmerksam machen, dass die Landesregierung aufgefordert wird, alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen, politischen und faktischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Errichtung der Asylantenlagererstaufnahmestelle in Eberau zu verhindern.

Also, ich nehme einmal an, oder ich gehe davon aus, dass jeder hier diesen Antrag mitstimmen kann, außer natürlich der Grünen Fraktion.

Das ist halt einmal politische Arbeit, das ist natürlich auch politische Ausrichtung. Jeder hat seine Ausrichtung, jeder hat seine gedankliche Möglichkeit, die er ausschöpft. Aber insgesamt muss man sagen, dieses Thema ist heute sehr umfangreich diskutiert worden. Wir kennen die Standpunkte und ich glaube, dass ich mit dieser Aufforderung, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollen, selbstverständlich heute einen legitimierten Anspruch erhebe.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (der den Vorsitz übernommen hat): Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Radakovits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hatte heute einige Male die Ehre angesprochen zu werden, betreffend die Sonderwidmungssache im Landtag vom 29. Oktober dieses Jahres, wo ich angeblich im Wissen, dass Eberau kommen sollte, damals Anträge auf Rückverweisung gestellt hätte. Ich möchte das nochmals in der Richtung klarstellen, wie es auch von mir im Gesetz begründet wurde.

Der Herr Klubobmann Illedits hat mich so zitiert, so wie es natürlich ihm passt, ohne vollständig zu zitieren. Als ich darauf hingewiesen habe, dass es wieder einen Anlassfall beim Raumplanungsgesetz gibt und dass das Gesetz unausgegoren ist, habe ich auch darauf hingewiesen, dass wir im Juli 2006 so einen Fall hatten, wo ich auch darauf gedrängt habe, es ordentlich zu machen, damit wir nicht reparieren müssen.

Ich habe auch darauf hingewiesen, das hat der Kollege Illedits dann verschwiegen, dass ich Recht hatte und wir im Jänner 2007 sehr wohl eine Reparatursitzung abhalten mussten, wo wir das Raumplanungsgesetz dann richtiggestellt haben.

Gerade das war auch meine Intension beim damaligen Tagesordnungspunkt „Raumplanungsgesetz-Sonderwidmungen“, damit auch hier wieder Nägel mit Köpfen gemacht werden und das Gesetz so formuliert wird, dass es juristisch in Ordnung ist und vor allem auch, und da bin ich als Vertreter des Burgenländischen Gemeindebundes sehr wohl angesprochen, wenn immer wieder keine Begutachtungen durchgeführt werden und

der Gemeindebund als Interessensvertretung Stellungnahmerecht hat, genauso wie der Verband Sozialdemokratischer Gemeindevertreter und das umgangen wird.

Ich hätte mir die Wortmeldung ersparen können, weil Sie während meiner Wortmeldung, wo ich darauf hingewiesen habe, dass keine Übergangsbestimmungen da sind, dass im Krankenhaus Oberwart keine Baubewilligung für Sanierungsmaßnahmen möglich wäre und so weiter, wenn keine Übergangsbestimmungen kommen, haben Sie während meiner Rede noch einen Abänderungsantrag eingebracht.

Das heißt, Sie haben mich bestätigt und dementsprechend dann auch hier eine Sanierung durchgeführt. Also mir zu unterstellen, dass ich deswegen verzögert habe, weil ich gewusst hätte, dass Eberau kommt, also das ist an Dreistigkeit, um nicht zu sagen Unverschämtheit, nicht zu überbieten. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Christian Illredits: Was glaubst Du, wie der Strobl auspacken wird!)*

Sie wissen ganz genau, auch wenn Sie den Kollegen Strobl ansprechen, ich habe es von *(Abg. Christian Illredits: Jetzt sind schon drei zurückgetreten!)* ihm persönlich am Freitag erfahren, habe ihn natürlich auch gestern gesprochen, habe mich soweit informiert, habe ihm natürlich auch gesagt, dass die Vorgangsweise in keinster Weise akzeptabel ist. Er sieht das natürlich auch ein.

Er begründet das, und das gereicht auch Ihnen nicht zu Ehre, durch die ständigen Behinderungen der SPÖ, *(Abg. Christian Illredits: Das ist klar!)* egal ob das bei der Schule war und so weiter, dass er immer *(Abg. Christian Illredits: Darüber werden wir uns auch unterhalten!)* wieder Projekte selbst gesucht hat und geschaut hat, dass etwas in Bewegung kommt.

Das entschuldigt aber natürlich nicht, und das habe ich ihm auch gesagt, die Vorgangsweise und die formalen Fehler, die gemacht wurden.

Nur ich kann Ihnen auch mitteilen, wenn Sie es nicht von selbst wissen, aber Sie sagen es natürlich auch dem Hohen Haus hier nicht, dass Ihr Gemeinderat, Herr Gerhard Oswald, auch bei dieser Sitzung des Gemeinderates am vergangenen Freitag unter „Allfälliges“ von seinem Stellungnahmerecht Gebrauch gemacht hat und sich positiv zu diesem Projekt, nachdem es vom Bürgermeister und den zwei Vertretern des Ministeriums erläutert wurde, geäußert hat und das befürwortet hat.

Er hat dann, womöglich nachdem ihm die SPÖ am Samstag oder in der Nacht von Freitag auf Samstag den Kopf gewaschen hat, nehme ich an, seine Meinung auch revidiert.

Also, das muss man und sollte man auch berücksichtigen, wenn man nur „Hackl schmeiß'n“ tut in dieser Angelegenheit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Oswald Gerhard, ich schätze den wirst Du kennen, ist ein Kollege, Mitarbeiter der Straßen, Oswald Gerhard. *(Abg. Christian Illredits: Er hat gesagt, er war total überrascht von der Frechheit!)*

Aber es ist so. Es ist auch so protokolliert. Der Herr Kollege Oswald wird es Euch sicher bestätigen, dass es so abgelaufen ist.

Was mich eigentlich so verwundert hat, war die erste Meldung diesbezüglich vom Herrn Landeshauptmann am Samstag: Die ÖVP ist schuld, die ÖVP hat es gewusst, obwohl der Bürgermeister nachweislich sagt, nachweislich, die Steindl-ÖVP, Entschuldigung, so war das Zitat, Steindl hat es gewusst und hat die SPÖ wieder hintergangen. *(Abg. Christian Illredits: Na sicher!)*

Also diese Dreistigkeit, dass man gar nicht abwartet, was der Bürgermeister sagt oder auch die Ministerin. Ich habe es nicht gewusst und ich bin in der Nähe, nicht weit weg von dort. Die Nachbarbürgermeister haben es nicht gewusst und auch nicht die Gemeinderäte.

Ich habe mich auch gewundert, wie so etwas möglich ist, aber wenn mir der Bürgermeister dann schildert, wie schnell es gegangen ist, *(Abg. Christian Illredits: Das kann ich mir vorstellen!)* dass sie eben erst Ende November vom Landeshauptmann Niessl unterschrieben, den Bescheid über die Widmung bekommen haben, dann erst die Grundstücke abgewickelt haben. Das heißt, sie haben das wirklich in 14 Tagen durchgebracht.

Es war ja leicht möglich, das *(Abg. Ewald Gossy: Dass es der Steindl nicht gewusst hat, ist unmöglich!)* 14 Tage geheim zu halten. Insofern muss man natürlich auch jetzt zur Kenntnis nehmen, wenn es verhindert, wenn jetzt Fehler da sind, und das wundert mich jetzt am meisten, *(Abg. Christian Illredits: Was heißt Fehler?)* aber eigentlich braucht es mich gar nicht wundern, der SPÖ geht es nur um Inszenierungen, *(Abg. Christian Illredits: Das glaube ich!)* wenn jetzt tatsächlich nachweisbar der Bescheid mit Nichtigkeit behaftet ist und der Landeshauptmann-Stellvertreter das über seine Zuständigkeit für das Baugesetz erheben konnte, dass der Bescheid mit Nichtigkeit *(Abg. Ewald Gossy: Entweder er hat nichts gewusst oder er hat nichts zusammengebracht!)* bedroht ist.

Sie freuen sich nicht. Ich glaube, das ist Ihre Intension, dass der Bescheid mit Nichtigkeit bedroht ist. *(Abg. Christian Illredits: Da kommt mir ja das Weinen, wenn ich Ihnen zuhöre!)*

Was wollen Sie denn? Sie wissen ja nicht was Sie wollen. Sie müssen sich einmal einig werden, was Sie eigentlich wollen. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Christian Illredits: Sie sind einer der größten Schauspieler die ich kenne! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Sie wollen alles niederprügeln. *(Abg. Doris Prohaska: Sie wollen es nicht verstehen!)* Sie wollen auf andere reinhauen. Sie wollen keine Wahrheit hören. Sie wollen sich ihre Wahrheit selbst zurecht zimmern.

Es ist halt so. Sie müssen auch irgendwann etwas zur Kenntnis nehmen. Immer nur andere für schuldig machen, auch wenn man selbst vielleicht hätte eingreifen können *(Abg. Christian Illredits: Das glaube ich!)* durch die Verkürzung der acht Wochen Frist, dass es früher kundgemacht worden wäre. *(Abg. Christian Illredits: Was erzählen Sie für einen Blödsinn?)*

Warum ist der andere schuld? Vielleicht schaue ich selber in meinem Ressort, wo ich etwas versäumt habe. Aber das fällt der SPÖ nicht ein. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Christian Illredits: Haben Sie schon einmal so einen Blödsinn gehört? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Das ist nun einmal so. Ich nehme an, jetzt beim Landtagsbeschluss *(Abg. Christian Illredits: Das ist eine Frechheit!)* über die Auflösung wird es sehr wohl notwendig sein, beim Herrn Bundeskanzler zu intervenieren, damit sich der Wahltermin 2. Mai ausgehen wird. *(Abg. Christian Illredits: Na sicher!)* Weil der wird sich sonst sicherlich nicht ausgehen, *(Abg. Christian Illredits: Hätten Sie bei der Fekter interveniert!)* wenn die acht Wochen Frist nicht verkürzt wird.

Umso mehr ist das ein Beweis dafür... *(Abg. Mag. Georg Pehm: Wie hätte die Frau Innenministerin gestimmt?)* Die Frau Innenministerin hätte so gestimmt, wie die Bundesregierung sich geeinigt hätte. So wie es immer ist. Wieso wissen Sie das? *(Abg. Mag. Georg Pehm: Dann hätte sie uns nicht ausbremsen können, wie sie sagt!)*

Insofern wäre die Kundmachung leicht möglich gewesen. Das können Sie nicht von der Hand weisen. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Nein, das ist falsch!*) Man hätte es zumindest versuchen können.

Insofern ist es am Billigsten, dann immer wieder zu reden ich bin getäuscht worden, ich bin getäuscht worden. Ich frage mich, zu einer Täuschung gehören immer zwei dazu. Der eine der täuscht und der, der sich immer täuschen lässt.

Wieso gibt es das, dass man getäuscht wird? Man soll sich halt kümmern. Vielleicht schauen, dass die Dinge auch so abgehandelt werden, dass eine Täuschung nicht möglich ist und sich auch dementsprechend absichert.

Aber nur auf die Täuschung ausreden, das wird langsam zu fad und vielleicht auch punkto Verantwortlichkeit irgendwann zu hinterfragen sein.

Wie kann es einem passieren, dass man immer wieder getäuscht wird?

Nochmals das Landesumweltanwaltschaftsgesetz legt eindeutig fest - im Anhang ist sofort das Burgenländische Baugesetz angeführt, wo der Landesumweltanwalt da zu sein hat, Parteienstellung hat und im Punkt drei extra erwähnt ist - Nichtigerklärung von Bescheiden wegen Widerspruchs zum Flächenwidmungsplan oder Verstoß gegen das Burgenländische Baugesetz 33: Sofern der betreffende Bau eine Nutzfläche von mehr als 300 Quadratmeter hat. Das hat er. Das heißt, nachdem der Landesumweltanwalt nicht dort war, ist es eindeutig auch mit Nichtigkeit zu behandeln.

Insofern ist das von dieser Sache auch klar. Möchte nochmals festhalten, was ich damals, am 29. Oktober, auch inhaltlich zum Sonderwidmungsgesetz gesagt habe. Dass ich mir nicht vorstellen kann, dass das Burgenland so ein Zentrum verträgt. Weil die Kleinstrukturiertheit gegen alle Interessen in dieser Richtung spricht.

Wir werden auch schauen, dass das nicht errichtet wird.

Das Land Burgenland ist schon immer als Grenzland betroffen gewesen. Diesbezüglich auch oft Leid geprüft. Ich werde es auch der Innenministerin sagen, da können Sie sicher sein, dass das so ist. (*Abg. Christian Illredits: Die wird auf Sie horchen! Die wartet schon auf Sie! – Abg. Ewald Gossy: Die zittert jetzt schon vor Euch!*)

Die kleinräumigen Strukturen sind überfordert und können das nicht verkraften. Wir sehen es, welche Möglichkeiten es in kleinen Maßen gibt, welche Verpflichtungen im Südburgenland bereits diesbezüglich wahrgenommen werden.

Dass es dort auch immer wieder Schwierigkeiten gibt und es ist auch nicht im Sinne dieser Hilfsbedürftigen, wenn sie ein Umfeld bekommen, wo sie die Mehrheit bilden und es dann gar nicht möglich ist, Integrationsmaßnahmen zu setzen.

Das heißt, es ist auch nicht im Interesse der ankommenden Asylanten und Flüchtlinge, dass hier solch eine Struktur geschaffen wird, wo eben die Intentionen des Flüchtlingswesens, der Hilfeleistung, der Integration, gar nicht verwirklicht werden können.

Möchte zum gegenständlichen Antrag der FPÖ einen Abänderungsantrag einbringen. Die Beschlussformel, die ich verlesen werde, deckt sich inhaltsgleich mit jener des FPÖ-Antrages. (*Abg. Johann Tschürtz: Dann hättet Ihr gleich unseren nehmen können!*)

Die Einleitung ist dementsprechend mit anderen Begründungen versehen. Auf die kann ich ja verzichten, weil sie ohnehin allen Fraktionen zugegangen ist.

Möchte mich daher auf die Beschlussformel beschränken.

Der Landtag hat beschlossen:

Im Sinne der Antragsbegründung wird die Landesregierung aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen, politischen und faktischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Errichtung des Asylantenlagers („Erstaufnahmestelle“) in Eberau zu verhindern. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Leo Radakovits übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ing. Strommer, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er in die Verhandlung gem. § 61 GeOLT einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Illedits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Radakovits! Es ist natürlich ohnehin nicht verwunderlich, was Sie jetzt von sich gegeben haben. Das ist ja Ihre Pflicht. Als Pflichtverteidiger aufzutreten, aber auch Ihre Pflicht als Selbstverteidiger aufzutreten.

Auch das nehme ich Ihnen nicht ab, dass Sie nichts gewusst haben. Sie können natürlich klarer Weise am Rednerpult behaupten was Sie wollen. Aber nochmals. Wir haben den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter schon oft hier im Hohen Hause der Unwahrheit überführt. Das wird auch diesmal der Fall sein.

Sie haben die Unwahrheit gesagt. Wir haben eben mit unserem Gemeinderat Oswald telefoniert. Er hat zum Punkt „Allfälliges“ nur eine Frage zum Budget gestellt.

Ich hoffe, wir werden das auch im Gemeinderatsprotokoll nachlesen können, ob Sie eben Recht haben oder nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Aha, das ist die Wahrheit!)*

Aber Sie versuchen es sich zu richten, wie Sie es eben gerne hätten. Schauen Sie, die Schuldeingeständnisse kommen ja schön langsam daher. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Herr Bürgermeister Strobl entschuldigt sich bei der Ortsbevölkerung. Ja, ist klar. Er gibt zu, dass diese Vorgehensweise nicht gescheit war. Er sagt, jetzt möchte er eine Bürgerbefragung machen. Ein bisschen zu spät ist er drauf gekommen. Wissen Sie wieso?

Ich habe schon vorher, am Vormittag, gesagt. Das Gästebuch hat die Gemeinde geschlossen, dort geht nichts mehr. Es will keiner mehr lesen, was dort drinnen steht. Facebook. Heute sind viele junge Menschen aus den umliegenden Gemeinden oben gesessen. *(Abg. Doris Prohaska: 800 Mitglieder!)*

800 haben sich geäußert zu diesem Thema. Aber wollen Sie wissen, ob eine positive Meldung dabei war? *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist viel!)* 800 ist eine Lawine. In kürzester Zeit hat sich die Plattform gebildet.

Dort steht drinnen, ich will das gar nicht sagen, es ist dem Strobl seine Sache. Es wurde von Rücktritt geschrieben, den wählen wir nicht mehr und hin und her. Wie die ÖVP da rauskommt, werden wir sehen.

Also das können sie dort nachlesen. Da müssen Sie sich ein bisschen Zeit nehmen. Facebook kann man nämlich wirklich. Die unterhalten sich, intensiv.

Dort steht aber *(Abg. Doris Prohaska: Das kann die Gemeinde nicht zensurieren!)* nicht, dass Sie irgendwo aus der Pflicht entlassen werden. Die Entschuldigungen, diese Beteuerungen, die Sie wehmütig und weinerlich von sich geben, sind nur hier zu hören, aber sonst nirgends.

Wenn ich jetzt am Vormittag ja nicht alle Zeitungen gelesen habe, weil es so viele sind, so schreibt Österreich: Da gibt es eine Frau Schaffer. Das ist die, die beim Verkauf getäuscht worden ist.

Wenn ich die Frau Schaffer zitiere, so glaube ich Ihnen nicht, dass Sie nicht wissen, dass es in Eberau, das werden Sie überall erzählt haben, einen so tollen zweieinhalb Hektar Grundverkauf gegeben hat. Der Quadratmeterpreis liegt üblicherweise bei 1,50 Euro, da bei sieben Euro. Verkauft mit dem Argument, ein reicher Salzburger Investor wird Wohnungen bauen. Also als Bauträger fungieren, alles so erzählt und der zahlt sieben Euro statt 1,50. So haben Sie es der Frau Schaffer erzählt und die sagt: Zweimal habe ich gefragt, was mit den Gründen passiert. Wohnungen werden gebaut, hat der Bürgermeister versichert. Zweieinhalb Hektar.

Auch den Gemeinderäten erzählte der Bürgermeister Walter Strobl, dass ein reicher Salzburger in Eberau investiert. Norbert Laky, er war der Erste, glaube ich, der Ortsvorsteher, mittlerweile habe ich gehört sind drei gefolgt, die sich nicht nur mit der Vorgehensweise der ÖVP identifizieren können und somit ihr Amt zurücklegen.

Schauen Sie. Der Frau Innenministerin machen Sie hier zum einen die Mauer, zum zweiten denke ich... (*Abg. Leo Radakovits: Ich mach ihr keine Mauer!*) Na sicher, haben Sie ja mit ihr ausgemacht, sonst funktioniert das nicht. Ich meine, wir wissen ja auch, wie man in Ministerien verkehrt. Na ja, so geht das wirklich nicht. Das glaubt ja keiner.

Mir hat gefallen, dass der Wolfgang Weisgram vom „angewandtem Fekterismus“ spricht. Denn was Maria Fekter hier mit Hilfe des „dörferesken“ ÖVP-Bürgermeisters von Eberau vorgeführt hat, ist im Grunde nichts anderes, als eine einzige, entschuldigen Sie schon „Verarschung“.

Wolfgang Weisgram ist bekannt, dass er seine Worte sehr gezielt wählt. Aber, ich glaube, das war zuviel.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Herr Kollege Illedits! Ich bitte Sie, dieses Wort nicht zu verwenden. Auch wenn es ein Zitat ist. Aber wir haben mehrfach vereinbart, auch mit meinem Kollegen Prior, dass dieses Wort nicht angebracht ist. Auch nicht in Form eines Zitates.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ) (fortsetzend): Naja, soll ich vorlesen was er gesagt hat oder darf ich das nicht vorlesen? Das will ich von Ihnen wissen.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Ich will, dass Sie dieses Wort nicht verwenden. Ganz einfach.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ) (fortsetzend): Ich lese, ich zitiere einen Zeitungsartikel. Ich lese nur vor.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Ich will aber trotzdem, dass Sie dieses Wort nicht verwenden. Es ist in diesem Haus nicht angebracht. Es ist Usus, dass es hier nicht verwendet wird.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ) (fortsetzend): Ich weiß genau, dass Sie nicht Recht haben, aber ich akzeptiere Ihre Meinung.

Die Steiermark will im nächsten Jahr wählen. Dort rechnet sich die ÖVP eine Wiedereroberung des Landesthrons aus. Dort macht man es nicht. Im Burgenland, das am 2. Mail wählt, wäre ein solches Ansinnen wohl vermessen.

Das ist „angewandter Fekterismus“. Also ich denke, der Schlusssatz ist das Bemerkenswerteste. Das bestätigt... (*Abg. Mag. Georg Pehm: Fekterismus darf man nicht*

verwenden!) Darf ich auch nicht. Ja, ich weiß schon gar nicht mehr. Aber nur den Satzsatz darf ich verwenden.

Der Wolfgang Weisgram sagt: „Das hat sich weder das Burgenland, noch ganz Österreich wirklich verdient“. Also das sagen wir auch immer, in Bezug auf das Burgenland.

Wenn ich den Wolfgang Fellner nehme, der sagt: „Die Innenministerin hat eine Gemeinde gefunden, die sich für viel Bargeld“, interessant, „ein Asylager anhängen lässt. Sie hat das als Geheimaktion durchgezogen“.

Dann sagt er: „Es ist den Burgenländern nicht zumutbar“, so habe ich es von der SPÖ, glaube ich, gehört, „das ganze Asylchaos in ihrem Land zu haben, während die Steirer und Kärntner jubeln, dass sie leer ausgehen.“

Die Idee mit dem Burgenland als Deppenland, wo man die Asylanten für das Bargeld hinschickt, ist eine Frechheit“, so Wolfgang Fellner.

Jetzt wird Fekter zitiert: „Allerdings“, sagt sie, „tritt das neue Gesetz erst ab 1. Jänner in Kraft“. Jetzt wird es natürlich sehr bedenklich. „Alle Beschlüsse zum Zentrum wurden nach der alten Raumordnung gefasst“, freut sich Fekter. Sie sind daher rechtskräftig.

Das heißt, das Zentrum wird gebaut. Das Burgenland wird ausgetrickst, heißt es. Das sagt die Frau ÖVP-Innenministerin. Wir wissen ja, wer die Handlanger sind.

Ein Fekter-Sprecher sagt dann auch noch im Standard: „Geheimhaltung bis zur letzten Minute. Anders wäre das Projekt in Frage gestellt gewesen.“

Das heißt, ganz bewusst die Bevölkerung nicht informieren, damit ja nichts passiert, damit wir mit einer Nacht- und Nebelaktion das machen können“.

Wenn es zu dem Raumordnungsbeschluss kommt. Sie stellen sich her, Herr Kollege Radakovits, der Herr Kollege Strommer hat es auch schon gesagt und so. Das ist ja alles durchgegangen. Das ist ja alles beschlossen worden. Ja, Sie wissen genau, was das Ansinnen, das Ansuchen, war und wie der Beschluss gelautet hat.

Sie können uns da ja nicht für blöd verkaufen. Da sitzen Kollegen herinnen, die sich ja auch mit Gemeinde- und Raumänderungsangelegenheiten auskennen.

Sie wissen genau, dass das Ansuchen ein anderes Wort ist, die Genehmigung aber auch. Der Herr Klubobmann Strommer wird dann nachher die Frage stellen, wieso das gemacht worden ist. Also, das ist eine Frage, die sich eigentlich erledigt hätte, weil hier etwas konstruiert wird.

Ich frage Sie nur, ob Sie alle Mitglieder des Raumplanungsbeirates sind? Weil Sie haben alle mitgestimmt. Landeshauptmann-Stellvertreter, Strommer, Radakovits. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter war nicht dabei!*) Gut fehlt öfters wo. Aber nur mitgestimmt haben Sie. Das heißt, die ÖVP hat mitgestimmt und äußert dann die Behauptung, der Landeshauptmann hätte das gewusst.

Natürlich hat er gewusst, dass es Süd geben soll. Das südlichste Bundesland heißt Kärnten, soviel ich weiß.

Es gibt auch einen Vorschlag von zwei Burgenlandministern. Der eine ist der Burgenlandminister Darabos, der gesagt hat: „Die Kärntner sollen es sich nehmen, die haben nur 30 Prozent Quote, die sollen es sich bauen, weil die werden eigentlich aufgrund der 15a-Vereinbarung am meisten verpflichtet und sind am meisten säumig“.

Berlakovich hat natürlich gesagt: „Aufregung und das ist alles ein Witz“.

Das heißt, jetzt geht man allesamt, mit der Burgenland ÖVP auf die Fekter los. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ostermayer!*) Sie wollen jetzt wirklich behaupten, dass es einen Beschluss, wenn er rechtlich möglich gewesen wäre, was er ja nicht ist, gleich nach Beschlussfassung im Landtag möglich gewesen wäre, wo die Frau Innenministerin, ich habe zitiert, gesagt hat, ätsch bättsch, wir haben euch ausgebremst, vor Inkrafttreten wollte ich das machen und nicht nachher.

Und Sie glauben wirklich, dass es da zu einem vorzeitigen Beschluss, auch wenn er nur theoretisch ist, diese Annahme möglich gewesen wäre, dass hier eine Zustimmung im Ministerrat passiert wäre? Also, das können Sie mir wirklich unter der Brause erzählen, und Sie können uns schon politisch hier natürlich die Stirn versuchen zu bieten, aber für blöd anschauen, glaube ich, brauchen Sie uns nicht.

Wenn ich jetzt zu diesem Antrag der FPÖ schon einiges gesagt habe, auch im ersten Teil, weil er von der Thematik ein ähnlicher ist, dann darf ich zum gegenständlichen Antrag ja sagen, er ist allen Fraktionen bekannt, weil er wortident mit unserem Antrag ist, einen Abänderungsantrag einbringen und ihn verlesen.

Der Landtag hat beschlossen: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die vom Bundesministerium für Inneres im Zusammenwirken mit dem Bürgermeister von Eberau geplante Errichtung eines Asylwerber-Erstaufnahmезentrums in Eberau zu verhindern. Insbesondere sind dabei folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Da es von Seiten des BMI keinerlei Versuche gegeben hat, für einen transparenten und alle zuständigen Stellen einbeziehenden Entscheidungsprozess zu sorgen, muss die Landesregierung sich energisch dafür einsetzen, dass alle weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte für dieses Projekt sofort gestoppt werden.

Der vom Bürgermeister erlassene Baubescheid ist genauestens zu prüfen. Falls dieser Bescheid im Widerspruch zur geltenden Flächenwidmung steht, ist er von der Landesregierung unverzüglich für nichtig zu erklären.

Eine so weit reichende Entscheidung kann nicht getroffen werden, ohne die BürgerInnen der gesamten betroffenen Region Südburgenland einzubinden. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, eine Volksbefragung in den Bezirken Güssing, Jennersdorf und Oberwart anzuordnen.

Danke schön! (*Beifall bei der SPÖ – Abg. Christian Illedits übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen zum Dringlichkeitsantrag 19 - 869 ist gehörig unterstützt, sodass er in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe einen Abänderungsantrag ein.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und unter Bezug auf die geltende Grundversorgungsvereinbarung darauf zu drängen, dass jene Bundesländer, die die laut Betreuungsinformation des Bundes

feststehende Zahl an AsylwerberInnen in die Grundversorgung nicht aufnehmen, sich solidarisch an die Grundversorgungsvereinbarung halten und damit für eine gleichmäßige und faire Teilung der Verantwortlichkeit bei der Aufnahme von hilfsbedürftigen Personen sorgen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Abwehr der Errichtung eines Asylantenlagers auf burgenländischem Boden, Zahl 19 – 869, ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Radakovits eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den vom Landtagsabgeordneten Illedits eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Abwehr der Errichtung eines Asylantenlagers auf burgenländischem Boden ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

Dringliche Anfrage gem. § 30 iVm § 29 GeOLT an Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 19 - 870) (Beilage 1391)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Es erfolgt nun die Behandlung der dringlichen Anfrage der Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Kolleginnen und Kollegen, Zahl 19 - 870, Beilage 1391, und ich erteile hiezu Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer das Wort zur Begründung.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die dringliche Anfrage, die wir heute eingebracht haben, ist deshalb dringlich, weil seit Freitagabend die Information uns erreicht hat, dass das Innenministerium und die Gemeinde Eberau gemeinsam mit dem Bürgermeister und mit dem Amtmann dort ein Erstauffangzentrum vereinbart haben, das nicht unsere Zustimmung findet.

Um klar hinterfragen zu können, wer wann etwas gewusst hat, steht dem Landtag eines der wichtigsten Instrumente zur Verfügung, das sogenannte Interpellationsrecht, das Fragerecht.

Dieses Fragerecht wollen wir heute als Mandatare der Österreichischen Volkspartei nützen und eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann richten, der dann entsprechend der Geschäftsordnung auch dazu Stellung zu nehmen hat und anschließend eine Debatte darüber abgeführt wird.

Und diese Geschichte der geplanten Errichtung eines Erstaufnahmezentrums für Asylwerber in Eberau offenbart hier eine Vorgangsweise, die wir in keiner wie immer gearteten Weise dulden, geschweige denn unterstützen.

Trotz der absoluten Mehrheit, die die SPÖ in Landesregierung, Landtag und in Ausschüssen hinter sich hat, passieren hier diese Dinge (*Abg. Christian Illerits: Sind wir schuld?*) und hier muss es ganz einfach möglich sein, zu hinterfragen, wer wann was gewusst hat. (*Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP*)

Wir stellen daher diese Frage. Im Prinzip ist diese dringliche Anfrage eine schriftliche Anfrage, über die eine Debatte abgeführt wird. Innerhalb von sechs Wochen wird der Herr Landeshauptmann entsprechend der Geschäftsordnung diese Fragen beantworten und wir haben dann die Gelegenheit, das entsprechend zu bewerten. Wir freuen uns, dass es möglich war, ... (*Abg. Walter Prior: Kann mir wünschen für ihn, dass Ihr einverstanden seid mit dem, was der Landeshauptmann antwortet. Wir haben heute ja schon geredet.*)

Wir freuen uns, Herr Präsident. Der Präsident beherrscht dieses Zwischenrufen aus dem Landtag sehr gut. Wenn er oben sitzt, dann macht er die Glocke wahrscheinlich so laut, (*Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Walter Prior: ... kann hier reden wie Sie.*) dass er manchmal Zwischenrufe nicht hört, aber er könnte öfter hier bei uns sitzen, dann würde er dieses Instrument sehr gut und wir würden uns freuen, Herr Präsident, Sie noch einmal im nächsten Landtag begrüßen zu können. Einige würden nervös werden, wenn Sie eine Ankündigung einer Kandidatur über die Lippen bringen würden. (*Zwiegespräche in den Reihen*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann war Mitverhandler bei den Koalitionsverhandlungen im Koalitionsabkommen der Bundesregierung auf Bundesebene bei der Bildung der jetzigen Bundesregierung. (*Abg. Ewald Gossy: Auf die Landtagssitzung freue ich mich schon.*)

ÖVP und SPÖ sind also explizit Dinge eingegangen worden, wo ein drittes Erstauffangzentrum, Erstaufnahmezentrum festgeschrieben ist. Das wollen wir mit dieser Frage ganz einfach geklärt wissen und wir wünschen uns, dass uns der Herr Landeshauptmann mitteilt, wie seine Rolle dort war.

Bisher hat uns der Herr Landeshauptmann mitgeteilt, dass seine Rolle bei den Verhandlungen eine sehr zentrale war. Nunmehr wird heruntergespielt, eigentlich ist er nur dabeigesessen.

Die Frage ist: Hat er mitverhandelt, dass es ein drittes Erstaufnahmezentrum geben soll oder hat er es nicht? Dazu haben wir drei Fragen gestellt. (*Abg. Ewald Gossy: Macht Ihr heute ein Gemeinschaftsprojekt ...? – Zwiegespräche in den Reihen*)

Der zweite Fragenkomplex, meine sehr geehrten Damen und Herren, betrifft die Landeshauptleutekonferenz. Wenn man sich die Landeshauptleutekonferenz vom Jänner des laufenden Jahres unter dem Vorsitz des Wiener Bürgermeisters ansieht, so kommt man darauf, dass sich der Herr Landeshauptmann zu Wort gemeldet hat, so wie alle

anderen Landeshauptleute, aber hier nicht klar festgestellt hat, dass es für das Burgenland deshalb nicht in Frage kommt, weil das Burgenland seine Quote gegenüber anderen Ländern, die das nicht tun, weitaus überfüllt. Und hier hätten wir eine sehr starke Verhandlungsposition gehabt.

Mit dem zweiten Fragenkomplex wollen wir das ganz einfach hinterfragen, warum sich der Herr Landeshauptmann zur Schihelmpflicht weit länger zu Wort meldet, als über ein Erstaufnahmezentrum im Burgenland.

Der dritte Fragenkomplex betrifft die Raumplanungsgesetze, wo es hier möglich war, ein Raumplanungsgesetz zu beschließen, das genau das verhindern soll, (*Abg. Willibald Stacherl: Du warst doch dabei. Was musst Du da fragen, wenn Du dabei warst?*) und das noch nicht in Kraft getreten ist.

Und ich sage noch einmal, es wäre möglich gewesen, so wie in vielen anderen Fällen, die acht Wochen-Frist des Bundes ganz einfach zu verkürzen, (*Abg. Ewald Gossy: Das glaubt Euch draußen kein Hund.*) indem man vorher einen Beschluss in der Bundesregierung zustande bringt.

Wenn dem so ist, dass es nicht möglich gewesen wäre, dann wäre das die Warnung für uns, für das Land Burgenland, für den Herrn Landeshauptmann gewesen.

Die Fragen beziehen sich darauf. Hat man versucht, diese acht Wochen vorher schon einen Beschluss auf Bundesebene zu erreichen oder hat man das nicht versucht, meine sehr geehrten Damen und Herren? (*Abg. Willibald Stacherl: Ihr wolltet zurückverweisen. Das hätte noch länger gedauert.*)

Die Raumplanung insgesamt befasst einen Fragenkomplex und wir wollen ganz einfach, dass wir als Mandatare des Burgenländischen Landtages (*Abg. Ewald Gossy: Ihr tut so scheinheilig. Ihr seid scheinheilig. Wirklich!*) diese schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann beantwortet bekommen.

Die Dringlichkeit hat die Diskussion am heutigen Tag eigentlich gezeigt. (*Beifall bei der ÖVP*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Die Begründung ist somit erfolgt.

Ich erteile daher Herrn Landeshauptmann Niessl das Wort zur Abgabe seiner Stellungnahme gemäß § 30 Abs. 3 GeOLT.

Bitte Herr Landeshauptmann. (*Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das der Steindl gestoppt hat. – Abg. Ewald Gossy: Rudi, diesen Rucksack nimmt Euch keiner ab. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir haben keinen Rucksack. – Abg. Ewald Gossy: Ihr seid dran, wie dem Meier sein Hund.*)

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe gerade sehr intensiv in meiner Tagespost gelesen. Es häufen sich die Beschwerden aus der Gemeinde Eberau. Ich habe zahlreiche E-Mails bekommen, ich habe zahlreiche SMS bekommen und auch Anrufe bekommen, (*Abg. Edith Sack: Wir auch!*) dass diese Vorgangsweise der ÖVP-Innenministerin mit ÖVP-Politikern im Burgenland koordiniert, eine einzigartige war.

Wenn da irgendjemand herinnen etwas gesagt hat in der Vergangenheit über Drüberfahren, dann soll er sich an die Frau Innenministerin wenden, dann bekommt dieser Satz einen besonderen Stellenwert.

Es war übrigens auch so, dass sie nicht nur über das Burgenland, über die Burgenländerinnen und Burgenländer drüberfährt, sondern dass sie auch die Bundesregierung vor vollendete Tatsachen gestellt hat, weil diese Vorgangsweise auch

weder mit dem Bundeskanzler und ich sage einmal, wahrscheinlich auch nicht mit dem Vizekanzler abgesprochen war, sondern ausschließlich mit den ÖVP-Politikern im Burgenland.

Also das ist eine Einzigartigkeit, und ich kann Ihnen auch sagen, mit einer derartigen Vorgangsweise hat man auch keinen Erfolg. Dieses Vorhaben ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Der SPÖ-Bürgermeister in der steirischen Gemeinde hat gezeigt, wie man in demokratischer Art und Weise vorgeht. Nämlich unter Einbindung des Gemeindevorstandes, unter Einbindung des Gemeinderates, unter Einbindung der Gemeindebürger. Und diese Information hat dazu beigetragen, dass es dort eine Mehrheit der Menschen gegeben hat.

Und deswegen ist klar, und das ist der erste Punkt, nämlich, dass es eine Volksbefragung nicht nur in der Gemeinde Eberau, sondern im gesamten südlichen Burgenland geben muss.

Wir wollen in allen Gemeinden des Bezirkes Oberwart, Güssing und Jennersdorf diese Befragung durchführen. Mit einer ganz klaren Fragestellung, wo die Menschen mit Ja und mit Nein antworten können. Und natürlich muss diese Befragung auch von der Innenministerin zur Kenntnis genommen werden.

Wir wollen als zweiten Punkt, und das habe ich bereits veranlasst, den gesamten Baubescheid als rechtswidrig erklären. Das heißt, dass auf Grund der Widmung, nämlich, dass dieses Gebiet als gemischtes Bauland gewidmet ist, ein derartiges Projekt gar nicht realisiert und umgesetzt werden kann.

Ich wundere mich sehr, dass eine Innenministerin sich auf rechtswidrige Baubescheide beruft, dass eine ungesetzliche Vorgangsweise gewählt wurde.

Das ist ja auch einzigartig in der Geschichte der Republik, dass man sich hinstellt und sagt, man hat die Leute dort im Burgenland, so abfällig spricht, wie sie vielleicht früher einmal war, diese überhebliche Art, zu glauben, im Burgenland ist man auf der Nudelsuppe daher geschwommen - das hat die Frau Innenministerin noch nicht kapiert, dass das nicht der Fall ist.

Wahrscheinlich ist sie zu wenig im Burgenland. Sie haben sie zu wenig eingeladen, sie war nur einige wenige Male bei Ihnen im Burgenland, also insofern dürfte sie die Verhältnisse da nicht kennen, dass die Burgenländer zumindest so wiff sind wie Sie und nicht zu glauben, mit denen kann man machen was man will.

Mit denen kann man nicht machen was man will. Wir bestehen darauf, dass sich auch eine Innenministerin an die Gesetze halten muss.

Das Baugesetz beziehungsweise die Raumplanung sieht vor, dass es bei einem gemischten Baugebiet nicht möglich ist, ein derartiges Zentrum zu errichten.

Deswegen ganz klar meine Weisung: Ab morgen erteilt der Bezirkshauptmann die Nichtigkeit des Baubescheides.

Punkt zwei ist, dass wir alles auch überprüfen werden, ob wir die gesamte Raumplanung auch rückwidmen können, denn dass man sich von dem Bürgermeister hinters Licht führen lässt, das kann es nicht sein. Da wurde die Ortsbevölkerung hinters Licht geführt, da wurde offensichtlich der Ortsvorsteher hinters Licht geführt, und da wurde offensichtlich auch die Raumplanung hinters Licht geführt.

Das ist eine Vorgangsweise, die, meiner Meinung nach, eindeutig gesetzeswidrig ist. Unter Vorspielung falscher Tatsachen eine Widmung zu erwirken, kann aus meiner Sicht und von meinem Rechtsempfinden her nicht in Ordnung sein.

Deswegen ist mein Ziel auch eine Rückwidmung dieses Raumplanungs-Umwidmungsverfahrens. Und das müssen sich die Juristen anschauen, und ich hoffe, dass wir das rückabwickeln können, denn unter Vorspielung falscher Tatsachen darf es keine Widmung geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den lächerlichen Fragen, die mir da gestellt wurden, auch einige Antworten.

Ich habe bei den Koalitionsverhandlungen mit dem Landeshauptmann aus Vorarlberg die Verwaltungsreform diskutiert. Es hat in keiner Weise bei der Verwaltungsreform den Tagesordnungspunkt gegeben, Erstaufnahmestelle, irgendwo in einem Bundesland oder sonst irgendwo.

Und jetzt daraus zu schließen, dass beim Gespräch mit dem Vorarlberger Landeshauptmann, wo es um Verwaltungsreform geht, wo wir klare Positionen haben, zu unterstellen, in die Schuhe zu schieben, dass ich hier über die Erstaufnahmestelle gesprochen habe, ist unrichtig und ist unwahr, entspricht natürlich nicht den Tatsachen, sondern wir haben einen klaren Auftrag gehabt. Diesen klaren Auftrag haben wir auch umgesetzt.

Es muss Ihnen ja ganz logisch sein, wenn man Verwaltungsreform diskutiert und in das Koalitionsübereinkommen einbringt, dann hat das nichts mit einem Erstaufnahmezentrum zu tun. Das begreift an und für sich ein jeder.

Ich sage Ihnen das noch einmal, dass wir das dort nicht diskutiert haben und dass mein Part ein ganz ein anderer war. Aber wenn Sie mir immer was in die Schuhe schieben wollen, machen Sie das weiterhin, ich kann damit gut leben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich darf auch darauf hinweisen, dass wir im Burgenland ganz klar in den letzten Jahren, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, unsere Aufnahmequote erfüllt haben.

Wir haben diese 15a-Vereinbarung unterzeichnet. Die haben auch alle anderen Länder unterzeichnet, nur mit einem Unterschied, dass manche Länder diese Aufnahmequote, die gesetzlich fixiert wurde, nicht erfüllen.

Wenn manche Länder nur zu 50, 60, 70 Prozent diese Aufnahmequote erfüllen, dann hat das Burgenland hier wesentliche Beiträge geleistet.

Verschuldet in der Vergangenheit, als die schwarz-blaue Regierung sehr, sehr viele Asylansuchen zugelassen hat, aber nicht bearbeitet hat. Da hat es einen Rückstand von 30.000 gegeben, haben wir eben diese Asylsuchenden aufgenommen und zwar zu fast 100 Prozent.

Andere Bundesländer haben das nicht gemacht. Da finde ich es eigentlich für überhaupt nicht in Ordnung, dass jene Bundesländer, die die Quote erfüllt haben, noch eine Erstaufnahmestelle bekommen sollen, während andere, die jahrelang die Quote nicht erfüllen, die weiterhin nicht erfüllen werden, und die, die diese erfüllen, bekommen noch mehr dazu. Ist das fair? Ist das gerecht?

Ist das von einer Innenministerin so gewollt, oder kann das von irgendjemandem in der Politik gewollt sein, dass jene noch mehr bekommen, die ihre Quote erfüllen und bei jenen, die sie nicht erfüllen, geht man zur Tagesordnung über?

Eine Vorgangsweise, die nicht verständlich ist, die nicht fair ist, die nicht gerecht ist. Und wenn wir die Quote erfüllen, dann muss ich sagen, sind wir nicht das erste Bundesland, das eine Erstaufnahmestelle auch bekommen soll. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der nächste Punkt ist, dass wir im Burgenland die kleinsten Einheiten aller österreichischen Bundesländer haben. Und jetzt können Sie mit Politikern auch aus anderen Ländern diskutieren und reden. Das gibt es in keinem EU-Land, dass ein Erstaufnahmelager in eine Gemeinde kommt, die 1.000 Einwohner hat.

Man muss sich vorstellen, dass Eberau auch noch eine Pendlergemeinde ist, das heißt, es sind tagsüber wenige hundert Menschen in der Gemeinde. Und tagsüber sind unter Umständen mehr Asylanten in der Gemeinde als tatsächlich Bevölkerung dort ist. Das muss man sich einmal vorstellen.

Wie kann man auf die Idee kommen, noch dazu in einer Pendlergemeinde mit 1.000 Einwohner, 300 und wahrscheinlich werden es sowieso 500, dann sind mehr Asylanten in der Gemeinde als tatsächlich Einwohner tagsüber dort leben, weil das eine große Pendlergemeinde ist.

Das ist ebenfalls ein Zustand, der nicht tragbar ist.

Wie kann man eine derartige Vorgangsweise von Drüberfahren, vom Anteil der Gesamtbevölkerung in Relation zu den Menschen, die im Erstaufnahmezentrum sind, so zur Kenntnis nehmen?

Das ist ein wesentlicher Punkt, wo wir sagen, wir wollen die Meinung der Bevölkerung haben, wir wollen die Volksbefragung haben und dann sehen wir, ob es in irgendeiner Gemeinde eine Mehrheit dafür gibt, dass dieses Aufnahmezentrum dort hinkommt. Ich glaube, dass das nicht der Fall sein wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich muss schon dazu sagen, dass es von langer Hand vorbereitet wurde. Diese Aktion ist nicht vor 14 Tagen passiert. Diese Aktion wurde von langer Hand vorbereitet.

Warum sage ich das? Das passiert nicht von heute auf morgen, wenn man derartig tricksen will. Das war ein Masterplan, nämlich die im Burgenland, die werden sich schon nicht so auskennen.

Wenn Bundesgebäude gebaut werden, dann ist das Land zuständig. Wenn wir uns einen Privaten holen, dann ist nicht das Land zuständig, dann kann der Bürgermeister die Bauverhandlung machen. Und das macht man nicht in 14 Tagen.

Als wir beantragt haben, dass das Raumordnungsgesetz geändert wird und ich bin der Raumplanung sehr, sehr dankbar, denn die haben hervorragende Arbeit geleistet, vor allen Dingen Dr. Kummer. Das war schon sehr, sehr exakt. Denn die haben dort wieder die gesamte Raumplanung austricksen wollen.

Wieder von langer Hand vorbereitet. Das passiert nicht aus dem Stegreif.

Und es hat in der Vergangenheit, und ich habe das hier gesagt, mit ÖVP-Gemeinden im Südburgenland auch Kontaktgespräche gegeben. Das war der unmittelbare Anlass, warum wir so rasch die Änderung des Raumplanungsgesetzes beschlossen haben.

Ich habe das bei meiner Wortmeldung gesagt und habe Ihnen auch vorgeworfen vor zwei Monaten - ist im Protokoll nachlesbar -, dass es hier Kontakte von Seiten der ÖVP zum Innenministerium gibt und dass hier offensichtlich geplant ist, im Südburgenland ein derartiges Zentrum zu errichten.

Das war der Grund, warum wir gesagt haben, rasch die Änderung des Flächenwidmungsplanes und rasch die Umsetzung beziehungsweise rasch die Änderung des Raumplanungsgesetzes, damit eben das Land Burgenland zuständig ist und nicht die Gemeinden zuständig sind.

Genau deswegen haben wir hier aufs Tempo gedrückt und haben gesagt, ändern wir das rasch. Indem wir warten, dann ist die Gefahr noch größer, dass da unter Umständen eine derartige Einrichtung, die für alle unverständlich ist, auch tatsächlich realisiert und umgesetzt wird.

Der nächste lächerliche Vorwurf ist, mit dem Bundeskanzler zu reden, dass das alles rascher geht.

Sie können versichert sein, dass ich mit dem Bundeskanzler noch nie gesprochen habe, dass ein Gesetz früher oder später dort bestätigt wird.

Das ist doch Politik auf Zuruf. Gesetze, die dort begutachtet werden, die brauchen eine gewisse Zeit. Ich bin doch überhaupt nicht bereit, Politik auf Zuruf zu machen. Das ist Ihre Sache, dass vielleicht der Bundeskanzler eine Weisung erteilt, das schneller zu tun, dann passiert irgendetwas und dann lassen wir einen anderen schuldig werden. Die haben dort ihre Arbeit zu machen und neun Jahre habe ich nie interveniert, dass ein Gesetz schneller oder rascher oder langsamer dort genehmigt wird.

Das ist Sache des Bundes. Der Bundeskanzler lässt seinen Verfassungsdienst auch autonom arbeiten, nach fachlichen, sachlichen Kriterien auch entscheiden und nicht parteipolitisch zu entscheiden. Das ist Ihr Politikverständnis, ich habe da ein ganz ein anderes. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte auch darauf hinweisen, auch wenn dieser Bescheid jetzt als nichtig erklärt wird, dann hat natürlich der Private, der sozusagen als Strohmann vorgeschoben wurde, die Möglichkeit, dagegen zu berufen. Das heißt, wir müssen auch in Zukunft alle Anstrengungen unternehmen, das heißt, Volksbefragungen machen, alles prüfen, ob der Bürgermeister rechtlich richtig gehandelt hat, denn das ist natürlich auch eine entscheidende Frage, wenn ich eine Baugenehmigung erteile, ja. Das geht schon, sage ich einmal, in die Richtung, in die Richtung zu mindestens Amtsmissbrauch.

Ja, also, Herr Kollege, Sie sind Präsident des Gemeindevertreterverbandes. Ich hätte mich als Bürgermeister niemals getraut, in einem gemischten Baugebiet etwas zu genehmigen, was dort nicht hingehört, oder im Grünland etwas zu genehmigen, was dort nicht hingehört. *(Abg. Leo Radakovits: ... das kann man so interpretieren. – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Christian Illredits: Ihr seid Weltmeister beim Tricksen.)*

Für mich war das als Bürgermeister eine ganz wesentliche Sache, dass ich bei derartigen Dingen ganz genau aufpasse, damit da ja nichts passiert. Weil ich kann nicht und ich habe da einiges bei meinem Vorgänger auch zu tun gehabt, wo im Grünland Bauten passiert sind, wo sich die Staatsanwaltschaft das angeschaut hat und da bin ich äußerst sensibel, weil ich weiß, wie heikel die Angelegenheit ist.

Also dort eine Baugenehmigung zu erteilen, die rechtlich nicht erteilt hätte werden dürfen, das ist schon eine sehr heikle Angelegenheit. *(Abg. Leo Radakovits: Sage ich ja! Da braucht man Gutachten, um zu beweisen das örtliche Maß Übersteigende. – Abg. Christian Illredits: Verteidigt nur! – Abg. Ewald Gossy: Immer tiefer hinein. - Zwiegespräche in den Reihen)* Das sage ich nur.

Ihr könnt weiter die Vorgangsweise bei Strem verteidigen, wo es eine politische Weisung gegeben hat. *(Abg. Christian Illredits: Genau!)* Ihr könnt weiter die

Vorgangsweise in Eberau verteidigen. (*Abg. Leo Radakovits: Verurteilen! – Abg. Christian Illredits: Nein, Du verteidigst!*)

Ich kann nur sagen, dass die Vorgangsweise in Strem nicht in Ordnung war und ich sage auch hier und heute, dass die Vorgangsweise in Eberau nicht in Ordnung war.

Und dass das eine Vorgangsweise ist, die von der rechtlichen Seite ebenfalls betrachtet werden muss, genauso wie die Vorgangsweise in Strem, denn in einem Gebiet, das nicht die entsprechende Widmung hat, eine Baugenehmigung zu erteilen, ist nicht nur ein Gesetzesverstoß, da muss man schon schauen, was da alles dahinter steht, vor allem, wenn jene Frau, die das Grundstück verkauft hat, sagt, sie ist hinters Licht geführt worden.

Wenn der Ortsvorsteher sagt, er ist missbraucht worden.

Wenn unsere Raumplanung recherchiert wird und unter Umständen ebenfalls hinters Licht geführt wurde oder versucht wurde, hinters Licht zu führen, dann steckt Methode dahinter.

Und wenn beim Tricksen, Täuschen und Hintergehen auch noch Methode dahinter sieht, dann ist das doppelt heikel, sage ich einmal, denn dann, es kann jedem einmal ein Fehler passieren, das ist gar keine Frage, jedem kann ein Fehler passieren, aber wenn Methode dahinter steckt und das zwei-, dreimal das gleiche Spiel absichtlich gemacht wird, dann ist das schon äußerst bedenklich und dann muss man sich das von der rechtlichen Seite genauso anschauen, wie man das in Strem gemacht hat.

Hier im südlichen Burgenland ist es der größte Schaden, den man dort dem Tourismus antun kann, was man der Bevölkerung antun kann.

Ein derartiges Zentrum zu errichten, ist verantwortungslos.

Die Vorgangsweise ist undemokratisch und es hätte niemals eine Baugenehmigung erteilt werden dürfen.

Deswegen Volksbefragung, deswegen Aufhebung des Baubescheides, nach Möglichkeit Rückwidmung, dass derartige Dinge auch in Zukunft nicht passieren dürfen.

Wenn Sie sagen, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter nicht informiert war, dann frage ich mich, welchen Stellenwert hat er in der Bundes-ÖVP, wenn die Innenministerin ihn über ein derartig wichtiges Projekt nicht informiert?

Dann ist er in der Bundes-ÖVP mehr oder weniger bedeutungslos (*Abg. Leo Radakovits: Das ist eine Parteiangelegenheit.*) und dass ist das Ärgste, was einem als Politiker passieren kann, nämlich in der eigenen Partei keinen Stellenwert zu haben. (*Abg. Paul Fasching: Der Bundeskanzler ... - Beifall bei der SPÖ - Abg. Matthias Gelbmann: Euch informiert ja nicht einmal der Bürgermeister.*)

Und es ist relativ einfach, er braucht ja nur zu seiner Innenministerin gehen und sagen, bitte machen wir einen schwarzen Schulterschluss, ziehe dieses Projekt, dieses Unsinnprojekt im südlichen Burgenland zurück. Das ist gegen die Interessen des Landes. Das ist Burgenland-, Südburgenland-feindliches Verhalten, was hier an den Tag gelegt wird. Das ist doch das Nächstliegendste, was es gibt, nämlich sie dazu zu bewegen, dieses Projekt zurückzuziehen und nicht zu realisieren und umzusetzen.

Ich bin neugierig, ob Sie im Burgenland jemanden finden, oder mehr als zehn, 20 Leute, die der Meinung sind, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter nicht informiert war.

Ich war am Wochenende wieder viel unterwegs. Ein jeder hat gesagt, das gibt es nicht, dass er nicht informiert ist, wenn ein derartig großes Projekt mit 15 Millionen Euro realisiert und umgesetzt wird. Oder er ist so bedeutungslos in der ÖVP, dass das auch bedenklich ist.

Also ich bin der Meinung, unternehmen wir alles, dieses Projekt zu verhindern. Mir da irgendeine Schuld, mit der Frau Innenministerien Fekter noch dazu, alle wissen, das ist eine Ministerin, die ich seit Monaten und Jahren kritisiere. Warum? Weil sie die Polizei aus dem Burgenland abzieht, (*Abg. Anna Schlaffer: Die burgenlandfeindlich agiert.*) was Sie immer wieder verteidigt haben, und offensichtlich ist das auch ein Ergebnis Ihrer Verteidigung der Innenministerin.

Denn wenn 270 Polizisten aus dem Burgenland abgezogen werden und Sie verteidigen das, und jahrelang verteidigen Sie das, dann ist es ja naheliegend, dass sie sagt, na denen kann ich das Asylstaufnahmezentrum auch geben, die lassen es sich sowieso gefallen. Meine Freunde sind ja dafür, dass die Polizei abgezogen wird, also kriegen sie das auch noch dazu.

Das ist Ihre Vorgangsweise! (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Wir unternehmen alles, dass dieses Zentrum nicht gebaut wird. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior (*der den Vorsitz übernommen hat*): Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich hätte mich jetzt nicht mehr zu Wort gemeldet, aber das kann ich mir nicht gefallen lassen, denn hier geht es nicht um ein Geplänkel zwischen Parteien, sondern hier geht es um das Burgenland. (*Abg. Christian Illredits: Eben! - Abg. Edith Sack: Genau! - Abg. Ewald Gossy: Diesen Rucksack hast Du in der Öffentlichkeit - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich habe immer gesagt, dass wir gerne bereit sind, hier einen Schulterchluss zu tätigen. Deshalb darf ich noch einmal festhalten, damit ich das klarlege: Ich habe am Freitag, um 20.00 Uhr, in einem Telefonat mit der Frau Innenministerin das erste Mal von diesem Projekt erfahren. (*Abg. Ewald Gossy: Hilflos! - Abg. Mag. Georg Pehm: Ja! Hilflos! - Allgemeine Unruhe*)

Ich sage und halte fest, dass der Landeshauptmann des Burgenlandes auf Bundesebene scheinbar zu schwach ist, um die Interessen des Burgenlandes durchzusetzen. (*Abg. Ewald Gossy: Das glaubst Du doch selber nicht! - Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist doch nur ein wildes Umsichschlagen! - Zwischenrufe der Abg. Edith Sack - Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior (*das Glockenzeichen gebend*): Ich erteile das Wort nunmehr Herrn Abgeordneten Christian Sagartz. Herr Abgeordneter Sagartz! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass bei der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt kein Redner länger als 20 Minuten reden darf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Kolleginnen und Kollegen! Ich werde diese 20 Minuten bei weitem nicht brauchen, da ich mich nur zu Wort gemeldet habe, um zwei Klarstellungen zu treffen.

Die erste Klarstellung habe ich mir eigentlich sehr lange überlegt. Ich bin dann aber trotzdem zum Schluss gekommen, dass ich das hier thematisieren werde.

Kollege Knor! Ich möchte Sie eindringlich bitten, dass Sie diesen Vorwurf gegen den Kollegen Walter Temmel zurücknehmen! Sie haben hier in den Raum gestellt und die Unterstellung aufgestellt, dass er familiäre Günstlingswirtschaft dulden beziehungsweise diese sogar unterstützen würde, ohne jeglichen Beweis anzutreten, ohne hier irgendwie ein Indiz zu haben.

Ich finde das in diesem Hohen Haus nicht angebracht. Ich würde Sie rein persönlich auf moralischer Ebene bitten, diesen Vorwurf, der vor allem gegen seine Gattin und gegen seinen Bruder massiv ist, die sich hier nicht wehren können, zurückzunehmen. *(Abg. Ewald Gossy: Kollege Sagartz! Reden Sie hier nicht von Moral! - Zwischenrufe der Abg. Edith Sack - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Beifall bei der ÖVP)*

Die zweite Meldung ist, dass ich mir durchaus dessen bewusst bin, dass ich hier genau auf meine Wortwahl achte und manchmal wahrscheinlich ein Wort verwende und mich hier bei der Wortwahl vielleicht ein wenig hinauswage.

Darüber bin ich mir vollends bewusst. Aber, die Kollegin sagt, dass Sie mir heute verbieten möchten, Zwischenrufe zu machen. Das haben Sie nämlich gesagt. Das verstehe ich schon, denn man kann mit Emotionalität bei der Sache sein. *(Abg. Edith Sack: Ich? Von Ihnen habe ich doch gar nicht gesprochen.)*

Ich schreibe Ihnen jegliche Leidenschaft und Herzblut für Politik zu, aber, dass Sie mir den Zwischenruf verbieten wollen, das kann ich einfach nicht verstehen und das werde ich auch an dieser Stelle deponieren.

Das möchte ich im Protokoll auch so vermerkt wissen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Für die ÖVP-Fraktion halte ich fest, dass alle Vorwürfe, die heute von der SPÖ-Burgenland gekommen sind, haltlos sind. Der Herr Landeshauptmann hat in den letzten Minuten hier wieder eine Hasstirade losgelassen. *(Abg. Matthias Gelbmann: Wer? Du vertust Dich da!)*

Sie haben mit vielen Unterstellungen gearbeitet, denn beweisen und belegen konnten Sie nichts. Man hat davon gesprochen, dass es um Bargeld geht, dass es Leute gibt, die hier tricksen und die hier Pakte geschlossen hätten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Willibald Stacherl: Ständig! Ständig, Herr Kollege! So ist es!)*

Den einzigen Pakt, den man belegen kann und den es schriftlich gibt, den hat der Kollege Pehm mit dem damaligen Klubobmann Kölly geschlossen. Den Pakt kann man belegen, aber alles andere sind Hirngespinnste aus der Märchenwelt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb würde ich sagen: Ob der Herr Landeshauptmann unsere Anfrage als lächerlich erachtet, oder nicht, das wird schlussendlich der Wähler entscheiden, Herr Landeshauptmann, und nicht Sie und auch nicht wir, von der ÖVP-Fraktion. *(Abg. Willibald Stacherl: Das glaube ich auch! Das glaube ich auch. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie können sich sicher sein, dass das eine eindeutige Entscheidung sein wird und Sie können sich sicher sein, dass diese Entscheidung auch jenseits der Vorfälle in Eberau und jenseits der Debatte um eine Innenministerin stattfinden wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Vinzenz Knor das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Vinzenz Knor (SPÖ): Nachdem ich hier vom Kollegen Sagartz gebeten wurde, zu dieser Causa Stellung zu nehmen, habe ich mich nun zu Wort

gemeldet. Ich habe hier gesagt, (*Abg. Christian Sagartz, BA: Polizei!*) dass in dieses Gebäude 25 bis 30 Polizisten kommen sollen.

Ich habe lediglich festgestellt, dass die Gattin des Kollegen Temmel Polizistin ist, dass sein Bruder Polizist ist, und dass sie vielleicht dort Dienst versehen wollen. Mehr habe ich nicht gesagt. (*Abg. Christian Illredits: Mehr war nicht! Genau! - Abg. Edith Sack: Genau! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Zweitens. Wenn Sie schon so mimosenhaft reagieren, dann bitte ich Sie, sich auch einmal seitens der ÖVP für die wochenlange Plakataktion gegen mich, den Kollegen Sodl und die Kollegin Dunst bezüglich der Geburtenstation zu entschuldigen, wo wochenlang riesige Plakate in Ollersdorf und Güssing gestanden sind. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Dann möchte ich aber auch, dass Sie sich hier für das Plakat an der Hauptschule in Eberau vor der Nationalratswahl entschuldigen, wo Sie die SPÖ mit den bekannten drei Schimpansen aufgehängt haben, denn das würde ich dann auch von einer christlichen Partei, die sich christlich nennt, erwarten dürfen. Dankeschön. (*Beifall bei der SPÖ - Abg. Ewald Gossy: Genau! Das ist scheinheilig! – Allgemeine Unruhe*)

Präsident Walter Prior: Der Herr Kollege Christian Sagartz (*Abg. Ewald Gossy: Diese Scheinheiligkeit ist mit nichts zu überbieten. - Zwischenrufe der Abg. Edith Sack. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) hat sich abermals zu Wort gemeldet. Er ist jetzt am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Ich möchte das nicht so stehen lassen, denn ich habe Sie aufgefordert, Kollege Knor, sich bei der Familie von Walter Temmel zu entschuldigen. (*Abg. Christian Illredits: Wieso? Was hat er denn gemacht? - Abg. Ewald Gossy: Weswegen? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wenn Sie persönlich als Politiker attackiert werden, und sich ungerechtfertigt behandelt fühlen, dann wird das jedem von uns passieren, weil die Politik in dem Fall auf solche Befindlichkeiten keine Rücksicht nimmt. (*Abg. Christian Illredits: Was hat er gemacht? Was soll das? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Da gebe ich Ihnen Recht, aber bei der Familie haben Sie sich nicht entschuldigt. Das nehme ich mit Bedauern zur Kenntnis. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Die Debatte über die dringliche Anfrage ist somit beendet. Die Anfrage wird gem. § 29 GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl übermittelt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Schlussansprache des Präsidenten

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte am Ende eines sehr emotionalen Tages versuchen, doch wieder darauf hinzuweisen, dass wir einige Tage der Ruhe vor uns haben, dass Weihnachten vor der Tür steht. Aber, ich erzähle Ihnen damit nichts Neues.

Ich glaube, dass heute eigentlich bei allen Tagesordnungspunkten, bei allen Dringlichkeitsanträgen, die heute hier behandelt wurden, eine sehr hitzige Debatte stattgefunden hat, dass es heute auch sehr viele persönliche Angriffe gegeben hat.

Ich glaube, wir sollten alle gemeinsam die kommenden Tage, die vor uns liegen, dazu nützen, um vielleicht wieder Ruhe einkehren zu lassen, um uns damit auch auseinanderzusetzen, dass die Welt sich weiterbewegen wird, dass der Landtag zwar heute aufgelöst wurde, dass es aber in einigen Monaten wieder einen neuen Landtag geben wird, und dass wir uns eigentlich alle vornehmen sollten, gemeinsam, auch nach dieser Wahl, für das Burgenland zu arbeiten. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

In diesem Sinne darf ich Ihnen, Ihren Familien, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen. (*Allgemeiner Beifall*)

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 08 Minuten